

## Bundestagswahl 2025

### - kommunal relevante Zielstellungen/Aspekte in Wahlprogrammen -

#### Inhalt:

Erläuterungen	2
Bewertung	4
Tabellarische Auswertung	9
Gesamtübersicht	9
CDU/CSU	11
FDP	11
SPD	12
Bündnis90/Die Grünen	12
AfD	13
Die Linke	13
BSW	14
Anlage 1 – Übersicht der einzelnen Themenbereiche	15
Finanzen	15
Soziales	17
Gleichwertige Lebensverhältnisse	19
Mobilität	21
Breitbandausbau / Mobilfunkausbau	22
Gesundheitsversorgung	23
Kommunale Selbstverwaltung	24
Vergabe / Beschaffung	26
Ehrenamt	27
Migration / Integration	28
Infrastruktur / kommunale Unternehmen	29
Anlage 2 – kommunal relevante Vorhaben in den Wahlprogrammen	31
CDU/CSU	31
FDP	44
SPD	55
Bündnis90/Die Grünen	69
AfD	82
Die Linke	93
BSW	108

## Erläuterungen:

Die Übersicht wertet die Wahlprogramme der derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien dahingehend aus, welche Aussagen mit unmittelbarem Kommunalbezug enthalten sind und welche Auswirkungen die in den einzelnen Programmen enthaltenen Aussagen und Vorhaben auf die kommunalpolitische Ebene entfalten können<sup>1</sup>. Dabei werden sowohl direkte als auch indirekte Bezüge berücksichtigt, bei denen sich der Bezug aus einer Auswirkung auf andere Bereiche ergibt. Dabei können Aussagen / Vorhaben parallel positive Auswirkungen in einem und negative Auswirkungen in einem anderen Bereich entfalten und werden entsprechend mehrfach berücksichtigt.

Insgesamt werden folgende Themenbereiche näher beleuchtet:

- Finanzen: Welche Auswirkungen ergeben sich hinsichtlich zu erwartender Mehreinnahmen, Minderausgaben oder Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen?
- Soziales: Wie wirken sich die Zielstellungen auf den Bereich der Sozialpolitik und die damit verbundenen Sozialausgaben in den Kommunen aus?
- Gleichwertige Lebensverhältnisse: Wie wirken sich geplante Zielstellungen auf städtische Ballungszentren und ländliche Räume sowie strukturstarke und strukturschwächere Regionen und das Ziel aus, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen?
- Mobilität: Inwieweit wirken sich die Pläne und Forderungen auf die Mobilität und das Verkehrsangebot in den Kommunen aus?
- Breitbandausbau / Mobilfunkausbau: Welche Zielstellungen werden in den kommenden Jahren verfolgt und inwieweit wirken sich Zielstellungen in anderen Bereichen auf den Breitbandausbau aus, weil dieser zur Zielerreichung beispielsweise im Gesundheitswesen notwendige Voraussetzung ist?
- Gesundheitsversorgung: Wie soll die Gesundheitsversorgung – vor allem im ländlichen Raum – wohnortnah gesichert werden?
- Kommunale Selbstverwaltung: Inwieweit tragen die zu erwartenden Auswirkungen zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bei?
- Vergabe / Beschaffung: Welche Zielstellungen werden bei der künftigen Ausgestaltung des Vergabe- und Beschaffungswesens verfolgt und inwieweit wirkt sich dies auf die kommunale Arbeit aus?

---

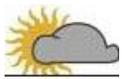
<sup>1</sup> Hinweis: Die Zusammenstellung der Auszüge aus den Wahl- bzw. Regierungsprogrammen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist nicht auszuschließen, dass zu einzelnen Themenbereichen positive wie negative Aspekte „untergegangen“ und nicht berücksichtigt worden sind.

- Ehrenamt: Wie wirken sich die niedergelegten Ziele und Vorhaben auf die Entwicklung der Grundlagen des (kommunalen) Ehrenamts aus?
- Migration/Integration: Wie wirken sich die niedergelegten Ziele und Vorhaben auf Migrationsbewegungen und Integrationsbestrebungen vor Ort aus?
- Infrastruktur / Kommunale Unternehmen: Inwieweit führen zu erwartende Auswirkungen zu Veränderungen bei der Infrastruktur in Kommunen? Inwieweit sind kommunale Unternehmen von Auswirkungen betroffen?

Bei der Bewertung wird unterschieden zwischen positiven und negativen Auswirkungen. Positiv werden Ansätze gewertet, die zu einer Verbesserung aus kommunaler Sicht beitragen – beispielsweise geeignet sind, Sozialausgaben zu senken. Negativ gewertet werden Ansätze, die zu einer Verschlechterung aus kommunaler Sicht beitragen können bzw. zu einer Belastung der Kommunen oder auch einer Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Dies betrifft im Bereich „Finanzen“ beispielsweise zu erwartende Steuermindereinnahmen oder aus beabsichtigten Maßnahmen entstehende Mehrausgaben für Kommunen. Neutrale Auswirkungen ergeben sich aus Aussagen mit Kommunal-Bezug, die keine direkten oder indirekten Auswirkungen entfalten bzw. bei denen die Auswirkung letztendlich von der konkreten Umsetzung abhängen wird.

**Die Bewertung bezieht sich ausschließlich auf die kommunalen Bezüge und schließt eine Bewertung der eigentlichen Maßnahme nicht ein.** So werden Steuerentlastungen aus kommunaler Sicht sowohl positiv als auch negativ bewertet (obwohl Steuerentlastung an sich kaum negativ bewertet werden können), weil sie zunächst zu niedrigeren Steuereinnahmen führen und somit Risiken für die kommunalen Haushalte entfalten, letztendlich aber insgesamt zu steigenden Steuereinnahmen und somit einer Stärkung der Kommunalfinanzen beitragen können.

Bei der Gesamtauswertung ist ein Quotient aus „Aussagen insgesamt zu einem Thema“ und „positiv“, „neutral“ und „negativ“ gebildet, um zu verhindern, dass die Länge eines Programms (mit ggf. vielen Wiederholungen) Auswirkungen auf die letztendliche Bewertung hat. Die tabellarische Auswertung fasst die direkten bzw. indirekten Auswirkungen zusammen und erstellt eine Prognose in Form von Wettersymbolen unter Gewichtung des jeweiligen Positiv-Quotienten.

			
Positive Auswirkungen (Quotient $\leq 1,00$ )	Eingeschränkt positive Auswirkungen (Quotient $\leq 0,75$ )	Eher negative Auswirkungen (Quotient $\leq 0,50$ )	Überwiegend negative Auswirkungen (Quotient $\leq 0,25$ )

Die Tabellen in Anlage 1 fügen kommunal relevante Vorhaben der Wahlprogramme in den einzelnen Themenbereichen mit einer pauschalierten Schnittmengenbildung zusammen. Die Übersichten in Anlage 2 führen die einzelnen Vorhaben aus den jeweiligen Wahlprogrammen der in die Auswertung einbezogenen Parteien auf und erläutern daneben kurz die möglichen Auswirkungen auf die jeweiligen Themenbereiche der Kommunalpolitik. Diese Übersicht bildet die Grundlage für die Auswertung der Tabellen in Anlage 1.

### Bewertung:

Auch wenn elf Themenbereiche ausgewertet werden, sind die Bereiche

- Finanzen,
- Gleichwertige Lebensverhältnisse,
- Kommunale Selbstverwaltung,
- Migration und
- Infrastruktur und kommunale Unternehmen

von besonderer Bedeutung. Zum einen haben diese Themenfelder für die Kommunen und ihre Arbeit einen besonderen Stellenwert. Zum anderen laufen in diesen fünf Bereich Auswirkungen aus anderen ausgewerteten Themenfeldern zusammen bzw. fließen dort mit ein.

⇒ CDU/CSU:

Insgesamt und auch unter Konzentration auf die fünf „Spezial-Bereiche“ haben CDU und CSU das kommunalfreundlichste Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 vorgelegt.

Erwartungsgemäß machen die Aussagen mit Auswirkungen auf den Bereich „Finanzen“ den größten Teil aus. Was letztendlich darin begründet liegt, dass viele Vorhaben in anderen Bereichen sich auch auf die Kommunalfinanzen auswirken können/werden, so dass hier auch viele Doppelungen zu verzeichnet sind.

Mit soliden Kommunalfinanzen beabsichtigen CDU und CSU, die Kommunen zu stärken. Dabei haben CDU und CSU mit dem klaren Bekenntnis zum Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ die weitreichendste Unterstützung für die Kommunalfinanzen angekündigt – und zwar nicht nur dann, wenn aus Bundesgesetzgebung unmittelbare Kostenbelastungen der Kommunen entstehen, sondern auch dann, wenn Mindereinnahmen zu erwarten sind. Die konsequente Umsetzung dürfte dazu beitragen, dass alle finanziellen Belastungen der Kommunen auch aus Maßnahmen des Unions-Wahlprogramms kompensiert werden. Negative finanzielle Auswirkungen, denen keine positiven Auswirkungen unmittelbar gegenüberstehen, werden somit in den Übersichten „unter Vorbehalt“ (in Anlage 2 in Klammern gesetzt) aufgeführt. Mit den finanzwirksamen Vorhaben tragen CDU und CSU direkt und indirekt zu soliden Kommunalfinanzen und damit zu starken Kommunen bei.

Im Sozialbereich streben CDU und CSU aus kommunaler Sicht eine soziale Sicherung mit Augenmaß und Eigenverantwortung an. Zudem streben sie an, die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben zu bremsen. Bei der kommunalen Selbstverwaltung soll Verfassungswirklichkeit gelebt werden. Das kommunale Haupt- und Ehrenamt sowie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Blaulichtorganisationen sollen unterstützt und besser geschützt werden. Bei der Migration und Integration setzen sich CDU und CSU für Schutz ohne Überforderung der Kommunen ein. Bei gleichwertigen Lebensverhältnissen werden die

Herausforderungen ernst genommen und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stärker in den Blick der Bundespolitik rücken. Bei der kommunalen Infrastruktur und kommunalen Unternehmen wollen CDU und CSU das Rückgrat des täglichen Lebens der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Das Wahlprogramm von CDU und CSU enthält insgesamt 309 (identifizierte) direkte und indirekte kommunal relevante Auswirkungen. Davon können sich 275 positiv auswirken. Bei 23 beabsichtigten Maßnahmen besteht die Möglichkeit negativer Folgen – wobei der überwiegende Teil davon finanzwirksam ist und somit bei umfassender Anwendung der Veranlassung-Konnexität kompensiert werden kann. Lediglich bei elf kommunal relevanten Absichten wird die Auswirkung letztendlich von der konkreten Umsetzung abhängen – zum größten Teil ist damit bereits aus dem Wahlprogramm erkennbar, was auf die Kommunen bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen zukommen kann.

⇒ FDP:

Die FDP hat auf den ersten Blick ebenfalls ein insgesamt kommunal freundliches Programm vorgelegt (zweit höchster Positiv-Quotient nach CDU/CSU). Auch mit Blick auf die fünf „Spezial-Bereiche“ schneidet die FDP – mit Einschränkung bei der kommunalen Selbstverwaltung – erst einmal gut ab.

ABER: Die kommunale Relevanz ergibt sich aus indirekten Auswirkungen und weniger aus direkten Vorhaben zur Verbesserung der kommunalen Lage. Letztendlich ist das FDP-Programm kommunalfreundlich, weil es den Kommunen nicht (zu sehr) weh tut.

Die FDP stellt zwar fest: „Der beste Weg, um diese Kraft der Menschen freizusetzen, ist mehr Freiheit für mehr Menschen.“ – Gleichzeitig plant sie aber bundesweite Standardvorgaben bei der Kinderbetreuung, mit denen sie die kommunale Selbstverwaltung einschränkt und Kommunen bei der Ausführung von Aufgaben gängelt und für potenziell finanzielle Nebenwirkungen sorgt. Im finanziellen Bereich sind im Übrigen die negativen Auswirkungen insbesondere auf steuerliche Nebenwirkungen zurückzuführen. Aus dem Bestreben, Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftswachstum zu generieren, kann die Hoffnung auf sinkende Sozialausgaben und steigende Steuereinnahmen abgeleitet werden. Auch die migrationspolitischen Ansätze sind weitgehend geeignet, die Kommunen zu entlasten. Mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse können die Kommunen insbesondere auf FDP-Vorhaben zur Gesundheitsversorgung (schwerpunktmäßig Krankenhaus- und allgemeine medizinische Versorgung), zum Wohnungsbau und zur Mobilität (mit Schwerpunkt auf motorisiertem Individualverkehr) sowie zum Ausbau der Breitband- und Mobilfunkangebote setzen. Neben CDU/CSU und AfD ist die FDP die einzige Partei, die eine Regulierung des Wolfsbestandes anstrebt. Bei der kommunalen Selbstverwaltung setzt die FDP vor allem auf Digitalisierung und Vergaberecht. Einschränkungen können sich hier – wie bei den Finanzen – aus den geplanten Standardsetzungen bei der Kinderbetreuung ergeben.

Bemerkenswert ist, dass die FDP in ihrem Wahlprogramm Kommunen nicht direkt adressiert. Das kann kaum daran liegen, dass der Bund nicht für die Kommunen zuständig ist, sondern dies in der Verantwortung der Länder liegt. Denn auch an anderer Stelle (zum Beispiel öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder Bildungsinhalte) „wildert“ die FDP in Zuständigkeiten, die nicht beim Bund liegen. Hier scheint eher ein gewisses „Desinteresse“ an kommunalen Belangen vorzuliegen.

Das Wahlprogramm der FDP enthält insgesamt 252 (identifizierte) kommunal relevante Auswirkungen, wovon sich 209 positiv auswirken können. Bei 30 beabsichtigten Maßnahmen besteht die Möglichkeit negativer Folgen. Bei 13 kommunal relevanten Absichten wird die Auswirkung letztendlich von der konkreten Umsetzung abhängen

⇒ SPD

Die SPD hat mit Blick auf die kommunale Relevanz ein eher durchwachsenes Wahlprogramm vorgelegt. Dies betrifft sowohl die Gesamtbewertung als auch die fünf „Spezial-Bereiche“.

Auffällig ist, dass die SPD sich zum Themenfeld „Vergabe / Beschaffung“ gar nicht äußert. Ebenso spielt die Frage der Konnexität für die SPD keine Rolle. Negative Auswirkungen im finanziellen Bereich können sich bei der SPD insbesondere aus steuerlichen Vorhaben sowie Ansätzen der Migrationspolitik ergeben. Diese führt auch zu Belastungen im Sozialbereich. Dort sind insbesondere aus arbeitsmarktpolitischen Ansätzen mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen bzw. diese zu sichern, Entlastungen der Kommunen bei Sozialausgaben zu erwarten. Bei gleichwertigen Lebensverhältnissen legt auch die SPD einen Schwerpunkt bei Gesundheit (Digitalisierung, Krankenhaus, allgemeine medizinische Versorgung), Wohnungsbau und Mobilität (Schwerpunkt ÖPNV). Die kommunale Selbstverwaltung wird bei der SPD vor allem durch Digitalisierung und Bürokratieabbau bestimmt. Mit Blick auf ehrenamtliche Strukturen nimmt die SPD schwerpunktmäßig den Schutz des Ehrenamts sowie den Zivil- und Katastrophenschutz in den Blick.

Die SPD verspricht zwar in ihrem Wahlprogramm: „Bei der SPD steckt hinter jedem einzelnen Programmpunkt ein konkreter Vorschlag zur Umsetzung.“ Bei mehreren kommunal relevanten Aspekten fehlt aber eben dieser konkrete Vorschlag zur Umsetzung – so beispielsweise bei der Frage einer kommunalen Altschuldenlösung. Zwar stellt die SPD fest: „Es bedarf endlich einer Lösung des spezifischen Problems der kommunalen Altschulden.“ Wie konkret diese Lösung ausgestaltet werden soll, lässt sie aber offen. Bei 26 Vorhaben ist entweder kein konkreter Handlungsansatz erkennbar oder die Folgen werden von der Umsetzung abhängen. Bei 298 identifizierten kommunal relevanten Auswirkungen insgesamt (davon 184 tendenziell positiv und 88 tendenziell negativ) ergibt das mit einem Quotienten von 0,09 den zweithöchsten Wert (nach den Linken) im Bereich der neutralen Auswirkungen. Für die Kommunen bleiben die Ideen und Vorhaben der SPD teilweise unklar.

⇒ Bündnis90/Die Grünen:

Bündnis90/Die Grünen haben ebenfalls mit Blick auf die kommunale Relevanz ein durchwachsenes Programm vorgelegt – insgesamt deutlich schlechter noch als die SPD. Mit Blick auf die fünf „Spezial-Bereiche“ fällt die Bewertung deutlich schlechter aus – der Positiv-Quotient liegt teilweise im schlechtesten und zweitschlechtesten Bereich.

Hinsichtlich der Kommunalfinanzen deuten die Grünen eine stärkere Hinwendung zur Veranlassungskonnexität an – ohne dies jedoch in letzter Konsequenz direkt anzukündigen, so dass negative Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen nicht „unter Vorbehalt“ (in Anlage 2 also nicht in Klammern gesetzt) aufgeführt werden. Negative Auswirkungen im Finanzbereich sind insbesondere aus klimapolitischen Vorhaben und der Migrationspolitik zu erwarten. Diese

lässt auch im Sozialbereich Belastungen erwarten. Bei gleichwertigen Lebensverhältnissen legen auch die Grünen einen Schwerpunkt beim Wohnungsbau, bei der Gesundheitsversorgung (ambulante medizinische Versorgung und öffentlicher Gesundheitsdienst), Mobilität (Schwerpunkt ÖPNV) und den Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie dem Breitband- und Mobilfunkausbau. Mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung setzen die Grünen auf die Digitalisierung der Verwaltung und die Ausgestaltung von Förderprogrammen. Geplante Änderungen des Vergaberechts dürften für die Kommunen eher negative Auswirkungen haben. Beim Ehrenamt nehmen die Grünen insbesondere den Zivil- und Katastrophenschutz, den Schutz des Ehrenamts und Engagementstrukturen in den Blick.

Das Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen enthält insgesamt 286 (identifizierte) kommunal relevante Aspekte – davon 151 mit positiver (niedrigster Wert aller Programme) und 119 mit negativer Folgenerwartung. Zwar sind nur bei 16 Vorhaben die Auswirkungen noch nicht absehbar. Dennoch bleiben Bündnis90/Die Grünen zum Teil recht vage in Bezug auf konkrete Umsetzungsansätze. Es werden zwar teilweise richtige Feststellungen getroffen, diese aber nicht konsequent mit Umsetzungsansätzen unterfüttert.

⇒ AfD:

Neben SPD und Bündnis90/Die Grünen legt auch die AfD ein durchwachsendes Programm bezüglich der kommunal relevanten Auswirkungen vor. Insgesamt liegt sie zwar deutlich vor SPD und Bündnis90/Die Grünen auf Platz drei, weist aber bei den fünf „Spezial-Bereichen“ nicht nur Schwächen in der Bewertung auf.

Auch die AfD bekennt sich zum Konnexitätsprinzip im Sinne der „Veranlassungskonnextität“. Allerdings interpretiert sie die Grundgesetzregelung in Art. 104a GG falsch, so dass die Forderung nach strikter Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten Regelung das Gegenteil dessen bewirkt, was die AfD eigentlich erzielen will. Daneben ergeben sich negative Folgen im Finanzbereich insbesondere aus steuerrechtlichen Vorhaben sowie sozialpolitischen Überlegungen (wie beispielsweise der Forderung nach einem kommunalen Wohngeld). Sozialpolitische wirken sich insbesondere die migrationspolitischen Vorhaben kostendämpfend und somit positiv aus. Bei gleichwertigen Lebensverhältnissen weist die AfD zwar insgesamt einen positiven Erwartungshorizont aus – bleibt aber im Vergleich zu anderen Wahlprogrammen recht dünn. Ein Schwerpunkt liegt hier bei Mobilität (insbesondere motorisierter Individualverkehr) sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien. Zum Breitband- Mobilfunkausbau äußert die die AfD überhaupt nicht und auch die Gesundheitsversorgung und die Äußerung zum Vergaberecht lassen keinen Tiefgang erkennen. Mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung sind bei der AfD insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Forderung nach mehr direkter Demokratie relevant. Das Ehrenamt wird lediglich am Rande mit Blick auf den Zivil- und Katastrophenschutz berührt.

Das Wahlprogramm der AfD enthält mit 275 (identifizierten) kommunal relevanten Aspekten den zweitniedrigsten Wert (FDP 252). Somit sind die 204 positiven, 48 negativen und 23 neutralen Auswirkungsprognosen auch unter dem Vorbehalt einer in zentralen Punkten erkennbaren kommunalen Ferne der AfD deutlich schlechter zu bewerten als der Positiv-Quotient zunächst den Eindruck erweckt.

⇒ Die Linke

Die Linken legen ein aus kommunaler Perspektive eher schlechtes Wahlprogramm vor. Dies bezieht sich sowohl auf die Gesamtbetrachtung (Positiv-Quotient von 0,44 ist der schlechteste ermittelte Wert) als auch mit Blick auf die fünf „Spezial-Bereiche“.

Die Linke sieht ein großes Potenzial für/in Rekommunalisierung. Was auf der einen Seite ganz positiv mit Stärkung kommunaler Infrastruktur daherkommt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen aber auch als teilweise unkalkulierbares finanzielles Risiko, das auch durch von der Linken vorgesehene Fonds nicht aufgefangen werden kann. Wobei sich auch die LINKE zum Prinzip der „Veranlassungskonnexität“ bekennt und dieses einfordert – wenn auch nur bei den Kommunen entstehenden Kosten und nicht bei Mindereinnahmen. Negative finanzielle Auswirkungen (Ausgabensteigerung), denen keine positiven Auswirkungen unmittelbar gegenüberstehen, werden somit auch hier in den Übersichten „unter Vorbehalt“ (in Anlage 2 in Klammern gesetzt) aufgeführt. Neben Rekommunalisierungsrisiken wirken sich finanziell insbesondere steuerrechtliche Vorhaben, die Migrationspolitik sowie Pläne im Bereich Kinderbetreuung/Jugendeinrichtungen negativ aus. Im Sozialbereich fordert die Linke die vollständige Kostenübernahme der Sozialausgaben durch den Bund – und kreierte mit ihren Forderungen neue/weitere kommunale Belastungen, bei denen nicht absehbar ist, dass der Bund sie nach dem Willen der Linken tragen soll. Mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse liegt bei der Linken ein Schwerpunkt in der Gesundheitsversorgung (ärztliche Versorgung sowie Krankenhaus/Geburtshilfe), bei der Regulierung von Mietpreisen, der Mobilität (insbesondere ÖPNV) sowie dem Breitband- und Mobilfunkausbau. Bei der kommunalen Selbstverwaltung fällt die Linke durch die Schaffung neuer Rechtsansprüche und Pflichtaufgaben sowie Beschränkungen des Vergaberechts auf.

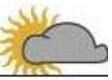
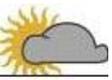
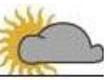
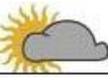
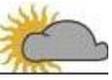
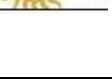
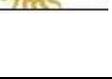
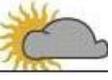
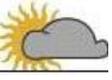
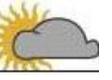
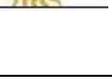
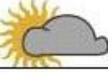
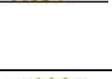
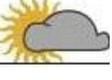
Das Wahlprogramm der Linken weist mit 363 (identifizierten) kommunal relevanten Aspekte insgesamt den Höchsten Wert aller Wahlprogramme auf – ebenso mit 178 negativen Erwartungsprognosen. Dem stehen 152 positive Erwartungsprognosen und 33 neutrale Vorhaben gegenüber. Dass die Linken das schlechteste Gesamtergebnis vorweisen, liegt nicht an mangelnder Kommunal-Tiefe des Programms, sondern insbesondere an den damit verbunden bzw. daraus zu erwartenden kommunal-feindlichen Auswirkungen der Vorhaben.

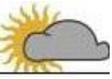
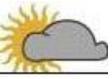
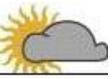
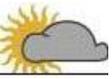
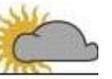
⇒ BSW:

Das Wahlprogramm des BSW kann aufgrund seiner Kürze und wenig umfassenden Ausrichtung nur „außer Konkurrenz“ bewertet werden. Zu viele Aspekte werden nicht angesprochen, so dass eine umfassende Bewertung der kommunal relevanten Auswirkungen nicht möglich ist. Viele kommunal relevante Aspekte werden nicht adressiert – zu elementaren kommunal relevanten Herausforderungen liefert das BSW keine Handlungsansätze. Trotz teilweise guter Ansätze ist das BSW-Programm aus kommunaler Sicht ein Totalausfall.

Tabellarische Auswertung:

Gesamtübersicht

Themenbereich	Bewertung (Quotient)	Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen und Prognose													
		CDU/CSU		FDP		SPD		Bündnis90/Grüne		AfD		Die Linke		BSW	
Finanzen	positiv	0,80		0,80		0,64		0,56		0,69		0,39		0,82	
	neutral	0,01		0,01		0,06		0,07		0,07		0,07		0,09	
	negativ	0,19		0,19		0,30		0,38		0,24		0,53		0,09	
Soziales	positiv	0,90		0,87		0,67		0,57		0,89		0,41		1,00	
	neutral	0,08		0,03		0,02		0,00		0,04		0,00		0,00	
	negativ	0,02		0,10		0,30		0,43		0,07		0,59		0,00	
Gleichwertige Lebensverhältnisse	positiv	0,98		0,97		0,66		0,68		0,68		0,52		0,22	
	neutral	0,02		0,03		0,15		0,08		0,05		0,13		0,11	
	negativ	0,00		0,00		0,19		0,24		0,27		0,35		0,67	
Mobilität	positiv	1,00		1,00		0,55		0,33		1,00		0,27		1,00	
	neutral	0,00		0,00		0,36		0,17		0,00		0,27		0,00	
	negativ	0,00		0,00		0,09		0,50		0,00		0,47		0,00	
Breitbandausbau / Mobilfunkausbau	positiv	1,00		1,00		0,33		0,75		0,00		1,00		0,00	
	neutral	0,00		0,00		0,33		0,25		0,00		0,00		0,00	
	negativ	0,00		0,00		0,33		0,00		0,00		0,00		0,00	
Gesundheitsversorgung	positiv	1,00		0,71		0,90		0,78		0,00		0,86		0,00	
	neutral	0,00		0,29		0,10		0,11		0,33		0,14		0,33	
	negativ	0,00		0,00		0,00		0,11		0,67		0,00		0,67	

Themenbereich	Bewertung (Quotient)	Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen und Prognose													
		CDU/CSU		FDP		SPD		Bündnis90/Grüne		AfD		Die Linke		BSW	
Kommunale Selbstverwaltung	positiv	0,86		0,74		0,55		0,35		0,33		0,16		0,00	
	neutral	0,11		0,13		0,20		0,13		0,13		0,16		0,00	
	negativ	0,03		0,13		0,25		0,52		0,53		0,68		0,00	
Vergabe / Beschaffung	positiv	1,00		1,00		0,00		0,25		0,00		0,00		0,00	
	neutral	0,00		0,00		0,00		0,00		1,00		0,00		0,00	
	negativ	0,00		0,00		0,00		0,75		0,00		1,00		0,00	
Ehrenamt	positiv	1,00		0,60		0,85		0,79		1,00		0,20		0,00	
	neutral	0,00		0,40		0,00		0,07		0,00		0,60		0,00	
	negativ	0,00		0,00		0,15		0,14		0,00		0,20		0,00	
Migration / Integration	positiv	1,00		0,80		0,53		0,20		0,77		0,17		1,00	
	neutral	0,00		0,10		0,05		0,00		0,17		0,00		0,00	
	negativ	0,00		0,10		0,42		0,80		0,06		0,83		0,00	
Infrastruktur / kommunale Unternehmen	positiv	0,87		0,78		0,46		0,41		0,83		0,53		0,60	
	neutral	0,05		0,04		0,04		0,02		0,11		0,10		0,00	
	negativ	0,08		0,17		0,50		0,57		0,06		0,46		0,40	
Gesamt	positiv	0,89		0,82		0,62		0,53		0,74		0,42		0,65	
	neutral	0,04		0,05		0,09		0,05		0,08		0,09		0,06	
	negativ	0,07		0,12		0,30		0,42		0,18		0,49		0,28	

Tabellarische Auswertung nach Parteien:

CDU/CSU							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	88	70	0,80	1	0,01	17	0,19
<b>Soziales</b>	48	43	0,90	4	0,08	1	0,02
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	46	45	0,98	1	0,02	0	0,00
<b>Mobilität</b>	11	11	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	2	2	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	9	9	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	36	31	0,86	4	0,11	1	0,03
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	1	1	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Ehrenamt</b>	11	11	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Migration / Integration</b>	20	20	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	37	32	0,87	2	0,05	3	0,08
<b>Gesamt</b>	309	275	0,89	11	0,04	23	0,07

FDP							
	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	88	70	0,80	1	0,01	17	0,19
<b>Soziales</b>	39	34	0,87	1	0,03	4	0,10
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	31	30	0,97	1	0,03	0	0,00
<b>Mobilität</b>	10	10	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	2	2	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	7	5	0,71	2	0,29	0	0,00
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	23	17	0,74	3	0,13	3	0,13
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	4	4	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Ehrenamt</b>	5	3	0,60	2	0,40	0	0,00
<b>Migration / Integration</b>	20	16	0,80	2	0,10	2	0,10
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	23	18	0,78	1	0,04	4	0,17
<b>Gesamt</b>	252	209	0,82	13	0,05	30	0,12

SPD							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	86	55	0,64	5	0,06	26	0,30
<b>Soziales</b>	43	29	0,67	1	0,02	13	0,30
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	47	31	0,66	7	0,15	9	0,19
<b>Mobilität</b>	11	6	0,55	4	0,36	1	0,09
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	3	1	0,33	1	0,33	1	0,33
<b>Gesundheitsversorgung</b>	10	9	0,90	1	0,10	0	0,00
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	20	11	0,55	4	0,20	5	0,25
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Ehrenamt</b>	13	11	0,85	0	0,00	2	0,15
<b>Migration / Integration</b>	19	10	0,53	1	0,05	8	0,42
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	46	21	0,46	2	0,04	23	0,50
<b>Gesamt</b>	298	184	0,62	26	0,09	88	0,30

B90/Die Grünen							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	88	49	0,56	6	0,07	33	0,38
<b>Soziales</b>	42	24	0,57	0	0,00	18	0,43
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	37	25	0,68	3	0,08	9	0,24
<b>Mobilität</b>	6	2	0,33	1	0,17	3	0,50
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	4	3	0,75	1	0,25	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	9	7	0,78	1	0,11	1	0,11
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	23	8	0,35	3	0,13	12	0,52
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	4	1	0,25	0	0,00	3	0,75
<b>Ehrenamt</b>	14	11	0,79	1	0,07	2	0,14
<b>Migration / Integration</b>	15	3	0,20	0	0,00	12	0,80
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	44	18	0,41	1	0,02	25	0,57
<b>Gesamt</b>	286	151	0,53	16	0,05	119	0,42

AfD							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	100	69	0,69	7	0,07	24	0,24
<b>Soziales</b>	57	51	0,89	2	0,04	4	0,07
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	22	15	0,68	1	0,05	6	0,27
<b>Mobilität</b>	5	5	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	3	0	0,00	1	0,33	2	0,67
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	15	5	0,33	2	0,13	8	0,53
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	1	0	0,00	1	1,00	0	0,00
<b>Ehrenamt</b>	1	1	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Migration / Integration</b>	53	41	0,77	9	0,17	3	0,06
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	18	15	0,83	2	0,11	1	0,06
<b>Gesamt</b>	275	204	0,74	23	0,08	48	0,18

Die Linke							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	109	43	0,39	8	0,07	58	0,53
<b>Soziales</b>	56	23	0,41	0	0,00	33	0,59
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	52	27	0,52	7	0,13	18	0,35
<b>Mobilität</b>	15	4	0,27	4	0,27	7	0,47
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	3	3	1,00	0	0,0	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	14	12	0,86	2	0,14	0	0,00
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	19	3	0,16	3	0,16	13	0,68
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	2	0	0,00	0	0,00	2	1,00
<b>Ehrenamt</b>	5	1	0,20	3	0,60	1	0,20
<b>Migration / Integration</b>	30	5	0,17	0	0,00	25	0,83
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	58	31	0,53	6	0,10	21	0,36
<b>Gesamt</b>	363	152	0,42	33	0,09	178	0,49

BSW							
Themenbereich	Aussagen gesamt	Positiv		Neutral		Negativ	
		Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient	Anzahl	Quotient
<b>Finanzen</b>	11	9	0,82	1	0,09	1	0,09
<b>Soziales</b>	6	6	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Gleichwertige Lebensverhältnisse</b>	9	2	0,22	1	0,11	6	0,67
<b>Mobilität</b>	1	1	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Breitbandausbau / Mobilfunkausbau</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Gesundheitsversorgung</b>	3	0	0,00	1	0,33	2	0,67
<b>Kommunale Selbstverwaltung</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Vergabe / Beschaffung</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Ehrenamt</b>	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Migration / Integration</b>	5	5	1,00	0	0,00	0	0,00
<b>Infrastruktur / kommunale Unternehmen</b>	5	3	0,60	0	0,00	2	0,40
<b>Gesamt</b>	40	26	0,65	3	0,06	11	0,28

Anlage 1 – Übersicht der einzelnen Themenbereiche:

Finanzen																														
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung					
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-	+	0	-
	70	1	17		71	0	22		55	5	26		49	5	34		69	7	24		43	8	58		9	1	1			
Einkommensteuer	8	1	8	Einkommensteuer	9	-	9	Einkommensteuer	4	-	4	Einkommensteuer	6	-	-	Einkommensteuer	3	1	8	Einkommensteuer	4	-	2	Steuerreform	1	-	-			
				Steuerbetrug / Schwarzarbeit	2	-	-	Umsatzsteuerbetrug / Steuervermeidung	2	-	-	Steuerhinterziehung	1	-	-					Steuerhinterziehung / Schwarzgeld	1	-	-							
				Mehrwertsteuer	-	-	2	Mehrwertsteuer	-	-	2					Mehrwertsteuer	-	-	4	Mehrwertsteuer	-	-	6							
Aktivrente	2	-	2					Rente	2	-	-	Rente	2	-	-	Rente	2	-	-											
				Sozialabgaben	1	-	-																							
Unternehmensbesteuerung / Gewerbesteuer	-	-	2	Unternehmensbesteuerung	2	-	5	Unternehmensbesteuerung	3	-	3				Unternehmensbesteuerung	2	1	2	Gewerbesteuer	3	3	-								
Krisenbewältigung	1	-	-																											
Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bei Energieversorgung / Stromsteuer und Netzentgelte	6	-	-	Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bei Energieversorgung / Stromsteuer und Netzentgelte	8	-	-	Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bei Energieversorgung / Stromsteuer und Netzentgelte	6	-	1	Stromkosten senken / Klimaneutralität / Netzausbau / Verursacherprinzip	5	1	5	CO2-Abgabe / Netzentgelte	5	1	-	Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bei Energieversorgung / Stromsteuer und Netzentgelte	7	-	-	Energiepreise senken	1	-	-			
								„Green Deal“	-	-	2	„Green Deal“ / Fit for 55“	-	-	3															
																				Unternehmensförderung	2	-	-							
Unternehmensgründungen	3	-	-	Unternehmensgründungen	1	-	-					Unternehmensgründungen	3	-	-	Unternehmensgründungen	1	-	-											
Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft / Vergabevorgaben	2	-	-	Bürokratieabbau / Vergabevorgaben	8	-	-	Wirtschaftsförderung / Bürokratieabbau	4	-	-	Dynamik statt Bürokratie / Vergabevorgaben	2	-	2	Bürokratieabbau	4	-	-	Wettbewerbsfähigkeit	-	-	1	Bürokratieabbau	1	-	-			
Unternehmensnachfolgen	1	-	-		1	-	-	Unternehmensnachfolge	1	-	-	Unternehmensnachfolgen	1	-	-															
Bürgergeld und Job-Vermittlung	6	-	-	Bürgergeld und Job-Vermittlung	5	-	-	Arbeitsplatzvermittlung / Tariftreue / Mini-Job	3	-	-	Beschäftigungsförderung	4	-	-	Grundsicherung / Beschäftigungsförderung	8	-	1											
				Ausländische Arbeitskräfte	10	-	-	Ausländische Arbeitskräfte	6	-	2	Ausländische Arbeitskräfte	6	-	3	Ausländische Arbeitskräfte	3	-	-	Ausländische Arbeitskräfte	2	-	-							
								Mindestlohn	3	-	-	Mindestlohn	6	-	-					Mindestlohn	-	-	3	Mindestlohn	1	-	-			
Schutz von Frauen vor Gewalt	2	-	-	Schutz von Frauen vor Gewalt / Frauenhäuser	-	-	1	Schutz von Frauen vor Gewalt / Frauenhäuser	1	-	1	Frauenhäuser / Aufnahmeeinrichtungen	-	-	2					Frauenhäuser	-	-	1							

Finanzen																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	70	1	17		71	0	22		55	5	26		49	5	34		69	7	24		43	8	58		9	1	1
Migrationspolitik	19	-	-	Migrationspolitik	16	-	-	Migrationspolitik	9	-	6	Migrationspolitik	3	-	8	Migrationspolitik	41	2	-	Migrationspolitik	5	-	25	Migrationspolitik	5	-	-
Altersvorsorge für Selbstständige	1	-	-	Altersvorsorge für Selbstständige	-	-	1	Altersvorsorge für Selbstständige	1	-	-	Altersvorsorge für Selbstständige	1	-	-												
Barrierefreiheit ÖPNV	-	-	(2)	Barrierefreiheit	-	-	1	Barrierefreiheit / Inklusion	1	-	2	Barrierefreiheit / Inklusion	-	-	3				Barrierefreiheit / Inklusion	1	-	3					
Ausbau / Verbesserung Kinderbetreuung	2	-	(2)	Ausbau / Verbesserung Kinderbetreuung	2	-	3					Gemeinschaftsverpflegung	-	-	1	Ausbau Kinderbetreuung	-	-	2	Kinderbetreuung / Jugendeinrichtungen / Gemeinschaftsverpflegung	1	-	9	Gemeinschaftsverpflegung	-	-	1
Schule	1	-	(1)	Investitionen in Schulgebäude	1	-	-	Investitionen in Kita- und Schulgebäude	-	-	1	Schulsozialarbeit / Schulpsychologen	-	-	2				Investitionen (Schule und Kita) / Ganztagsbetreuung / Schulsozialarbeit / Schulpsychologen	-	-	4					
Berufsorientierung	2	-	-	Berufliches Orientierungsjahr	1	-	-	Ausbildung / Qualifizierung	3	-	-	Ausbildung	2	-	-				Ausbildung / Qualifizierung	5	-	-					
Pflege – Vorsorge	4	-	-	Pflege / Vorsorge	3	-	-												Pflege	5	-	-					
Kommunale Finanzkraft / Investitionskraft / Konnexität	6	-	-					Kommunale Finanzkraft / Investitionskraft / „Deutschlandfonds“ / Klimaanpassung / Vorkaufsrecht	6	5	1	„Deutschlandfonds“ / Klimavorsorge / Klimaanpassung / Kommunale Finanzkraft / Werbeverbote / Vorkaufsrecht / Konnexität	5	2	3	Kommunale Finanzkraft / Konnexität	-	1	2	Vorkaufsrecht / Gemeindefinanzreform / kommunale Finanzkraft / Kulturförderung / Konnexität	6	5	-	Unterstützung bei Fernwärmeausbau	-	1	-
Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben	1	-	-					Gesundheitskioske	-	-	1	Sozialausgaben	-	-	2	Sozialhilfe / Arbeitslosengeld / Wohngeld	-	-	4	Sozialausgaben / Krankenhäuser / Obdachlosigkeit	-	-	4				
Förderinstrumente	2	-	-									Förderprogramme	1	1	-				Förderprogramme	1	-	-					
Tourismusförderung	1	-	-	Tourismusförderung	1	-	-					Tourismusförderung	-	1	-												
																Grundsteuer	-	1	1								

Soziales																														
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung					
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-	+	0	-
	43	4	1		34	1	4		29	1	13		24	-	18		51	2	4		23	0	33		6	0	0			
Unternehmensgründungen / Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft	5	-	-	Unternehmensgründungen / Unterstützung der Wirtschaft	5	-	-				Unternehmensgründungen / Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft / „Green Deal“	5	-	1	Unternehmensgründung	1	-	-	Unternehmensbesteuerung / Unternehmenserhalt / Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft	2	-	2								
Unternehmensnachfolgen	1	-	-				Unternehmensnachfolge	1	-	-	Unternehmensnachfolgen	1	-	-																
Reform Bürgergeld und Job-Vermittlung	6	-	-	Reform Bürgergeld und Job-Vermittlung	8	-	-	Arbeitsvermittlung / Transfergesellschaften / Bürgergeld	3	1	-	Arbeitsanreize	3	-	-	Bürgergeld / Arbeitsvermittlung	3	-	-	Bürgergeld / Arbeitslosenversicherung	2	-	1							
											Arbeitsmigration	3	-	3																
							Mindestlohn	3	-	-	Mindestlohn	4	-	-				Mindestlohn	3	-	-	Mindestlohn	1	-	-					
Schutz von Frauen vor Gewalt	2	-	1	Schutz von Frauen vor Gewalt / Frauenhäuser	-	-	1	Schutz von Frauen vor Gewalt / Frauenhäuser	1	-	1	Aufnahmeeinrichtungen	-	-	1				Frauenhäuser	-	-	1								
Kinderschutz	2	1	-																											
Migration / Integration	20	-	-	Migration / Integration	16	-	2	Migration / Integration	9	-	6	Migrationspolitik	3	-	8	Migration / Integration	41	2	-	Migration / Integration	5	-	24	Migration	5	-	-			
Pflege - Vorsorge	4	-	-	Pflege / Vorsorge	3	-	-	Pflege	6	-	5	Pflege	1	-	1	Pflege	2	-	-	Pflege	5	-	-	Pflege	1	-	-			
							Gesundheitskioske	-	-	1	Öffentlicher Gesundheitsdienst	1	-	1				Krankenhäuser / Inklusion	-	-	2									
Altersvorsorge für Selbständige	1	-	-	Altersvorsorge für Selbständige	-	-	1	Altersvorsorge für Selbständige	1	-	-	Altersvorsorge für Selbständige	1	-	-															
Kinder- und Jugendhilfe	-	3	-								Unterhaltsvorschuss / Inklusion	-	-	3	Jugendhilfe	2	-	-	Unterhaltsvorschuss	-	-	1								
Berufsorientierung	1	-	-	Berufliches Orientierungsjahr	1	-	-	Ausbildung / Qualifizierung	5	-	-	Ausbildung	2	-	-	Ausbildung / Qualifikation	2	-	-	Ausbildung / Qualifizierung	5	-	-							
Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben	1	-	-															Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben	1	-	-									
				Unterkunftskosten	-	1	-											Unterkunftskosten	-	-	1									
				Sozialabgaben	1	-	-																							
																		Rechtsanspruch Altenhilfe	-	-	1									
																		Obdachlosigkeit / Suchthilfe	-	-	1									

Soziales																																		
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung									
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-							
	43	4	1		34	1	4		29	1	13		24	-	18		51	2	4		23	0	33		6	0	0							
															Arbeitslosengeld / Sozialhilfe	-	-	3																
															Kommunales Wohngeld	-	-	1																

Gleichwertige Lebensverhältnisse																																									
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung																
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-														
	45	1	0		30	1	0		31	7	9		25	3	9		15	1	6		27	7	18		2	1	6														
											Umweltschädliche Subventionen / Verursacherprinzip	-	-	3																											
Wärmelösungen	3	-	-								Aus- und Umbau Wärmenetze	1	-	-				Wärmenetze	-	-	1			Fernwärmeausbau	-	-	1														
								Klimaanpassung	1	-	-																														
Wohneigentum	3	-	-	Wohneigentum	1	-	-	Wohneigentum	1	-	-	Wohneigentum	2	-	-			Wohneigentum	1	-	-																				
Wolfsbestand	2	-	-	Wolfsbestand	1	-	-											Wolfsbestand	1	-	-																				
Strukturen in Gesundheits- und Pflegeversorgung	8	-	-	Strukturen in Gesundheits- und Pflegeversorgung	5	1	-	Gesundheit / Pflege / Notfallversorgung	8	1	-	Gesundheits- und Notfallversorgung	4	-	-			Gesundheitsversorgung / Krankenhäuser	-	1	2	Gesundheitsversorgung	11	2	-	Gesundheitsversorgung / Krankenhäuser	-	1	2												
Wohnungsbau	7	-	-	Wohnungsbau	6	-	-	Wohnungsbau	5	-	1	Wohnungsbau	5	-	-			Wohnungsbau / Wohnungsbelegung	2	-	2			Wohnungsbau	1	-	-														
								Leerstandsaktivierung	1	-	-																														
				Bauflächen	1	-	-																																		
				Mietpreise	3	-	-	Mietpreise	2	-	5	Mietpreise	1	-	2									Mietpreise	3	1	9	Mietpreise	-	-	3										
Mobilität	10	-	-	Mobilität	6	-	-	Mobilität	1	1	-							Mobilität	6	-	-	Mobilität	2	1	-	Mobilität	1	-	-												
ÖPNV	2	-	-	ÖPNV	3	-	-	ÖPNV / 49-Euro-Ticket / Fahrrad	4	2	1	ÖPNV / 49-Euro-Ticket	3	1	3			ÖPNV	1	-	-	ÖPNV / 9-Euro-Ticket / Fahrrad	3	2	7																
Homeoffice	1	-	-																																						
Wasserstoffnetze	1	-	-																																						
								Ausbau Erneuerbare Energien	-	-	1	Ausbau Erneuerbare Energien	1	-	1			Ausbau Erneuerbare Energien	4	-	-	Klimafolgenanpassung	1	-	-																
Breitband- / Mobilfunkausbau	2	-	-	Breitband / Mobilfunkausbau	2	-	-	Breitbandausbau	1	1	-	Breitband- / Mobilfunkausbau	3	-	-									Breitband-/Mobilfunkausbau	3	-	-														
Förderprogramme	1	-	-																																						
Innenstadtentwicklung	2	-	-					Innenstadtentwicklung	1	-	-																														
Kulturförderung	1	1	-					Kulturförderung / Kino	4	-	-	Kulturförderung	2	-	-			Kulturförderung	-	-	1	Kulturförderung	1	-	-																

Gleichwertige Lebensverhältnisse																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	45	1	0		30	1	0		31	7	9		25	3	9		15	1	6		27	7	18		2	1	6
Stadt- und Dorfentwicklung	1	-	-	Stadt- und Dorfentwicklung	1	-	-				Infrastruktur in Stadt und Land	-	1	-				Stadt- und Dorfentwicklung	-	1	-						
Tourismus	1	-	-	Tourismus	1	-	-				Tourismus	-	1	-													
								GAK / GRW / Strukturen	2	2	-	GRW	2	-	-			Struktur-/Förderung	2	-	-						
								Gesetzesfolgenabschätzung	-	-	1																
																		Migration	-	-	1						
																		Queer	1	-	-						

Mobilität																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	11	0	0		10	0	0		6	4	1		2	1	3		4	4	7		1	0	0				
Motorisierter Individualverkehr	7	-	-	Motorisierter Individualverkehr / Führerschein	6	-	-	Führerschein	1	-	-	WHO-Leitlinien bei Luft und Lärm	-	-	1	Motorisierter Individualverkehr	4	-	-	Motorisierter Individualverkehr	1	1	-	Motorisierter Individualverkehr	1	-	-
ÖPNV	4	-	-	ÖPNV	3	-	-	ÖPNV	4	2	1	ÖPNV	2	1	2	ÖPNV	1	-	-	ÖPNV	1	3	7				
								Radverkehr	1	-	-									Radverkehr	2	-	-				
								Mobilität allgemein	-	2	-																
				Verkehrslenkung	1	-	-																				

Breitbandausbau / Mobilfunkausbau																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-				
	2	0	0		2	0	0		1	1	1		3	1	-		0	0	0		3	0	0		0	0	0
Breitband- / Mobilfunkausbau	2	-	-	Breitband- / Mobilfunkausbau	2	-	-	Breitbandausbau / Mobilfunk	1	1	1	Breitband-/Mobilfunkausbau	2	1	-				Breitband-/Mobilfunkausbau	2							
												Verbraucherrechte	1	-	-				Verbraucherrechte	1							

Gesundheitsversorgung																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	9	-	-		5	2	0		9	1	-		7	1	1		0	1	2		12	2	0		0	1	2
Apothekenversorgung	2	-	-	Apotheken	-	1	-								Medikamenten- versorgung	-	-	1	Heilberufe / Apo- theken	1	-	-					
Krankenhausversorgung / Geburtshilfe	2	-	-	Krankenhaus	2	-	-	Krankenhaus	2	-	-	Krankenhausreform	1	-	-	Krankenhaus	-	-	1	Krankenhaus / Ge- burtshilfe	3	1		Krankenhausver- sorgung	-	1	2
Notfallversorgung	1	-	-					Notfallversorgung	1	-	-	Notfallversorgung	1	-	-												
Ambulante ärztliche Ver- sorgung	4	-	-	Flächendeckende medizinische Ver- sorgung	2	1	-	Ambulante medizi- nische Versorgung	2	1	-	Ambulante medizi- nische Versorgung	3	1	-	Ambulante ärztli- che Versorgung	-	1	-	Ärztliche Versor- gung	6	1					
				Digitalisierung	1	-	-	Digitalisierung	3	-	-	Digitalisierung								Digitalisierung	1	-	-				
												ÖGD	2	-	1												
								Gesundheitskioske	1	-	-																
																				Pflichtaufgabe In- klusions-Gesund- heit	1	-	-				

Kommunale Selbstverwaltung																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	31	4	1		17	3	3		11	4	5		8	3	12		5	2	8		3	3	13		0	0	0
Cannabis-Gesetz	2	-	-									Cannabis-Legalisierung	-	-	1	Cannabis-Legalisierung	1	-	-	Cannabis-Legalisierung	1	-	-				
Selbstbestimmungsgesetz	2	-	-													Selbstbestimmungsgesetz	1	-	-								
Raumordnung / Bauordnung / Genehmigungen	8	2	1	Genehmigungen / Ausgleichsmaßnahmen	3	2	-	Bauland-Vergabe / Genehmigungen	1	1	-	Planungsrecht Stadtbau / Vorrangflächen Nahrungsmittelproduktion	1	-	1	Planungs- und Genehmigungsverfahren / Baulandvergabe	3	-	-								
								Klimaneutralität	-	-	1	Klima- und Umweltschutz	-	-	2												
Digitalisierung der Verwaltung	5	-	-	Digitalisierung	7	-	-	Digitalisierung / Bürokratieabbau	7	1	-	Digitalisierung der Verwaltung	3	1	---	Digitalisierung	-	1	-	Digitalisierung	1	-	1				
Eine Anlaufstelle für Unternehmen	-	1	-																								
Leistungen bündeln (Soziales & Familie)	2	1	-	Zentrale Anlaufstelle / „Kinderchancenportal“				Leistungen zusammenfassen / proaktive Verwaltung	2	-	-	Zentrale Anlaufstelle für Familienleistungen	-	1	-												
								Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung	-	-	1	Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung	-	-	1					Rechtsanspruch Altenhilfe / Pflichtaufgaben	-	-	4				
Europa	3	-	-																	Ausschuss der Regionen	1	-	-				
Vergaberecht	1	-	-	Vergaberecht	4	-	-					Vergaberecht	1	-	3	Vergaberecht	-	1	-	Vergaberecht	-	-	1				
												Geldanlagen	-	-	1												
Ehrenamtliches Engagement	2	-	-	Ehrenamtliches Engagement	1	-	-	Jugendparlamente / Bürgerforen	-	-	2	Kinder- und Jugendparlamente	-	-	1					Seniorenvertretungen	-	-	1				
												Kommunales Ausländerwahlrecht	-	-	1					Wahlen	-	2	1				
Fachkräftegewinnung	1	-	-	Arbeitskräfte	2	-	1	ÖD als Arbeitgeber	-	1	1									Arbeitskräfte	-	-	2				
Vertrauen in Kommunen / Kommunen stärken	3	-	-									Umsetzungsspielraum bei Förderprogrammen	2	-	-					Selbstverwaltung stärken	-	1	-				
Wahrnehmung der Kommunen auf Bundesebene	2	-	-	Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates	-	1	-					„Pakt für ein modernes Deutschland“ / Staatsreform	1	1	-												
												Ordnungsrecht beim Klimaschutz	-	-	1												
								Modernisierung Ausländerzentralregister	1	-	-					Einbürgerung	-	-	1								

Kommunale Selbstverwaltung																																				
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung											
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-									
	31	4	1		17	3	3		11	4	5		8	3	12		5	2	8		3	3	13		0	0	0									
							Pflege-Struktur	-	1	-																										
				Standardsetzung	-	-	2																													
																		Finanzen	-	-	2															
																		Vermittlung Haus- haltshilfen	-	-	1															
																		Sozialhilfe / Mehr- generationenkon- zepte	-	-	4															
																		Volksentscheide / Direktwahl	-	-	3															

Vergabe / Beschaffung																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	1	0	0		4	0	0		0	0	0		0	1	0		3	0	1		0	0	0		2	0	0
Vergaberecht Wertgrenzen	1	-	-	Vergaberecht Wertgrenzen	2	-	-				Vergaberecht Wertgrenzen	1	-	-	Vergaberecht	-	1	-									
				Dokumentation / vergabefremde Kriterien	2	-	-				Quoten / Nachhaltigkeit / Lieferketten	-	-	3					Tarifverträge / E-Mobilität	-	-	2					

Ehrenamt																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	11	0	0		3		2		11	0	2		11	1	2		1	-	-		1	3	1		0	0	0
Schutz des Ehrenamts	4	-	-				Schutz vor Hass, Hetze und Angriffen / Kriminalprävention	5	-	-	Schutz vor Hass / Hetze und Straftaten	3	-	-													
Finanzielle Unterstützung / Ehrenamtszuschale	2	-	-	Ehrenamtszuschalen	1	-	-	Hilfen für Helfer	1			Steuerfreie Aufwandsentschädigung / Ehrenamtskarte	2	-	-												
							Kinder- und Jugendbeteiligung / Bürgerforen	-	-	2	Kinder- und Jugendparlamente / kommunales Ausländerwahlrecht	-	-	2				Wahlen	-	2	1						
Gesellschaftsjahr	3	-	-	Freiwilligendienst	1	-	-	Freiwilligendienst	1	-	-	Engagementstrukturen / Bundesfreiwilligendienst	2	-	-												
Zivil- und Katastrophenschutz	2	-	-	Zivil- und Katastrophenschutz	1	-	2	Zivil- und Katastrophenschutz	4	-	-	Zivil- und Katastrophenschutz	4	1	-	Zivil- und Katastrophenschutz	1	-	-	Zivil- und Katastrophenschutz	1	1	-				

Migration / Integration																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	20	-	-		16	2	2		10	1	8		3	-	12		41	9	3		5	0	25		5	0	0
Grenzkontrolle, Asylverfahren, Zurückweisungen / Rückführungen	11	-	-	Asylverfahren / Rückführungen / Zurückweisungen	5	-	-	Asylverfahren / Rückführungen / Zurückweisung / keine Drittstaatenverfahren	4	1	2	Rückführung / keine Zurückweisung / keine Drittstaatenverfahren / Asylrecht	1	-	4	Grenzkontrolle / Asylverfahren / Rückführungen	23	3	-	Abschiebung / Drittstaaten / Asylrecht	-	-	3	Asylverfahren / Rückführungen	4	-	-
Leistungsbezug	2	-	-	Leistungsbezug	5	-	-									Leistungsbezug / Unterbringung	6	-	-	Leistungsbezug / Unterbringung	-	-	5	Leistungsbezug	1	-	-
Aufnahmeprogramme	2	-	-	Familiennachzug / Aufnahmeprogramme	1	-	-	Familienzusammenführung	-	-	1	Familiennachzug / Resettlementprogramme	-	-	2	Aufnahmeprogramm / Familiennachzug	2	-	-	UNHCR-Programm	-	-	1				
Ukraine-Flüchtlinge	1	-	-																								
EU	2	-	-	EU	1	-	-	EU	1	-	-					EU / UN / GFK	-	3	1	EU	-	-	4				
Entwicklungspolitik	2	-	-					Entwicklungspolitik	1	-	-					Entwicklungshilfe	1	-	-	Fluchtursachen	1	-	-				
				Migrationsabkommen / -partnerschaften	2	-	-	Migrations- und Einreiseabkommen	1	-	-	Migrationsabkommen / Visaabkommen	1	-	-	Visaabkommen	2	-	-	Visaregelungen / Fluchtgründe	-	-	3				
				Arbeitsmöglichkeiten / „Spurwechsel“	-	-	2	Arbeitsmöglichkeiten / „Spurwechsel“	-	-	2	Arbeitsmöglichkeiten / „Spurwechsel“	-	-	4	Arbeitsmöglichkeit	4	-	-	Arbeitserlaubnisse	-	-	2				
												Chancenaufenthaltsrecht	-	-	1												
				Integrationskurse / Wohnsitzauflage	1	2	-	Integrationskurse	1	-	-	Integrationsoffensive / Unterstützung für Kommunen	1	-	-	Integration / Verteilung	1	3	2								
								Seenotrettung / legale Fluchtrouten	-	-	2	Seenotrettung	-	-	1	Seenotrettung	2	-	-	Seenotrettung / legale Fluchtrouten	1	-	4				
								Schutz geflüchteter Frauen	-	-	1																
								Schleuserkriminalität	2																		
				Sichere Herkunftsstaaten	1	-	-																				
																				Einbürgerung	-	-	1				
																				Finanzierung	3	-	2				

Infrastruktur / kommunale Unternehmen																												
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung			
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-	
	32	2	3		18	1	4		21	2	23		18	1	25		15	2	1		31	6	21		3	0	2	
Wärmeversorgung	3	-	-	Kein Anschluss- und Benutzungs-zwang	-	-	1	„Deutschland-fonds“ / Investitio-nen in Leitungs-umbau- / -ausbau / -neubau	2	-	-	Klimaneutralität / Aus- und Umbau Wärmenetze / Netz-ausbau	1	-	4							Fernwärmeaus-bau	1	-	-			
								Klimaschutz / Klimaanpassung	3	-	1	Klimaanpassung	4	1	1													
Forstwirtschaft	2	-	-	Waldwirtschaft	3	-	-	Ökosystemleistun-gen der Wälder	-	-	1	Naturnahe Wälder	-	-	1	Waldwirtschaft	1	-	-									
Gesellschaftsjahr	3	-	-																									
Kinderbetreuung	5	-	3	Kinderbetreuung / Schule	6	1	3	Betreuung in Kita und Schule	6	2	7	Betreuungsange-bote	5	-	6	Kinderbetreuung	8	-	-	Kinderbetreuung / Schule	9	1	7	Kinderbetreuung	-	-	2	
												Kinder- und Jugend-arbeit / Schulsozial-arbeit / Schulpsy-chologen	2	-	-													
Versorgungsunterneh-men / Stadtwerke	6	-	-					Wohnungsbauge-sellschaften / Stadtwerke	2	-	3	Wärme-/Stromsper-ren / Preisvorgaben / Verursacherprin-zip	1	-	2	Technologieoffene Energieversor-gung / kommuna-le Unterneh-men	5	2	-	Stadtwerke / Woh-nungsunterneh-men / Abfallwirt-schaft	8	5	8	Wohnungsbaug-esellschaften	1	-	-	
Klimaschutz / Klima-anpassung	3	2	-	Klimaschutz	4	-	-														Klimaanpassung	3	-	-				
Finanzierung	5	-	-									„Deutschlandfonds“ / Bildungsinvestitio-nen	3	-	-						Finanzierung	2	-	-				
Cyberabwehr	1	-	-					Schutz kritischer Infrastruktur	1	-	-																	
Kulturförderung	2	-	-					Kulturförderung	2	-	-					Kulturförderung	-	-	1	Kulturförderung	1	-	-					
ÖPNV	2	-	-					ÖPNV	1	-	-																	
				E-Mobilität	3	-	-	E-Mobilität	-	-	9	E-Mobilität	-	-	5						E-Mobilität	-	-	3	E-Mobilität	1	-	-
												Beschaffungsquo-ten	-	-	1													
								Werbeverbote	-	-	1	Werbeverbote	-	-	1						Werbeverbot	-	-	2				
												Obdachlosenhilfe	-	-	1													
								Sportstättenförde-rung	1	-	-	Sportstättenförde-rung	1	-	-													

Infrastruktur / kommunale Unternehmen																											
CDU/CSU	Auswirkung			FDP	Auswirkung			SPD	Auswirkung			B90/Die Grünen	Auswirkung			AfD	Auswirkung			Die Linke	Auswirkung			BSW	Auswirkung		
	+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-		+	0	-
	32	2	3		18	1	4		21	2	23		18	1	25		15	2	1		31	6	21		3	0	2
				Barrierefreiheit	1	-	-	Barrierefreiheit	2	-	-	Barrierefreiheit	-	-	1				Barrierefreiheit / Inklusion	4	-	-					
Schutz von Frauen	1	-	-	Schutz von Frauen / Frauenhäuser	1	-	-	Frauenhäuser / Schutz von Frauen	1	-	1	Frauenhäuser / Schutz von Frauen	1	-	2				Frauenhäuser	1	-	-					
																			Obdachlosigkeit	1	-	1					
																			Krankenhäuser / Pflege	2	-	-					
																Arbeitspflicht Bürgergeld	1	-	-								

**Anlage 2 – kommunal relevante Vorhaben in den Wahlprogrammen:**

CDU/CSU

CDU/CSU -Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir entlasten vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dafür passen wir den Einkommensteuertarif an.	Entlastungen bei der Einkommensteuer führen beim Kommunalanteil zunächst zu Mindereinnahmen in diesem Bereich, können aber insgesamt zu steigenden Steuereinnahmen des Staates führen.	X		X
Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei.		X		X
Wir erhöhen die Pendlerpauschale. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.		X		X
Wir führen eine Aktivrente ein. Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei		X		X
Mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.		X		X
Einkommen entlasten. Dazu flachen wir den Einkommensteuertarif schrittweise spürbar ab und erhöhen den Grundfreibetrag. Die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz erhöhen wir deutlich		X		X
Deshalb passen wir den Einkommensteuertarif regelmäßig an die Inflation an und gleichen so die kalte Progression aus.		X		X
Pendler entlasten. Die Pendlerpauschale erhöhen wir. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.		X		X
Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei.		X		X
Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent	Das Ziel setzt die Gewerbesteuer unter Druck.			(X)
Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Unser Ziel ist eine attraktive Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schrittweise umsetzen wollen.				(X)
Wir senken die Stromsteuer und die Netzentgelte. Der Strom muss für alle schnell und spürbar günstiger werden.	Entlastung bei den Betriebsausgaben.	X		
Netzentgelte neu regeln. Statt unterschiedlicher Strompreiszonen muss der Strom für alle in Deutschland günstiger werden.		X		
Klimabonus. Wir reduzieren mit den CO2-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte.		X		
Abgaben auf den Prüfstand. Bei den Steuern und anderen Abgaben auf Energie nutzen wir Entlastungsspielräume. Wir senken die Stromsteuer für alle und reduzieren die Netzentgelte.		X		
Schnelle Entlastungen in Krisen ermöglichen. Wir setzen uns in Europa dafür ein, dass in angespannter Lage die Energie- und Umsatzsteuer für Güter des täglichen Bedarfs schnell und ohne langwierige Genehmigung reduziert werden dürfen.		X		
Wir bauen Netze, Speicher und alle Erneuerbaren aus und setzen auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Nur mehr Angebot senkt die Preise.		X		
Ideologiefrei und technologieoffen zu bezahlbarer Energie. Wir bringen alle Kapazitäten ans Netz, die klimafreundlich und systemdienlich sind		X		
Wir machen Lust auf Unternehmertum. Mit einer „Gründerschutzzone“ befreien wir in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften.	Die Stärkung der Wirtschaft kann zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben führen.	X		
Hürden aus dem Weg räumen. Wir führen eine „Gründerschutzzone“ ein und befreien Gründerinnen und Gründer in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften. Die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie verbessern wir.		X		
Pariser Klimaziele einhalten. Wir verbinden dieses Ziel unbedingt mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft		X		
Mittelstand mehr berücksichtigen. Wir vereinfachen für kleine und mittlere Unternehmen den Zugang zu Forschungs- und Innovationsprogrammen des Bundes. Bürokratie führen wir auf ein absolutes Minimum zurück		X		
Deshalb belasten wir Familienunternehmen in der Erbfolge nicht in der Substanz und vereinfachen Unternehmensnachfolgen.		X X		
Wir schaffen das sogenannte „Bürgergeld“ ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Fördern und Fordern muss immer gelten.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen.	X		
„Bürgergeld“ abschaffen. Das sogenannte „Bürgergeld“ in der jetzigen Form schaffen wir ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Den Vermittlungsvorrang führen wir wieder ein.		X		

CDU/CSU -Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Arbeitsanreize verstärken. Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die Transferentzugsraten, um die Anreize zu erhöhen, eine Arbeit aufzunehmen oder mehr zu arbeiten.		X		
Vermitteln, vermitteln, vermitteln. Viele Menschen sind seit vielen Jahren auf Unterstützung angewiesen. Wir legen den Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizierende Unterstützung der Hilfeempfänger.		X		
Künftig führen wir wieder ab dem ersten Tag in der Grundsicherung eine Vermögensprüfung durch und machen das Schonvermögen von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig.		X		
Berufsbegleitender Spracherwerb. In vielen Branchen und Berufen sind nicht abgeschlossene Integrations- oder Sprachkurse kein Grund, die Arbeitsvermittlung aufzuschieben. Wir sorgen dafür, dass der Spracherwerb auch berufsbegleitend erfolgt.		X		
Wir setzen verstärkt auf die elektronische Fußfessel. Gewalttäter gegen Frauen müssen gestoppt werden	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen.	X		
Wir kontrollieren die deutschen Staatsgrenzen und setzen konsequente Zurückweisungen an der Grenze durch. Wir müssen wieder selbst entscheiden, wer zu uns kommt und wer bleiben darf		X		
Wir beschleunigen Asylverfahren und Rückführungen. Dazu erklären wir weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern und schieben auch wieder nach Syrien und Afghanistan ab.		X		
Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme		X		
Wir richten Sozialleistungen für Ausreisepflichtige an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ aus. Bei der Bezahlkarte machen wir keine Abstriche.		X		
Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden		X		
Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden.		X		
Kein Nachzug. Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.		X		
Vorrang von Sachleistungen.		X		
Subsidiären Schutzstatus abschaffen.		X		
Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden.		X		
Weitere „sichere Herkunftsländer“ ausweisen.	Finanzielle Entlastung der Kommunen bei der Aufgabe der Unterbringung und Betreuung der Betroffenen.	X		
Zahl der Rückführungen erhöhen.		X		
Bundespolizei mehr Kompetenzen geben. Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir ändern das Recht so, dass jeder aus-reisepflichtige Straftäter und Gefährder im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er freiwillig ausreist oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.		X		
Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa.		X		
EU-Außengrenzen wirksam schützen.		X		
Mehr Personal, mehr Befugnisse für Frontex. Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal werden. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.		X		
Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen. Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt.		X		
Klare Erwartungen formulieren. Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem wirksamen Stopp illegaler Migration		X		
Kurswechsel im Sahel. Damit unterstützen wir die Menschen vor Ort, sodass sie sich nicht auf den gefährlichen Weg zu uns nach Europa machen müssen.		X		
Wir entwickeln perspektivisch den Kinderfreibetrag in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern. Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an. Zudem halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen Kinder künftig stärker berücksichtigen.	Entlastungen bei der Einkommensteuer führen beim Kommunalanteil zunächst zu Mindereinnahmen in diesem Bereich, können aber insgesamt zu steigenden Steuereinnahmen des Staates führen – Beibehalten des Ehegattensplittings wirkt sich weder positiv noch negativ aus.	X	X	X

CDU/CSU -Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen mehr Startup-Gründungen aus der Spitzenforschung, die sich zu globalen Marktführern entwickeln.	Die Gründung neuer Unternehmen kann zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben führen.	X		
Altersvorsorge für Selbständige. Wir führen eine verbindliche Altersvorsorge für Selbständige ein, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind.	Entlastung bei Sozialausgaben	X		
Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum. Barrieren in Bus und Bahn müssen schneller beseitigt werden.				(X)
Auf freie Mobilität setzen. Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll.	Kann zu aufwachsendem Investitionsaufwand führen			(X)
Für eine gute Betreuung, auf die sich Familien auch verlassen können. Deshalb wollen wir, dass die Infrastruktur ausgebaut, die Qualität gesteigert und die Betreuungssituation verbessert wird. Kitas in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen stärken wir.	Kann zu aufwachsendem Investitionsaufwand führen			(X)
Schulreife aller Kinder anstreben. Wir setzen auf Mindeststandards und unterstützen mit einem weiteren Investitionsprogramm Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft	X		
Sprachprobleme früh beheben. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kita, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten. Zudem leiten wir einen Neustart des erfolgreichen Bundesprogramms Sprach-Kitas ein.	Kann zu aufwachsendem Investitionsaufwand führen – Förderprogramm entlastet die Kommunalfinanzen	X		X
Ganztagsausbau vorantreiben. Wir forcieren den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote für Grundschul Kinder.	Kann zu aufwachsendem Investitionsaufwand führen			(X)
DigitalPakt Schule 2.0. Damit legen wir den Fokus auf digitale Infrastruktur, digitale Lehr- und Lernprogramme	Entlastung kommunaler Schulträger	X		
Berufsorientierung fördern. Wir wollen die Zahl der Jugendlichen senken, die weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung absolvieren oder einer Beschäftigung nachgehen.	Entlastung bei Sozialausgaben	X		
Vorsorge bezahlbar und nachhaltig machen. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege schließen. Wir prüfen die bessere steuerliche Absetzbarkeit solcher Modelle als Teil einer nachhaltigen Vorsorge.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Wir verbessern die häusliche Pflege und die Situation der Angehörigen		X		
Angehörigen den Rücken stärken. Wir stellen die häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt und wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben, wenn Pflegebedürftige nicht in einem Heim untergebracht werden müssen.	X		
Durch starke Netzwerke im direkten Umfeld und Chancen der Digitalisierung ermöglichen wir es weiterhin einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen, so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen.		X		
Infrastruktur solide finanzieren. Wir sorgen für dauerhafte Finanzierungsstabilität, die unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln ist. Zudem müssen wir kurzfristig mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau zu lösen. Dazu setzen wir auf starke Anreize für private Investoren.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft	X		
Wer bestellt, bezahlt. Wir orientieren uns am Grundsatz der Konnexität. Für uns ist klar: Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Besonders darauf zu achten ist, wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kommunen zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen führen.	Die konsequente Umsetzung dürfte dazu beitragen, dass alle finanziellen Belastungen der Kommunen auch aus Maßnahmen des Wahlprogramms kompensiert werden.	X		
Mischfinanzierungen abbauen. Die Menschen müssen nachvollziehen können, wohin das Geld fließt. Die Länder sollen transparent machen, inwieweit sie Geld vom Bund zweckmäßig eingesetzt haben und welche Kommune in welcher Höhe profitiert.	Mehr Transparenz kann mehr Verlässlichkeit für die Kommunalfinanzen bewirken	X		
Lebenswerte Heimat. Wir wollen, dass Projekte der kommunalen Daseinsvorsorge solide finanziert sind.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft	X		
Ausgaben im Griff haben. Bund und Länder müssen in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen finden, die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben zu stoppen.	Finanzielle Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Vertrauen in die Kommunen. Wir stärken Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die kommunale Selbstverwaltung. Um eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, brauchen die Kommunen auch dauerhaft sichere Einnahmequellen.		X		
Förderungen vereinfachen. Wir machen die kommunal relevanten Förderprogramme des Bundes einfacher in der Abwicklung, indem wir sie zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln. Fristen fassen wir realitätsnah, vereinfachen Antragsverfahren und reduzieren Nachweispflichten.	Nachhaltige Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren. Insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt dafür das Leitinstrument.	Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur kann zu steigenden Steuereinnahmen führen.	X		
Tourismus besser unterstützen. Er leistet einen wichtigen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung, Wohn- und Lebensqualität, Pflege von Brauchtum und Traditionen sowie Sicherung der Infrastruktur. Für die ländlichen Räume ist er besonders wichtig.	Stärkung des Tourismus kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		

CDU/CSU -Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir machen Lust auf Unternehmertum. Mit einer „Gründerschutzzone“ befreien wir in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften.	Die Stärkung der Wirtschaft kann den Fachkräftebedarf anreizen und dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen und Sozialausgaben zu senken.	X		
Hürden aus dem Weg räumen. Wir führen eine „Gründerschutzzone“ ein und befreien Gründerinnen und Gründer in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften. Die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie verbessern wir.		X		
Pariser Klimaziele einhalten. Wir verbinden dieses Ziel unbedingt mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft		X		
Mittelstand mehr berücksichtigen. Wir vereinfachen für kleine und mittlere Unternehmen den Zugang zu Forschungs- und Innovationsprogrammen des Bundes. Bürokratie führen wir auf ein absolutes Minimum zurück		X		
Deshalb belasten wir Familienunternehmen in der Erbfolge nicht in der Substanz und vereinfachen Unternehmensnachfolgen.	Die Stärkung der Wirtschaft kann durch Erhalt von Unternehmen (und damit Arbeitsplätzen) zu sinkenden Sozialausgaben führen bzw. deren Anstieg verhindern.	X		
Wir schaffen das sogenannte „Bürgergeld“ ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Fördern und Fordern muss immer gelten.	Die Maßnahme kann dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen und Sozialausgaben zu senken.	X		
„Bürgergeld“ abschaffen. Das sogenannte „Bürgergeld“ in der jetzigen Form schaffen wir ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Den Vermittlungsvorrang führen wir wieder ein.		X		
Arbeitsanreize verstärken. Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die Transferentzugsraten, um die Anreize zu erhöhen, eine Arbeit aufzunehmen oder mehr zu arbeiten.		X		
Vermitteln, vermitteln, vermitteln. Viele Menschen sind seit vielen Jahren auf Unterstützung angewiesen. Wir legen den Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizierende Unterstützung der Hilfeempfänger.		X		
Künftig führen wir wieder ab dem ersten Tag in der Grundsicherung eine Vermögensprüfung durch und machen das Schonvermögen von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig.		X		
Berufsbegleitender Spracherwerb. In vielen Branchen und Berufen sind nicht abgeschlossene Integrations- oder Sprachkurse kein Grund, die Arbeitsvermittlung aufzuschieben. Wir sorgen dafür, dass der Spracherwerb auch berufsbegleitend erfolgt.		X		
Wir setzen verstärkt auf die elektronische Fußfessel. Gewalttäter gegen Frauen müssen gestoppt werden	Ein konsequentes Vorgehen gegen Täter kann dazu beitragen, den Bedarf an Unterbringungsplätzen (Frauenhäuser / Pflegefamilien) zu reduzieren und Sozialausgaben zu senken.	X		
Höchste Aufmerksamkeit für den Schutz von Kindern und Frauen. Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder, nicht allein. Ihr Schutz hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein Sicherheitskonzept und stärken die Frauenhäuser. Die elektronische Fußfessel setzen wir verstärkt ein, damit Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten.	Ein konsequentes Vorgehen gegen Täter kann dazu beitragen, den Bedarf an Unterbringungsplätzen (Frauenhäuser / Pflegefamilien) zu reduzieren und Sozialausgaben zu senken – Stärkung von Frauenhäusern wiederum zu steigenden Sozialausgaben führen	X		X
Kinder präventiv schützen. Wir sorgen dafür, dass es dort, wo Kinder betreut werden, flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte gibt. Im Umgangsrecht soll gelten: Wenn ein Elternteil dem Kind Gewalt antut, muss es von der Betreuung ausgeschlossen werden.	Bei flächendeckenden, standardisierten Schutzkonzepten wird die kommunale Betroffenheit von der konkreten Umsetzung abhängen – die stärkere Fokussierung auf den Ausschluss von Tätern kann die Erforderlichkeit der Inobhutnahme von Kindern reduzieren und Sozialausgaben senken	X	X	
Kindeswohl schützen, Elternrechte stärken. Aus Gründen des Kindeswohls werden wir bei Partnerschaftsgewalt das Sorge- und Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils ausschließen.	Die stärkere Fokussierung auf den Ausschluss von Tätern kann die Erforderlichkeit der Inobhutnahme von Kindern reduzieren und Sozialausgaben senken	X		
Wir kontrollieren die deutschen Staatsgrenzen und setzen konsequente Zurückweisungen an der Grenze durch. Wir müssen wieder selbst entscheiden, wer zu uns kommt und wer bleiben darf	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Wir beschleunigen Asylverfahren und Rückführungen. Dazu erklären wir weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern und schieben auch wieder nach Syrien und Afghanistan ab.		X		
Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme		X		
Wir richten Sozialleistungen für Ausreisepflichtige an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ aus. Bei der Bezahlkarte machen wir keine Abstriche.		X		
Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden		X		
Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden.		X		
Kein Nachzug. Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.	X			

CDU/CSU -Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Vorrang von Sachleistungen.		X		
Subsidiären Schutzstatus abschaffen.		X		
Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden.		X		
Weitere „sichere Herkunftsländer“ ausweisen.		X		
Zahl der Rückführungen erhöhen.		X		
Bundespolizei mehr Kompetenzen geben. Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir ändern das Recht so, dass jeder aus-reisepflichtige Straftäter und Gefährder im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er freiwillig ausreist oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.		X		
Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa.		X		
EU-Außengrenzen wirksam schützen.		X		
Mehr Personal, mehr Befugnisse für Frontex. Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal werden. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.		X		
Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen. Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt.		X		
Klare Erwartungen formulieren. Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem wirksamen Stopp illegaler Migration		X		
Kurswechsel im Sahel. Damit unterstützen wir die Menschen vor Ort, sodass sie sich nicht auf den gefährlichen Weg zu uns nach Europa machen müssen.		X		
Bessere Startchancen schaffen. Das Erlernen der deutschen Sprache legt den Grundstein für Integration und Teilhabe. Ein breites Angebot an Deutsch- und Integrationskursen ermöglicht Erfolge in Bildung und Arbeit.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Wir verbessern die häusliche Pflege und die Situation der Angehörigen		X		
Angehörigen den Rücken stärken. Wir stellen die häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt und wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben, wenn Pflegebedürftige nicht in einem Heim untergebracht werden müssen.	X		
Durch starke Netzwerke im direkten Umfeld und Chancen der Digitalisierung ermöglichen wir es weiterhin einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen, so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen.		X		
Vorsorge bezahlbar und nachhaltig machen. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege schließen. Wir prüfen die bessere steuerliche Absetzbarkeit solcher Modelle als Teil einer nachhaltigen Vorsorge.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Wir wollen mehr Startup-Gründungen aus der Spitzenforschung, die sich zu globalen Marktführern entwickeln.	Die Gründung neuer Unternehmen kann zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben führen.	X		
Altersvorsorge für Selbständige. Wir führen eine verbindliche Altersvorsorge für Selbständige ein, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind.	Entlastung bei Sozialausgaben	X		
Junge Menschen stärken. Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie ihnen bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen psychosoziale Unterstützungsangebote aus.	Die Umsetzung wird über die Auswirkungen entscheiden		X	
Förderbedarfe richtig erkennen. Künftig müssen Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zum Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen. Hierzu müssen Bund, Länder und Kommunen enger zusammenwirken	Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe werden von der konkreten Umsetzung abhängen.		X	
Zusammenarbeit klar strukturieren. Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für eine verbesserte Kooperationsstruktur für Schule, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe.			X	
Berufsorientierung fördern. Wir wollen die Zahl der Jugendlichen senken, die weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung absolvieren oder einer Beschäftigung nachgehen.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		
Ausgaben im Griff haben. Bund und Länder müssen in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen finden, die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben zu stoppen.	Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben	X		

CDU/CSU - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir erhöhen die Pendlerpauschale. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.	Die Anhebung der Pendlerpauschale gleicht strukturelle Nachteile hinsichtlich der Mobilität in ländlichen Räumen aus und leistet so einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen.	X		
Pendler entlasten. Die Pendlerpauschale erhöhen wir. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.		X		
Wir fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen.	Technologieoffene Wärmelösungen eröffnen die Möglichkeit, stärker die Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen und senken den Druck auch auf dünner besiedelte ländliche Regionen.	X		
Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen.		X		
Verlässliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich. Dabei setzen wir auf CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen. So berücksichtigen wir unterschiedliche Gegebenheiten im Bestand.		X		
Wir fördern die Vorsorge mit Eigentum und Vermögen durch höhere Freibeträge bei Grunderwerb- und Erbschaftsteuer	Die Förderung des Wohneigentums kann (Familien) helfen, ein Eigenheim zu erwerben – das entlastet Mietwohnungsmärkte (insbesondere in städtischen Ballungszentren) und kann zur Stärkung ländlicher Räume beitragen	X		
Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen. Die bestehenden Förderprogramme, wie zum Beispiel die Zinsverbilligungsprogramme der KfW, richten wir neu aus, indem wir die Einkommensgrenzen anheben und den Kauf von Bestandsimmobilien einbeziehen.		X		
Traum vom Eigenheim verwirklichen. Wir unterstützen vor allem Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Länder sollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro für jedes Kind beim erst-maligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gewähren können.		X		
Wir regeln den Wolfsbestand. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden können, damit weniger Weidetiere gerissen werden	Erhöht das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität in ländlichen Räumen	X		
Wolfsbestand regeln. Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden können		X		
Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land	Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität auch mit Blick auf die Versorgungssituation in ländlichen Räumen	X		
Wir sorgen dafür, dass die langen Wartezeiten auf einen Arzttermin sinken. Dazu verbessern wir die Patientensteuerung.		X		
Wir stärken die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zukunft		X		
Apotheken stärken und erhalten. Mit einer Apothekenreform stärken wir die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zukunft.		X		
Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land. Dies muss auch Grundgedanke einer Krankenhausreform sein. Die stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Regelversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie der erforderlichen Konzentration von spezialisierten Leistungen denken wir zusammen mit der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung sowie den Leistungen der anderen Gesundheitsberufe, die mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen sollen.		X		
Fehlanreize im Gesundheitssystem beseitigen. Wir entwickeln die Notfallversorgung weiter und stärken die Arbeit der Rettungsdienste – eng verzahnt mit der medizinischen Versorgung und dem Katastrophenschutz unter Beteiligung der Kommunen.		X		
Versorgung stärken. Wir entwickeln die Haus- und Kinderarztpraxen innovativ weiter.		X		
Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.		X		
Wir erlauben dauerhaftes Bauen auch dort, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Sonderregelungen erlaubt war	Entlastung städtischer Ballungszentren mit angespanntem Mietwohnungsmarkt	X		
Mehr Pragmatismus. Wir erlauben dauerhaftes Bauen auch dort, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Sonderregelungen erlaubt war.		X		
Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.		X		
Schnell für mehr Bauland sorgen. Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland – gerade in den Metropolen und Wachstumsregionen. Notwendig ist ein Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. In enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Brach- und Konversionsflächen stärker nutzen.		X		
Wohnungsbauförderung wirksam machen. Dazu konzentrieren wir die Förderung (zeitlich befristete Sonderabschreibung / wirkungsvolle degressive Abschreibung) auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten.		X		
Anreize für günstige Mieten. Den Werbungskostenabzug passen wir an, damit derjenige, der weniger als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt, künftig keine steuerlichen Nachteile hat.		X		
Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.		X		

CDU/CSU - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir stehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.	Stärkt Mobilität in ländlichen Räumen und städtischen Ballungszentren	X		
Mehr Technologie wagen. Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden.		X		
Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen [...] lehnen wir ab.		X		
Der Führerschein muss für junge Menschen bezahlbar sein. Dafür gilt es, Bürokratie abzubauen und die Ausbildung effizient zu gestalten.		X		
Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden.		X		
ÖPNV attraktiver und zuverlässiger machen. Wichtig ist ein bedarfsgerechter und zukunftsfester öffentlicher Personennahverkehr. Dazu gehören auch eine zuverlässige und robuste Infrastruktur sowie ein attraktives Angebot in Stadt und Land. Bei der Finanzierung des ÖPNV wollen wir eine neue Transparenz schaffen und eine auskömmliche Finanzierung sichern.		X		
Das Rad mit anderen Verkehrsmitteln verknüpfen. Dazu setzen wir auf neue Radwege, den Ausbau des Netzes und Mobilstationen, vor allem an Verkehrsknotenpunkten. „Shared Mobility“ als Zukunftsmarkt stärken wir.		X		
Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren. Wir können Ballungsräume entlasten, wenn wir die Verkehrswege und den Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen.		X		
Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum. Barrieren in Bus und Bahn müssen schneller beseitigt werden. Gleiches gilt für Hürden im Alltag wie beliebig abgestellte Leihräder und -roller, die gerade für blinde und sehbehinderte Menschen eine Unfallgefahr sind.	Stärkung der Lebensqualität in städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen	X		
Auf freie Mobilität setzen. Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll.		X		
Rechtssicher mobil und im Homeoffice arbeiten.	Die Entfernung des Wohnorts zur Arbeitsstätte verliert an Bedeutung – ein Leben „auf dem Land“ wird attraktiver	X		
Klar ist: Alle Wirtschaftsregionen müssen vom Wasserstoffkernnetz erreicht werden, es darf keine Benachteiligung einzelner Regionen geben.	Stärkung der Energieversorgung in ländlichen Regionen	X		
Raus aus dem Versorgungsloch. Den Ausbau hochleistungsfähiger Breitband- und Mobilfunknetze bringen wir weiter in die Fläche, gerade auch in den ländlichen Raum.	Verbesserung der Versorgungsqualität – insbesondere in ländlichen Räumen	X		
Dazu gehört insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen.		X		
Planungssicherheit geben. Wir sorgen dafür, dass die Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sichergestellt wird.	Wichtiges Förderinstrument ländlicher Räume.	X		
Einer Verwahrlosung des öffentlichen Raums treten wir entgegen	Erhöht die Lebensqualität – Betroffenheit dürfte in städtischen Ballungszentren größer sein als in ländlichen Räumen	X		
Traditionen erlebbar machen. Orte der Kultur wie Museen, Theater, Konzerthäuser, religiöse Einrichtungen, Bibliotheken, Archive oder Gedenkstätten bewahren unsere Traditionen und Bräuche und tragen dazu bei, diese lebendig zu gestalten. Sie gilt es zu erhalten und zu stärken.	Kann Orte der Kultur insbesondere in ländlichen Räumen stärken	X		
Kulturföderalismus bewahren und stärken. Eine funktionierende und lebendige kulturelle Infrastruktur zählt zur Daseinsvorsorge. Museen, Theater, Bibliotheken oder Galerien gehören auch in den ländlichen Raum. Sie sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.			X	
Clubs als Kulturorte anerkennen. Clubs sind Orte des kulturellen Austauschs. In der Baunutzungsverordnung sollten Clubs als Orte der Kultur anerkannt werden, um ihre gesellschaftliche Bedeutung zu unterstreichen.	Stärkt die Innenentwicklung insbesondere städtischer Ballungszentren	X		
In Stadt und Land gut leben. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse. Das unterstützen wir durch kluge Stadt- und Dorfentwicklung.	Gleichwertige Lebensverhältnisse rücken stärker in den Blick der Bundespolitik.	X		
Tourismus besser unterstützen. Er leistet einen wichtigen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung, Wohn- und Lebensqualität, Pflege von Brauchtum und Traditionen sowie Sicherung der Infrastruktur. Für die ländlichen Räume ist er besonders wichtig.	Stärkung ländlicher Räume aber auch städtischer Ballungszentren	X		
Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren. Insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt dafür das Leitinstrument.	Beitrag zur Stärkung strukturschwacher Regionen	X		

CDU/CSU - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir erhöhen die Pendlerpauschale. So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.	Stärkt Mobilität	X		
Wir stehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.		X		
Mehr Technologie wagen. Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden.		X		
Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen [...] lehnen wir ab.		X		
Der Führerschein muss für junge Menschen bezahlbar sein. Dafür gilt es, Bürokratie abzubauen und die Ausbildung effizient zu gestalten.		X		
Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden.		X		
ÖPNV attraktiver und zuverlässiger machen. Wichtig ist ein bedarfsgerechter und zukunftsfester öffentlicher Personennahverkehr. Dazu gehören auch eine zuverlässige und robuste Infrastruktur sowie ein attraktives Angebot in Stadt und Land. Bei der Finanzierung des ÖPNV wollen wir eine neue Transparenz schaffen und eine auskömmliche Finanzierung sichern.		X		
Auf freie Mobilität setzen. Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll.		X		
Wir können Ballungsräume entlasten, wenn wir die Verkehrswege und den Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen.	X			

CDU/CSU - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Raus aus dem Versorgungsloch. Den Ausbau hochleistungsfähiger Breitband- und Mobilfunknetze bringen wir weiter in die Fläche, gerade auch in den ländlichen Raum.	Verbesserung der Versorgungsqualität	X		
Dazu gehört insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen.		X		

CDU/CSU - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land	Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität	X		
Wir sorgen dafür, dass die langen Wartezeiten auf einen Arzttermin sinken. Dazu verbessern wir die Patientensteuerung.		X		
Wir stärken die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zukunft		X		
Apotheken stärken und erhalten. Mit einer Apothekenreform stärken wir die Präsenzapotheken und geben ihnen eine Zukunft.		X		
Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land. Dies muss auch Grundgedanke einer Krankenhausreform sein. Die stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Regelversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie der erforderlichen Konzentration von spezialisierten Leistungen denken wir zusammen mit der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung sowie den Leistungen der anderen Gesundheitsberufe, die mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen sollen.		X		
Fehlanreize im Gesundheitssystem beseitigen. Wir entwickeln die Notfallversorgung weiter und stärken die Arbeit der Rettungsdienste – eng verzahnt mit der medizinischen Versorgung und dem Katastrophenschutz unter Beteiligung der Kommunen.		X		
Versorgung stärken. Wir entwickeln die Haus- und Kinderarztpraxen innovativ weiter.		X		
Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.		X		

CDU/CSU -Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir schaffen das Cannabis-Gesetz der Ampel ab.	Entlastet die Kommunalverwaltung von Kontrollbürokratie	X		
Kiffen verboten. Die Legalisierung dieser Droge nehmen wir deshalb zurück.		X		
Wir schaffen das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel wieder ab.	Entlastung der Kommunalverwaltung von Bürokratie	X		
Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortungsbewusst.	Entlastung der Kommunalverwaltung bei Planung und Genehmigung	X		
Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen – gerade bei Bau, Verkehr und digitalen Infrastrukturen		X		
Planung, Genehmigung und Umsetzung beschleunigen. Regelungen, die in einem Bereich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen, müssen auch auf andere Bereiche wie Verkehr, Bau und digitale Infrastrukturen übertragen werden.		X		
Bauen und Wohnen wieder bezahlbar machen. Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortungsbewusst.		X		
Baukostenmoratorium erlassen. Planungs- und Nebenkosten senken wir durch Digitalisierung und Beschleunigung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren.		X		
Vorfahrt für Großprojekte. Für die Neuerrichtung von Großinfrastrukturen bleibt das Planfeststellungsverfahren das geeignetste Instrument. Es muss aber durch einen verpflichtenden Verfahrensleitplan, eine Stichtagsregelung, eine Mitwirkungsverpflichtung und Digitalisierung effizienter werden.	Entlastung der Kommunalverwaltung bei Planung und Genehmigung durch Effizienzsteigerung	X		
Klagemöglichkeiten und Instanzen reduzieren, Blockaden abbauen. Wir sind für die Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben. Wo möglich und sinnvoll, sehen wir im Sinne schnellerer Rechtssicherheit eine Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor.	Entlastung der Kommunalverwaltung bei Planung und Genehmigung durch schnellere Verfahren	X		
Infrastrukturvorhaben beschleunigen und vereinfachen. Ersatzneubauten, unwesentliche Änderungen oder Erweiterungen können anstelle des Planfeststellungsverfahrens durch ein Anzeigeverfahren zugelassen werden. Die Genehmigungsbehörden müssen eine zügige Prüfung der eingereichten Unterlagen gewährleisten.	Entlastung (durch Anzeigeverfahren) und Herausforderung (durch Gewährleistung zügiger Prüfungen) für Kommunalverwaltungen	X		X
Mit einer Genehmigungsfiktion sorgen wir dafür, dass Anträge bei Ämtern und Behörden schneller beschieden werden. Zudem sollte die Präklusion eine größere Rolle einnehmen.	Kann Verwaltungen sowohl unter zeitlichen Druck setzen (wenn sie gesetzte Fristen schaffen wollen) oder entlasten (wenn sie auf die Fiktion setzen)		X	
Wir machen die digitale Kraftfahrzeug-Anmeldung zum Standard, indem wir sie bundesweit einheitlich und unkompliziert gestalten.	Entlastung der Kommunalverwaltung von Erfüllungsaufwand	X		
Schlangestehen fürs Kennzeichen beenden. Die digitale Kraftfahrzeug-Anmeldung wollen wir zum Standard machen, indem wir sie bundesweit einheitlich und unkompliziert gestalten.		X		
Kurze Wege, große Wirkung. Wir sorgen dafür, dass für Gründungen, Betriebsummeldungen und -aufgaben nur noch eine Stelle zuständig ist. Durch diese Bündelung von Zuständigkeiten reduzieren wir die Hürden für Startups und stärken Deutschland als Standort für Innovationen	Je nachdem wo die Stelle angesiedelt wird, wird sich die Maßnahmen auf die Kommunalverwaltung auswirken können		X	
Digitales Bürgerkonto umsetzen. Wir wollen für alle Bürgerinnen und Bürger eine sichere digitale Identität mit eigenem Postfach insbesondere für Behördengänge.	Entlastung der Kommunalverwaltung möglich	X		
Alle Unterlagen immer bei der Hand. Damit stärken wir die informationelle Selbstbestimmung und vereinfachen Verwaltungshandeln.		X		
Mit KI schneller verwalten. Mit dem Einsatz von KI bauen wir in Deutschland eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung für Bürger und Unternehmen auf. Bei eindeutigen Sachverhalten wollen wir mit KI zu viel schnelleren Bescheiden kommen – wobei für die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich immer ein Recht auf individuelle Überprüfung besteht.		X		
Leistung aus einer Hand. Sozialleistungen müssen künftig nicht nur bürokratiearm und digital, sondern auch aus einer Hand bei den Leistungsberechtigten ankommen. Damit helfen wir den Berechtigten und vermeiden Mehrfachleistungen.	Entlastung der Kommunalverwaltung von Erfüllungsaufwand	X		
Leistungen aus einer Hand. Unser Ziel ist es, eine integrierte Leistungsplanung einzuführen. Für den Bürger soll es keine Rolle mehr spielen, wie viele Sozialleistungsträger gerade für ihn zuständig sind.		X		
Zudem bündeln wir Familienleistungen und machen sie einfacher zugänglich.	Die Umsetzung wird über die Auswirkung entscheiden		X	
Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft. Verteidigung. Entbehrliche Aufgaben sollen entfallen.	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung / Entlastung von Erfüllungsaufwand	X		
Subsidiarität konsequent beachten. Das Instrument der Subsidiaritätsrüge wollen wir weiterentwickeln und zugleich vereinfachen.		X		
Auf volle Subsidiarität setzen. Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärken und eine solche auch national etablieren, um die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf die kommunale Selbstverwaltung besser abschätzen zu können.		X		

CDU/CSU -Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mehr Chancen eröffnen. Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben einfacher machen. Die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge setzen wir herauf.	Vereinfachung von Vergabeverfahren reduziert auch Aufwand der Kommunalverwaltung	X		
Freiwilliges Engagement stärken. Wir setzen ein Vereinspaket für unser Ehrenamt um, mit dem wir Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen angehen.	Entlastung der Kommunalverwaltung von Erfüllungsaufwand	X		
Vereinen mehr Vertrauen entgegenbringen. Genehmigungen und Auflagen für öffentliche Veranstaltungen machen wir einfacher.		X		
Duale Karriere im Sport ausbauen. Dabei unterstützen wir neben Bundeswehr, Polizei und Zoll als wichtige Säulen im Spitzensport künftig auch Kommunen und Unternehmen.	Beitrag zur Fachkräftesicherung auch in der Kommunalverwaltung	X		
Kein leichtfertiger Geschlechtswechsel bei Erwachsenen. Der Wechsel des Geschlechtseintrags darf nicht der Beliebigkeit hingegeben werden.	Entlastung der Kommunalverwaltung	X		
Staatliche Effizienz steigern, Regionalität und Bürgernähe stärken. Bundesstaat. Der Verwaltung geben wir größere Freiräume, um auch mal etwas auszuprobieren.	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	X		
Verwaltung größeren Ermessenspielraum geben. Wir richten Gesetze und andere Regelungen wieder stärker auf den grundsätzlichen Anwendungsfall aus, nicht in erster Linie auf den Ausnahmefall. Mit einer Experimentierklausel eröffnen wir unbürokratische Erprobungsräume. Die Entscheidungsträger vor Ort müssen die Sicherheit haben, schnelle und pragmatische Entscheidungen treffen zu können.		X		
Mehr auf die Kommunen hören. Bei der Bund-Länder-Koordinierung müssen die Kommunen frühzeitig eingebunden werden. Für einen besseren Gesetzgebungsprozess berücksichtigen wir stärker die kommunale Praxiserfahrung.	Die stärkere Berücksichtigung kommunaler Praxiserfahrung in der Gesetzgebung kann die letztendliche Umsetzung erleichtern.	X		
Vertrauen in die Kommunen. Wir stärken Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die kommunale Selbstverwaltung. Um eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, brauchen die Kommunen auch dauerhaft sichere Einnahmequellen.	Vertrauen stärkt die kommunale Selbstverwaltung	X		
Ländliche Räume entwickeln, gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren. Dazu nutzen wir die Raumplanung stärker.	Die Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung werden sich aus der konkreten Umsetzung ergeben.		X	

CDU/CSU -Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mehr Chancen eröffnen. Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben einfacher machen. Die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge setzen wir herauf.	Vereinfachung von Vergabeverfahren	X		

CDU/CSU -Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir verpflichten die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen	Kann beim Kampf gegen Hass und Hetze gegenüber Kommunalpolitikern helfen.	X		
Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des Internets falschen Schutz erlangen.		X		
Demokratie vor Ort stärken. Kommunale Amts- und Mandatsträger tragen unseren Staat mit. Deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen.	Stärkt das kommunale Ehrenamt	X		
Wir entlasten Sportvereine und Menschen, die sich für andere engagieren. Die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale erhöhen wir spürbar.	Stärkung des kommunalen Ehrenamts	X		
Ehrenamt steuerlich entlasten. Wir erhöhen die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale spürbar.		X		
Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Das eröffnet jungen Menschen Chancen und schafft ein neues Wir-Gefühl.	Stärkung auch des kommunal getragenen Katastrophenschutzes und der Blaulicht-Organisationen	X		
Armee nicht überlasten. Die Bundeswehr soll nur so viele Einberufungen vornehmen, wie es die Streitkräfteplanung erfordert. Wie bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 wird es wieder möglich sein, seinen Dienst beispielsweise in einer „Blaulichtorganisation“ abzuleisten.		X		
Zusammenhalt lernen und leben. Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der auf-wachsenden Wehrpflicht zusammendenken.		X		
Einsatzkräfte besser schützen. Angriffe auf diejenigen, die uns schützen, werden wir härter bestrafen.	Unterstützung u.a. für Freiwillige Feuerwehren	X		
„Pakt für den Bevölkerungsschutz“ mit den Ländern schließen. Wir sorgen für nachhaltige finanzielle Investitionen in die Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes, insbesondere bei Unterbringung, Fahrzeugen und IT-Infrastruktur.	Stärkung auch des kommunal getragenen Katastrophenschutzes	X		

CDU/CSU -Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Für eine starke zivile Verteidigung. Wir legen ein Sonderprogramm für die zivile Verteidigung auf, bauen die Warninfrastruktur weiter aus, bis die Lücken geschlossen sind		X		

CDU/CSU -Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir kontrollieren die deutschen Staatsgrenzen und setzen konsequente Zurückweisungen an der Grenze durch. Wir müssen wieder selbst entscheiden, wer zu uns kommt und wer bleiben darf	Beitrag zur Entlastung der Kommunen bei Integration und Betreuung der Betroffenen	X		
Wir beschleunigen Asylverfahren und Rückführungen. Dazu erklären wir weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern und schieben auch wieder nach Syrien und Afghanistan ab.		X		
Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme		X		
Wir richten Sozialleistungen für Ausreisepflichtige an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ aus. Bei der Bezahlkarte machen wir keine Abstriche.		X		
Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden		X		
Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden.		X		
Kein Nachzug. Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.		X		
Vorrang von Sachleistungen.		X		
Subsidiären Schutzstatus abschaffen.		X		
Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden.		X		
Weitere „sichere Herkunftsländer“ ausweisen.		X		
Zahl der Rückführungen erhöhen.		X		
Bundespolizei mehr Kompetenzen geben. Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir ändern das Recht so, dass jeder aus-reisepflichtige Straftäter und Gefährder im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er freiwillig ausreist oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.		X		
Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa.		X		
EU-Außengrenzen wirksam schützen.		X		
Mehr Personal, mehr Befugnisse für Frontex. Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal werden. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.		X		
Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen. Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt.		X		
Klare Erwartungen formulieren. Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem wirksamen Stopp illegaler Migration	X			
Kurswechsel im Sahel. Damit unterstützen wir die Menschen vor Ort, sodass sie sich nicht auf den gefährlichen Weg zu uns nach Europa machen müssen.	X			

CDU/CSU -Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen.	Technologieoffene Wärmelösungen eröffnen die Möglichkeit, Sanierungsdruck auf kommunale Heizsysteme zu senken und können den Investitionsdruck in leitungsgebundene Energienetze (Strom, Gas, Fernwärme) reduzieren.	X		
Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen.		X		
Verlässliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich. Dabei setzen wir auf CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen. So berücksichtigen wir unterschiedliche Gegebenheiten im Bestand.		X		
Die Land- und Forstwirte können sich auf uns verlassen: Wir unterstützen innovative Technologien und nachhaltige Bewirtschaftung.	Stärkt Kommunen als Waldeigentümer	X		
Den Wald nachhaltig bewirtschaften. Wir unterstützen Forstwirtschaft und Jagd, die mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine vielfältigen Funktionen sichern.		X		
Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Das eröffnet jungen Menschen Chancen und schafft ein neues Wir-Gefühl.	Einsatz auch in kommunalen Einrichtungen möglich, die personell gestärkt werden.	X		
Armee nicht überlasten. Die Bundeswehr soll nur so viele Einberufungen vornehmen, wie es die Streitkräfteplanung erfordert. Wie bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 wird es wieder möglich sein, seinen Dienst beispielsweise in einer „Blaulichtorganisation“ abzuleisten.		X		
Zusammenhalt lernen und leben. Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der auf-wachsenden Wehrpflicht zusammendenken.		X		
Wir verbessern Elternzeit und Elterngeld. Sie geben Familien mehr Zeit und unterstützen den Wunsch nach Aufgabenteilung.	Kann dazu beitragen, den Bedarf an Fremdbetreuung von Kindern zu senken.	X		
Auf gute Partnerschaft. Wir bekennen uns zur Elternzeit und zum Elterngeld. Sie haben sich als familienpolitische Leistung bewährt und entsprechen dem Wunsch vieler Familien, sich Aufgaben zu teilen. Wir verbessern das Elterngeld. Den Partnerschaftsbonus bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern entwickeln wir weiter.		X		
Kinder mit Sprachproblemen müssen eine Kita oder Vorschule besuchen.	Kann den Bedarf an Betreuungsplätzen erhöhen			X
Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit.				X
Für mehr Preisstabilität entwickeln wir die Terminmärkte weiter. Versorgungsunternehmen müssen ihre Lieferverträge besser und preisgünstiger absichern können.	Unterstützung kommunaler Energieversorger	X		
Infrastruktur ganzheitlich denken. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den integrierten und grenzüberschreitenden Netzausbau sowie auf eine effiziente Verknüpfung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern. Dafür wollen wir mehr privates Kapital gewinnen.		X		
Klar ist: Alle Wirtschaftsregionen müssen vom Wasserstoffkernnetz erreicht werden, es darf keine Benachteiligung einzelner Regionen geben.		X		
Klimaschutz ganzheitlich denken. Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. In allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens müssen wir uns an die sich ändernden Bedingungen anpassen. Das gilt etwa für den Städtebau	Insbesondere Klimaanpassung wird eine große Herausforderung für Kommunen und deren Infrastruktur		X	
Klimaanpassung ist Querschnittsaufgabe und tut gut daran, auf naturbasierte Lösungen zu setzen, die die Landschaft widerstandsfähiger und damit sicherer machen. Das ist auch im Hinblick auf Hochwasserschutz umzusetzen.			X	
Klimaschutz wird vor Ort gemacht. Unsere Kommunen verantworten vielfach die Umsetzung der Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Für mehr Synergien stärken wir die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen und klären die langfristige Finanzierung.		X		
Für lebenswerte und resiliente Städte sorgen. Die Anpassung an den Klimawandel wird immer wichtiger. Wir unterstützen Städte und Gemeinden beim verantwortungsvollen Umgang mit Wasser und einer verstärkten Begrünung.		X		
Hochwasser- und Küstenschutz schützt Leben. Um die Menschen in gefährdeten Regionen zu schützen, hat für uns der Küsten- und Hochwasserschutz Priorität. Wir wollen weg von der Ausgleichspflicht für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes.	Entlastung von Kommunen bei entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen	X		
Wasser als höchstes Gut. Dafür erhöhen wir das Bewusstsein und sorgen mit den Ländern und Kommunen für einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer. Zur Reinhaltung unserer Gewässer setzen wir auf das Verursacherprinzip.	Unterstützung kommunaler Wasserversorger	X		
Die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie verbessern wir.	Kann den Bedarf an Betreuungsplätzen erhöhen			X
Planungssicherheit geben. Wir sorgen dafür, dass die Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sichergestellt wird.	Wichtiges Förderinstrument zur Stärkung der örtlichen Infrastruktur	X		
Bei der Ernährung auf mündige Bürger setzen. Wir setzen auf Ernährungsbildung und gute Information, aber nicht auf unwirksame Werbeverbote	Kommunale Stadtmöbel werden zum Teil durch Werbeeinnahmen finanziert	X		
Cyberabwehr stärken. Gemeinsam mit den Ländern schaffen wir die rechtlichen, organisatorischen und die technischen Voraussetzungen für eine starke aktive Cyberabwehr des Bundes. Cyberangriffe insbesondere aus dem Ausland müssen wir aufklären und unterbinden können.	Beitrag auch zum Schutz kommunaler Infrastruktur	X		

CDU/CSU -Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mehr Chancen eröffnen. Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben einfacher machen. Deshalb wollen wir, dass die europäische Definition von kleinen und mittleren Unternehmen angepasst wird.	Kann kommunalen Stadtwerken (soweit KMU) helfen, die bislang nicht in die europäische Definition fallen	X		
Traditionen erlebbar machen. Orte der Kultur wie Museen, Theater, Konzerthäuser, religiöse Einrichtungen, Bibliotheken, Archive oder Gedenkstätten bewahren unsere Traditionen und Bräuche und tragen dazu bei, diese lebendig zu gestalten. Sie gilt es zu erhalten und zu stärken.	Orte der Kultur sind auch Teil kommunaler Infrastruktur	X		
Kulturföderalismus bewahren und stärken. Eine funktionierende und lebendige kulturelle Infrastruktur zählt zur Daseinsvorsorge. Museen, Theater, Bibliotheken oder Galerien gehören auch in den ländlichen Raum. Sie sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.			X	
Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum. Barrieren in Bus und Bahn müssen schneller beseitigt werden.	Verbesserung kommunaler ÖPNV-Infrastruktur	X		
Auf freie Mobilität setzen. Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll.		X		
Für eine gute Betreuung, auf die sich Familien auch verlassen können. Deshalb wollen wir, dass die Infrastruktur ausgebaut, die Qualität gesteigert und die Betreuungssituation verbessert wird. Kitas in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen stärken wir.	Ausbau kommunaler Infrastruktur	X		
Schulreife aller Kinder anstreben. Wir setzen auf Mindeststandards und unterstützen mit einem weiteren Investitionsprogramm Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze.		X		
Ganztagsausbau vorantreiben. Wir forcieren den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote für Grundschulkindern.		X		
Infrastruktur solide finanzieren. Wir sorgen für dauerhafte Finanzierungsstabilität, die unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln ist. Zudem müssen wir kurzfristig mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau zu lösen. Dazu setzen wir auf starke Anreize für private Investoren.	Ausbau kommunaler Infrastruktur	X		
Wichtig sind eine gute kommunale Daseinsvorsorge und vitale kommunale Unternehmen.			X	
Lebenswerte Heimat. Wir wollen, dass Projekte der kommunalen Daseinsvorsorge solide finanziert sind.	Stärkung der kommunalen Infrastruktur	X		
Förderungen vereinfachen. Wir machen die kommunal relevanten Förderprogramme des Bundes einfacher in der Abwicklung, indem wir sie zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln. Fristen fassen wir realitätsnah, vereinfachen Antragsverfahren und reduzieren Nachweispflichten.		X		
Wir setzen verstärkt auf die elektronische Fußfessel. Gewalttäter gegen Frauen müssen gestoppt werden	Kann helfen, den Plätzebedarf zu reduzieren	X		

FDP

FDP - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir Freie Demokraten wollen die frühkindliche Bildung durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards fördern.	Einheitliche Standards führen in der Regel zu Mehrausgaben			X
Wir wollen unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss schaffen.				X
Durch ein Startchancen-Programm für Kitas soll zusätzlich unterstützt werden, wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel vorhanden ist.	Finanzielle Unterstützung der Kommunen	X		
Der Erfolg frühkindlicher Bildung hängt maßgeblich von dem pädagogischen Personal ab. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wollen wir die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren.	Kann zu Steuermehreinnahmen führen	X		
Wir Freie Demokraten fordern daher die Sanierung der Schulgebäude in Deutschland. Durch einen Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern wollen wir die technische Modernisierung der Schulen vorantreiben	Stärkung kommunaler Investitionsmöglichkeiten	X		
Bei Förderbedarf soll eine verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht folgen.	Kann zu erhöhtem Investitionsbedarf führen			X
Zudem wollen wir analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) ein berufliches Orientierungsjahr schaffen und SBB-Stipendien sowie Azubi-Stipendien ausbauen.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Um den Anteil von Gründerinnen zu erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in MINT-Fächern und für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse wollen wir beschleunigen und durchgehend digitalisieren.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Sicherungssysteme.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Sicherungssysteme.		X		
Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. ... Zudem muss jetzt eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration folgen. Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben.		X		
Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden.		X		
Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen.		X		
Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.		X		
Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie so schnell auf eigenen Füßen stehen.		X		
Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.		X		
Wir wollen im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen. Dafür wollen wir Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen.		X		
Wir Freie Demokraten fordern ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden.		Wirtschaftsförderung kann zu mehr Steuereinnahmen führen	X	
Wir wollen ein bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen.	X			
Es muss jedes Jahr ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz geben, um einen Abbau-Pfad für überflüssige Regelungen zu schaffen.	X			
Wir wollen sicherstellen, den Erfüllungsaufwand für Betriebe im Saldo um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren.	Vereinfachungen können zu höheren Steuereinnahmen beitragen	X		
Wir Freie Demokraten wollen das Vergaberecht drastisch vereinfachen.		X		
Wir fordern, die Wertgrenze für Direktaufträge auf 100.000 Euro anzuheben.		X		
Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten wollen wir drastisch reduzieren.		X		
Die Berücksichtigung von vergabefremden Kriterien bei der Auftragsvergabe lehnen wir ab.	Entlastungen führen zunächst zu sinkenden Steuereinnahmen, können aber zu Wirtschaftswachstum und steigenden Steuern beitragen	X		X
Dazu wollen wir stufenweise einen linear-progressiven Chancentarif in der Einkommensteuer einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig beseitigt.		X		X
Den Grundfreibetrag wollen wir im Zuge der Bürgergeldreform schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben.		X		X

FDP - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien.		X		X
Konkret fordern wir, dass sich der Spitzensteuersatz künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro.		X		X
Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Denn er hat sich mittlerweile zu einer Strafsteuer für den Mittelstand entwickelt.		X		X
Damit der Staat nicht zum Profiteur von Inflation und der Steuerzahler nicht Opfer der Kalten Progression wird, wollen wir die Freibeträge und Eckwerte der Einkommensteuer automatisch an die allgemeine Preisentwicklung anpassen (Tarif auf Rädern).		X		X
Um Familien und Alleinerziehende stärker zu entlasten, wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern.		X		X
Familien und Alleinerziehende wollen wir stärker entlasten, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern.		X		X
Der steuerliche Abzug von Kinderbetreuungskosten soll verbessert werden.		X		X
So sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten.		X		X
Wir erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt.	Entlastung der Wirtschaft führt zunächst zu sinkenden Steuereinnahmen, kann aber zu Wirtschaftswachstum und steigenden Steuern beitragen	X		X
Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer gefährdet sein. Wir fordern, dass die Freibeträge automatisch um die Inflationsrate erhöht werden.		X		
Dazu wollen wir das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen...	Pläne sind für die kommunale Finanzausstattung problematisch			X
Wir fordern die Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent.				X
Wir wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir Hinzurechnungstatbestände konsequent abschaffen.	Sinkende Gewerbesteuereinnahmen			X
Gastronomische Angebote müssen bezahlbar bleiben. Ein reduzierter Umsatzsteuer-Satz für Speisen in der Gastronomie gilt in 23 EU-Mitgliedstaaten und sollte auch in Deutschland gelten. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen, egal ob vor Ort oder zum Mitnehmen, würde nicht nur den Kunden, sondern auch den Beschäftigten in der Gastronomie zu Gute kommen.	Sinkende Einnahmen aus der Umsatzsteuer			X
Wir Freie Demokraten wollen den Katalog der Umsätze zum ermäßigten Steuersatz vereinfachen und entbürokratisieren.				X
Eine liberale Tourismuspolitik ist nicht von Verboten geprägt, sondern will gewachsene touristische Strukturen erhalten, Neues ermöglichen und Bürokratie nicht zum Standortnachteil werden lassen.	Tourismusförderung kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Wir Freie Demokraten wollen Steuerbetrug, andere Finanzkriminalität und Schwarzarbeit konsequent bekämpfen, u.a. durch den Aufbau schlagkräftiger Strukturen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und einer Stärkung des Zolls, insbesondere der Zollämter vor Ort.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Zudem wollen wir konsequenter und härter gegen Schwarzarbeit bei gleichzeitigem Sozialleistungsbezug vorgehen.		X		
Wir Freie Demokraten wollen die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen.	Entlastung bei Betriebsausgaben	X		
Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe wollen wir angesichts des tendenziell steigenden CO2-Preises sukzessive bis auf null abschmelzen.		X		
Um die Netzkosten zu senken, wollen wir die Netze durch Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische Netzentgelte flexibilisieren.		X		
Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau wollen wir abbauen und dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden, die tatsächlich gebraucht werden. Auch das spart Kosten und senkt insgesamt Preise.		X		
Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein.	Es bleibt das Risiko höherer Sozialausgaben			X
Dafür wollen wir Freie Demokraten das Bürgergeld grundlegend reformieren. Wir wollen eine Reform der Grundsicherung, weg von einem alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung, wobei Arbeit den Unterschied macht. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Damit sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt, wollen wir eine Intensivphase zu Beginn des Leistungsbezugs einführen, sodass in den ersten 12 Monaten die Kontaktdichte zum Jobcenter besonders hoch ist. Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln dahingehend anpassen, dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige zumutbar sind.		X		
Deshalb wollen wir mit der Abschaffung der sogenannten Besitzstandsregelung die Voraussetzung dafür schaffen, den Regelsatz abzusenken. Das stärkt die Arbeitsanreize.		X		

FDP - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen die Hinzuverdienstregeln in der Grundsicherung und im Wohngeld so verbessern, dass sich Arbeit und Leistung spürbar immer mehr lohnen. Wir wollen die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus Bürgergeld und Minijob besonders lohnend ist, sondern sich Stück für Stück aus einer Sozialleistung herausarbeiten.		X		
Allerdings führt das komplexe Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen zu oft dazu, dass sich Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht lohnt. Wir werden dieses System neu justieren: Durch bessere Abstimmungen der verschiedenen Leistungen schaffen wir klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit und unterstützen zielgenau.		X		
Wir Freie Demokraten wollen ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40 Prozent immer weiter steigen. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu konkreten Maßnahmen verpflichtet werden.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben ein.	Steigende Investitionskosten			X
Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge – dazu gehören auch die ukrainischen Geflüchteten – einen neuen sozialrechtlichen Status statt des Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen.		X		
Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch vereinheitlichen.		X		
Wir setzen zudem auf mehr Sach- statt Geldleistungen und fordern, dass die längst beschlossene Bezahlkarte flächendeckend und ohne unnötige Ausnahmen überall zum Einsatz kommt.		X		
Wer rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten.		X		
Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren. Rückführungen scheitern jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren.		X		
Jene, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen ebenfalls Sozialleistungen gestrichen werden.		X		
Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können.		X		
Als Freie Demokraten unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen.	Entlastung der Kommunen bei Integration/Betreuung	X		
Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren müssen weiter beschleunigt werden.		X		
Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet sind.		X		
Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten.		X		
Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren.		X		
Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Die Rolle von FRONTEX beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schleuserkriminalität muss gestärkt werden.		X		
Die EU muss außerdem durch Migrationsabkommen erreichen, dass Herkunftsländer ihre Rücknahmebereitschaft erhöhen und irreguläre Migration eindämmen.		X		
Gleichzeitig wollen wir, dass Deutschland weiter erfolgreich bilaterale Migrationspartnerschaften erarbeitet.		X		
Um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern, wollen wir unter anderem das Instrument der Wohnsitzauflage stärker nutzen.		X		
Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren und dass durch eine bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.	Finanzielle Belastung aus steigenden Sozialausgaben			X
Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen setzen wir uns dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen ausgebaut werden.	Reduzierung finanzieller Belastungen aus Sozialkosten	X		
Pflegende Angehörige entlasten wir, indem Pflege und Beruf vereinbarer werden.		X		
Zudem setzen wir uns für mehr Anreize für private Pflegevorsorge sowie für die Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente ein.	Kann zu sinkender Finanzbelastung aus Sozialausgaben führen	X		
Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dabei setzen wir auf einen einheitlichen europäischen Emissionshandel. Technologieverbote braucht es dafür nicht. Im Gegenteil: Wir werden Innovation über Bedenkenträgerei stellen und dafür sorgen, dass neue Technologien und Geschäftsmodelle nicht in übermäßiger Regulierung ersticken.	Technologieoffenheit senkt den Investitionsdruck bei kommunalen Gebäuden und entlastet bei Betriebsausgaben	X		

FDP - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien.		X		
Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit beim Klimaschutz.		X		
Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO2-Zertifikatehandel. Das Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen.		X		

FDP - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zudem wollen wir analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) ein berufliches Orientierungsjahr schaffen und SBB-Stipendien sowie Azubi-Stipendien ausbauen.	Kann zu geringeren Sozialausgaben beitragen	X		
Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Denn er hat sich mittlerweile zu einer Strafsteuer für den Mittelstand entwickelt.		X		
So sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten.		X		
Wir erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt.	Entlastung der Wirtschaft sichert/schafft Arbeitsplätze und trägt dazu bei, Sozialausgaben zu senken.	X		
Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer gefährdet sein. Wir fordern, dass die Freibeträge automatisch um die Inflationsrate erhöht werden.		X		
Um den Anteil von Gründerinnen zu erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in MINT-Fächern und für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken.	Unterstützung sichert/schafft Arbeitsplätze und trägt dazu bei, Sozialausgaben zu senken.	X		
Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein.	Es bleibt das Risiko höherer Sozialausgaben			X
Dafür wollen wir Freie Demokraten das Bürgergeld grundlegend reformieren. Wir wollen eine Reform der Grundsicherung, weg von einem alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung, wobei Arbeit den Unterschied macht. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld.		X		
Hierzu wollen wir erwerbsfähige Arbeitslose zu einer aktiven Bringschuld und Eigeninitiative inklusive Beweislast verpflichten. ... Bei fehlender Initiative sollen die Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden. Dazu wollen wir die Sanktionen wirksamer gestalten.		X		
Damit sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt, wollen wir eine Intensivphase zu Beginn des Leistungsbezugs einführen, sodass in den ersten 12 Monaten die Kontaktdichte zum Jobcenter besonders hoch ist. Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln dahingehend anpassen, dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige zumutbar sind.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Deshalb wollen wir mit der Abschaffung der sogenannten Besitzstandsregelung die Voraussetzung dafür schaffen, den Regelsatz abzusenken. Das stärkt die Arbeitsanreize.		X		
Wir wollen die Hinzuverdienstregeln in der Grundsicherung und im Wohngeld so verbessern, dass sich Arbeit und Leistung spürbar immer mehr lohnen. Wir wollen die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus Bürgergeld und Minijob besonders lohnend ist, sondern sich Stück für Stück aus einer Sozialleistung herausarbeiten.		X		
Allerdings führt das komplexe Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen zu oft dazu, dass sich Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht lohnt. Wir werden dieses System neu justieren: Durch bessere Abstimmungen der verschiedenen Leistungen schaffen wir klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit und unterstützen zielgenau.		X		
Die Übernahme von angemessenen Mietkosten und Heizkosten ist aufgrund der Berechnung äußerst aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu gewaltigem Verwaltungsaufwand. Deshalb soll diese neue gebündelte Leistung eine regionale Pauschale für Unterkunftskosten beinhalten.	Die Auswirkung wird von der Höhe einer solchen Pauschale abhängen		X	
Jobcenter müssen besser prüfen können, ob die Transferempfänger Autos besitzen, auf wie viele Konten sie Zugriff haben und ob sie Vermögen im Ausland besitzen.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Zudem wollen wir konsequenter und härter gegen Schwarzarbeit bei gleichzeitigem Sozialleistungsbezug vorgehen.		X		
Wir Freie Demokraten wollen ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40 Prozent immer weiter steigen. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu konkreten Maßnahmen verpflichtet werden.	Sinkende Sozialausgaben, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden	X		

FDP - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge – dazu gehören auch die ukrainischen Geflüchteten – einen neuen sozialrechtlichen Status statt des Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen.	Entlastung der Kommunen bei Integration/Betreuung	X		
Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch vereinheitlichen.		X		
Wir setzen zudem auf mehr Sach- statt Geldleistungen und fordern, dass die längst beschlossene Bezahlkarte flächendeckend und ohne unnötige Ausnahmen überall zum Einsatz kommt.		X		
Wer rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten.		X		
Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren. Rückführungen scheitern jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren.		X		
Jene, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen ebenfalls Sozialleistungen gestrichen werden.		X		
Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können.		X		
Als Freie Demokraten unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen.		X		
Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren müssen weiter beschleunigt werden.		X		
Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet sind.		X		
Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten.		X		
Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren.		X		
Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Die Rolle von FRONTEX beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schleuserkriminalität muss gestärkt werden.		X		
Die EU muss außerdem durch Migrationsabkommen erreichen, dass Herkunftsländer ihre Rücknahmebereitschaft erhöhen und irreguläre Migration eindämmen.		X		
Gleichzeitig wollen wir, dass Deutschland weiter erfolgreich bilaterale Migrationspartnerschaften erarbeitet.		X		
Um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern, wollen wir unter anderem das Instrument der Wohnsitzauflage stärker nutzen.	X			
Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie so schnell auf eigenen Füßen stehen.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.				X
Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren und dass durch eine bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.	Steigende Sozialausgaben			X
Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen setzen wir uns dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen ausgebaut werden.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen, wenn Pflegebedürftige länger nicht in stationäre Einrichtungen müssen	X		
Pflegende Angehörige entlasten wir, indem Pflege und Beruf vereinbarer werden.		X		
Zudem setzen wir uns für mehr Anreize für private Pflegevorsorge sowie für die Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente ein.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		

FDP - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Eine liberale Tourismuspolitik ist nicht von Verboten geprägt, sondern will gewachsene touristische Strukturen erhalten, Neues ermöglichen und Bürokratie nicht zum Standortnachteil werden lassen.	Tourismusförderung kann auch ländliche Räume / strukturschwächere Regionen stärken	X		
Mobilität muss auch im Alter möglich sein, diskriminierende Fahrtauglichkeitszwangstests für Seniorinnen und Senioren lehnen wir ab.		X		

FDP - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deshalb setzen wir uns für eine umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots ab dem Jahr 2035 [...] ein ...	Verbessert / erhält Mobilitätsmöglichkeiten insbesondere in ländlichen Regionen	X		
Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors, ermöglichen wir alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels.		X		
Für eine technologieneutrale, nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten.		X		
Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land individuell und bezahlbar mobil bleiben.		X		
Der Führerschein bedeutet für viele Jugendliche Freiheit. Deshalb wollen wir den Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation (Lkw-Führerschein, Bus-Führerschein) wieder günstiger machen, z. B. durch den Verzicht auf eine Tagesobergrenze für den Theorieunterricht, die Möglichkeit den Theorieunterricht digital zu absolvieren und die Integration von Fahrsimulatoren in der Ausbildung. Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter und einer Weiterbildung zum Fahrprüfer auch ohne Ingenieursstudium wollen wir die Anzahl an Prüfeterminen steigern und Wartezeiten deutlich senken.		X		
ÖPNV: Starre Linienverkehre werden wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen.		X		
Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden effiziente Umstiegsmöglichkeiten.	Das dürfte insbesondere Angebote in städtischen Regionen verbessern	X		
Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible Nutzung von Seitenstreifen und digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind dabei wichtige Bausteine.		X		
Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen wollen wir abbauen, die Digitalisierung weiter vorantreiben.		X		
Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung haben – im ländlichen Raum und in der Stadt.	Stärkt insbesondere die Versorgung in ländlichen Regionen	X		
Zu einer Stärkung der flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss.		X		
In der Krankenhausversorgung wollen wir spezialisierte und damit bessere Angebote vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten.		X		
Auch müssen Krankenhäuser, Ärzte und der Rettungsdienst mit einer Notfallreform besser vernetzt, integriert und koordiniert werden. Wir wollen künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln.		X		
Für eine gute Versorgung mit Arzneimitteln braucht es starke Apotheken. Sie benötigen Voraussetzungen, unter denen sie wirtschaftlich arbeiten können.	Korrekt, aber wie die FDP das erreichen will, sagt sie leider nicht		X	
Die hohe Dynamik beim Glasfaser- und Mobilfunkausbau durch private und kommunale Telekommunikationsunternehmen wollen wir nur dort durch eine passgenaue Förderung ergänzen, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau nicht rechnet.	Dürfte insbesondere ländliche Regionen betreffen	X		
Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Mobilfunk- auch Glasfaserausbau überragendes öffentliches Interesse im Telekommunikationsnetzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes werden.		X		
Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen Wohnraum.	Entlastung der Mietsituation insbesondere in städtischen Ballungsräumen	X		
Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes führen wir ohne unnötige Einschränkungen fort.		X		
Mit einem sofortigen Baukostenmoratorium stoppen wir staatliche Kostentreiber.		X		
Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren.		X		
Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang.		X		
Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards bringen wir das serielle Bauen voran.		X		
Neben der Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen.	Kann auch Kommunen in ländlichen Räumen helfen.	X		
Bei der Stadtplanung wollen wir digitalen Technologien und Daten nutzen, um das Leben der Bürger zu verbessern und Städte zu Smart Cities weiterentwickeln.	Kann die Stadt-/Dorf-Entwicklung verbessern	X		
Wir vereinfachen daher das Nebenkostenrecht.	Unterstützt insbesondere private Klein-Vermieter und kann helfen, den Mietwohnungsmarkt in Ballungsräumen zu entlasten	X		
Die Mietpreisbremse ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie auslaufen.		X		

FDP - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Um Anreize für den dringend notwendigen Neubau zu schaffen, durchbrechen wir die staatliche Regulierungsspirale im Mietmarkt. Einen bundesweiten Mietendeckel wird es mit uns nicht geben. Zudem werden wir die starren Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen lockern, damit die Modernisierung des Gebäudebestands vorankommt. Davon profitieren auch die Mieter.		X		
Mit einem Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 EUR für die erste selbst genutzte Immobilie von natürlichen Personen erleichtern wir den Zugang zu Eigentum. Für Familien erhöht sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro. Nach Schweizer Vorbild sollen Mittel aus der betrieblichen Altersvorsorge für den Eigentumserwerb genutzt werden können -eine zusätzliche, flexible Finanzierungsquelle.	Stärkt den Immobilienmarkt auch in ländlichen Räumen	X		
Wir Freie Demokraten werden ein aktives Bestandsmanagement von unter anderem Wolf und Kormoran durch Bejagung einführen.	Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Räumen	X		

FDP - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mobilität muss auch im Alter möglich sein, diskriminierende Fahrtauglichkeitszwangstests für Seniorinnen und Senioren lehnen wir ab.	Erhält individuelle Mobilitätsmöglichkeiten alternativ zum ÖPNV		X	
Deshalb setzen wir uns für eine umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots ab dem Jahr 2035 [...] ein ...	Erhält individuelle Mobilität jenseits der E-Mobilität	X		
Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors, ermöglichen wir alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels.		X		
Für eine technologieneutrale, nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten.		X		
Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land individuell und bezahlbar mobil bleiben.	Stärkt Mobilität insbesondere in ländlichen Regionen	X		
Der Führerschein bedeutet für viele Jugendliche Freiheit. Deshalb wollen wir den Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation (Lkw-Führerschein, Bus-Führerschein) wieder günstiger machen, z. B. durch den Verzicht auf eine Tagesobergrenze für den Theorieunterricht, die Möglichkeit den Theorieunterricht digital zu absolvieren und die Integration von Fahrsimulatoren in der Ausbildung. Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter und einer Weiterbildung zum Fahrprüfer auch ohne Ingenieursstudium wollen wir die Anzahl an Prüfterminen steigern und Wartezeiten deutlich senken.		X		
Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible Nutzung von Seitenstreifen und digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind dabei wichtige Bausteine.	Entlastet Innenstädte von unnötigem Suchverkehr	X		
ÖPNV: Starre Linienverkehre werden wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen.	Stärkung des ÖPNV	X		
Die Grundlage dafür sind verfügbare Daten und digitale Plattformen.			X	
Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden effiziente Umstiegsmöglichkeiten.		X		

FDP - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Die hohe Dynamik beim Glasfaser- und Mobilfunkausbau durch private und kommunale Telekommunikationsunternehmen wollen wir nur dort durch eine passgenaue Förderung ergänzen, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau nicht rechnet.	Verbesserung der Versorgungsqualität	X		
Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Mobilfunk- auch Glasfaserausbau überragendes öffentliches Interesse im Telekommunikationsnetzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes werden.		X		

FDP - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen wollen wir abbauen, die Digitalisierung weiter vorantreiben.	Verbesserung/Ausweitung von Versorgungsangeboten	X		
Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung haben – im ländlichen Raum und in der Stadt.	Sicherstellung angemessener Versorgung	X		
In der ambulanten Versorgung setzen wir uns für ein Primärarztssystem ein: Haus- und Kinderärzte sollten die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sein.	Fraglich, ob das die Versorgung verbessert		X	
Zu einer Stärkung der flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss.	Sicherstellung angemessener Versorgung	X		
In der Krankenhausversorgung wollen wir spezialisierte und damit bessere Angebote vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten.	Sicherstellung angemessener Versorgung	X		
Auch müssen Krankenhäuser, Ärzte und der Rettungsdienst mit einer Notfallreform besser vernetzt, integriert und koordiniert werden. Wir wollen künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln.	Sicherstellung angemessener Versorgung	X		
Für eine gute Versorgung mit Arzneimitteln braucht es starke Apotheken. Sie benötigen Voraussetzungen, unter denen sie wirtschaftlich arbeiten können.	Korrekt, aber wie die FDP das erreichen will, sagt sie leider nicht		X	

FDP - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir Freie Demokraten wollen die frühkindliche Bildung durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards fördern.	Belastung der Betreuungsarbeit durch geringere Flexibilität			X
Wir wollen unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss schaffen.				X
Im öffentlichen Dienst soll die Anerkennung beruflicher Ausbildungen und praktischer Erfahrungen verbessert werden.	Kann helfen Fachkräfte zu gewinnen	X		
Wir wollen mehr Raum für fachliche Exzellenz schaffen, besonders in technischen Disziplinen. Mit einem flexibleren öffentlichen Dienstrecht wollen wir es Beamten ermöglichen, berufliche Erfahrungen außerhalb der Verwaltung zu sammeln – und dies zum Teil auch einfordern. So wird sichergestellt, dass erworbene Expertise im Karriere- und Vergütungsmodell ihren Ausdruck findet.		X		
Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sollte in die beamtenrechtliche Beurteilung von Behördenleitungen und Mitarbeitenden einfließen. So entsteht ein Anreiz für besseren Service und mehr Bürgerfreundlichkeit. Dafür wollen wir ein einheitliches Bewertungssystem schaffen und Performance-Indikatoren im öffentlichen Dienst einführen. Verbindliche Zielvereinbarungen runden den neuen Leistungsgedanken im öffentlichen Dienst ab.	Eingriff in die kommunale Personalkompetenz			X
Zudem wollen wir in Deutschland mehr mit Genehmigungsfiktionen und Stichtagsregelungen arbeiten. Es kann nicht sein, dass Unternehmen über Monate und Jahre hinweg an behördlichen Verfahren verzweifeln. Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische Genehmigung sein.	Kann Verwaltungen sowohl unter zeitlichen Druck setzen (wenn sie gesetzte Fristen schaffen wollen) oder entlasten (wenn sie auf die Fiktion setzen)		X	
Wir Freie Demokraten wollen das Vergaberecht drastisch vereinfachen.	Kann auch Verwaltungen entlasten	X		
Wir fordern, die Wertgrenze für Direktaufträge auf 100.000 Euro anzuheben.		X		
Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten wollen wir drastisch reduzieren.		X		
Die Berücksichtigung von vergabefremden Kriterien bei der Auftragsvergabe lehnen wir ab.		X		
Wir Freie Demokraten wollen das bürokratische Wirr-Warr der verschiedenen Sozialleistungen reduzieren, indem wir die steuerfinanzierten Sozialleistungen – wie das Bürgergeld und das Wohngeld – in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen.	Je nach Zuständigkeit ergibt sich die Auswirkung auf die Verwaltung		X	
Das Elterngeld sowie weitere Familienleistungen müssen entbürokratisiert, digitalisiert und automatisiert werden, z. B. durch eine KI-basierte Beantragung und einem Kinderchancenportal.			X	
Es müssen alle föderalen Zuständigkeiten und Verwaltungsprozesse einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, die Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform abgeschlossen werden.	Von der Umsetzung werden die Folgen abhängen		X	
Mit modernen Technologien wie der DeutschlandID als das digitale Bürgerkonto sowie KI-gestützten Verwaltungsassistenten verschlanken und modernisieren wir die Strukturen.	Entlastung der Verwaltung durch Digitalisierung	X		
Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen künftig das Recht haben, dass alle Verwaltungsleistungen digital bereitgestellt und online abgewickelt werden können.		X		

FDP - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Außerdem wollen wir alle relevanten Register, wie z.B. Melderegister, Unternehmensregister und Gesundheitsregister, vollständig digitalisieren und vernetzen. Damit werden wir Verwaltungsprozesse deutlich beschleunigen und vereinfachen.		X		
Für den Ausbau der Digitalen Identität sollen Bürger in der neu geschaffenen digitalen Wallet ihre wichtigsten Dokumente und Nachweise sicher und jederzeit griffbereit auf ihrem Smartphone speichern und miteinander verknüpfen können. ... Behördengänge sind so in Zukunft überall möglich, egal ob von zu Hause aus oder unterwegs.		X		
Wir setzen auf einfache Lösungen vor Ort: Zum Beispiel einfach zu bedienende Terminals vor Ort in den Behörden und Unterstützung durch menschliche Digitallotsen, damit niemand ausgeschlossen wird. Außerdem wollen wir einen KI-Bürgerassistenten einführen, der Bürgerinnen und Bürger bei digitalen Behördengängen unterstützt.		X		
Wir Freie Demokraten setzen uns für die Digitalisierung des Führerscheines und der Fahrzeugpapiere ein, um Bürokratie abzubauen. Die von uns auf den Weg gebrachte digitale KFZ-Zulassung ist ein guter Anfang, darauf bauen wir auf.		X		
Ein zentrales Element für eine erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung ist das „Government as a Platform“-Modell (GaaP). Diese einheitliche Plattform beinhaltet dann alle digitalen Verwaltungsanwendungen in Deutschland.	Entlastet Kommunen im Hinblick auf Entwicklung von Anwendungen	X		
Wir wollen Ersatzgeldzahlungen statt die reale Kompensation durch Ausgleichsflächen zum Standard machen. Das entlastet sowohl Behörden als auch Unternehmen.	Entlastung der Kommunalverwaltung	X		
Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang.	Entlastung der Kommunalverwaltung	X		
Neben der Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen.	Stärkung der kommunalen Planungsmöglichkeiten	X		
Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion).	Kann Verwaltungen sowohl unter zeitlichen Druck setzen (wenn sie gesetzte Fristen schaffen wollen) oder entlasten (wenn sie auf die Fiktion setzen)		X	
Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter- und Ehrenamtszuschalen, sowie relevante Einnahmegrenzen an.	Förderung auch des kommunalen Ehrenamts	X		

FDP - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir Freie Demokraten wollen das Vergaberecht drastisch vereinfachen.		X		
Wir fordern, die Wertgrenze für Direktaufträge auf 100.000 Euro anzuheben.		X		
Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten wollen wir drastisch reduzieren.		X		
Die Berücksichtigung von vergabefremden Kriterien bei der Auftragsvergabe lehnen wir ab.	Kann auch Verwaltungen entlasten	X		

FDP - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz muss gestärkt und die technische Ausstattung verbessert werden.	Stärkung des kommunalen Rettungswesens	X		
Wir Freie Demokraten sehen eine allgemeine Dienstpflicht, ein sog. Gesellschaftsjahr und verwandte Konzepte als einen schweren Freiheitseingriff. Einen solchen Pflichtdienst lehnen wir deshalb entschieden ab.				X
Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir ab.	Hiervon könnte auch der Zivil-/Katastrophenschutz profitieren			X
Wir setzen stattdessen auf attraktive und berufsvorbereitende Freiwilligendienste.	Hiervon können auch kommunale Angebote profitieren	X		
Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter- und Ehrenamtszuschalen, sowie relevante Einnahmegrenzen an.	Förderung auch des kommunalen Ehrenamts	X		

FDP - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie so schnell auf eigenen Füßen stehen.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.				X
Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge – dazu gehören auch die ukrainischen Geflüchteten – einen neuen sozialrechtlichen Status statt des Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen.	Entlastung der Kommunen bei Integration/Betreuung	X		
Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch vereinheitlichen.		X		
Wir setzen zudem auf mehr Sach- statt Geldleistungen und fordern, dass die längst beschlossene Bezahlkarte flächendeckend und ohne unnötige Ausnahmen überall zum Einsatz kommt.		X		
Wer rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten.		X		
Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren. Rückführungen scheitern jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren.		X		
Jene, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen ebenfalls Sozialleistungen gestrichen werden.		X		
Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können.		X		
Als Freie Demokraten unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen.		X		
Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren müssen weiter beschleunigt werden.		X		
Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet sind.		X		
Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten.		X		
Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren.		X		
Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Die Rolle von FRONTEX beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schleuserkriminalität muss gestärkt werden.		X		
Die EU muss außerdem durch Migrationsabkommen erreichen, dass Herkunftsländer ihre Rücknahmebereitschaft erhöhen und irreguläre Migration eindämmen.		X		
Gleichzeitig wollen wir, dass Deutschland weiter erfolgreich bilaterale Migrationspartnerschaften erarbeitet.		X		
Um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern, wollen wir unter anderem das Instrument der Wohnsitzauflage stärker nutzen.		X		
Die bestehenden Integrationskurse müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.		X		
Insbesondere müssen wir Sprach- und Integrationskurse voneinander trennen, denn der derzeitige Ansatz hat sich als ineffektiv und kostspielig erwiesen. Sprachkurse sollen modular und leistungsdifferenziert ablaufen. Ihr primäres Ziel soll der Spracherwerb zur Integration in den Arbeitsmarkt sein. Beide Kurse müssen berufsbegleitend durchführbar sein.		X		

FDP - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir Freie Demokraten wollen die frühkindliche Bildung durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards fördern.	Belastung der Betreuungsarbeit durch geringere Flexibilität			X
Wir wollen unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss schaffen.				X
Außerdem wollen wir die Kindertagespflege als eine weitere Säule der Kindertagesbetreuung stärken.	Kann Nachfrage auf kommunale Betreuungsplätze reduzieren	X		
Durch ein Startchancen-Programm für Kitas soll zusätzlich unterstützt werden, wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel vorhanden ist.	Unterstützung der Betreuungseinrichtungen	X		
Bei Förderbedarf soll eine verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht folgen.	Kann zu erhöhter Nachfrage führen			X

FDP - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Der Erfolg frühkindlicher Bildung hängt maßgeblich von dem pädagogischen Personal ab. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wollen wir die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren.	Deckung des erforderlichen Personalbedarfs	X		
Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf soll der Ausbau von Betriebskindergärten unterstützt und bürokratische Hürden abgebaut werden.	Kann kommunale Angebote entlasten	X		
Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, bzw. Topsharing und Homeoffice soll es Frauen wie Männern ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.		X		
Wir wollen KI-gestützte und adaptive Lernmethoden in den Schulalltag integrieren, indem wir analog zum GovTech-Campus einen Campus für Bildungsinnovationen schaffen. Dieser vernetzt Bundesländer und Kommunen mit innovativen Akteuren der Tech-Szene und der angewandten Forschung.			X	
Wir Freie Demokraten fordern daher die Sanierung der Schulgebäude in Deutschland. Durch einen Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern wollen wir die technische Modernisierung der Schulen vorantreiben	Verbesserung der kommunalen Infrastruktur	X		
Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben ein.	Verbesserung Infrastruktur	X		
Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren und dass durch eine bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.	Verbesserung von Angeboten	X		
Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dabei setzen wir auf einen einheitlichen europäischen Emissionshandel. Technologieverbote braucht es dafür nicht. Im Gegenteil: Wir werden Innovation über Bedenkenträgerei stellen und dafür sorgen, dass neue Technologien und Geschäftsmodelle nicht in übermäßiger Regulierung ersticken.	Senkt den Investitionsdruck bei kommunalen Gebäuden	X		
Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien.		X		
Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit beim Klimaschutz.		X		
Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO2-Zertifikatehandel. Das Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen.		X		
Deshalb setzen wir uns für eine umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots ab dem Jahr 2035 [...] ein ...	Reduziert Investitionsdruck bei Versorgungsinfrastruktur (E-Mobilität)	X		
Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors, ermöglichen wir alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels.		X		
Für eine technologieneutrale, nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten.		X		
Einen Zwang zum Anschluss an Fernwärmenetze lehnen wir ab.	Das kann für Energieversorger problematisch werden			X
Wir schaffen Freiräume und Handlungsspielräume für eine nachhaltige Waldwirtschaft.	Stärkt auch kommunalen Waldbesitz	X		
Eigentumseingriffe und unnötige Bewirtschaftungsvorschriften wird es mit uns nicht geben.		X		
Den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten, auch nicht-heimischen Baumarten unterstützen wir, denn bewirtschaftete Wälder schützen unser Klima, schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduzieren Rohstoffabhängigkeiten.		X		

SPD

SPD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
mit einem höheren Mindestlohn	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.		X		
Entscheidend bleibt aber, die Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristig Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.		X		
Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der Einkommenssteuer	Zunächst Sinkende Steuereinnahmen – kann insgesamt zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		X
Wir wollen die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten (etwa 95 Prozent) und dafür unter anderem Spitzeneinkommen und -vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen.		X		X
Wir wollen Steuerbürokratie abbauen: Die vorausgefüllte Einkommensteuererklärung soll zum Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche Erstattungen sollen automatisch erfolgen.	Führt zu sinkenden Steuereinnahmen			X
Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuer- und beitragsfrei gestellt.				X
Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir wollen all diejenigen besser unterstützen, die nach dem Erreichen des Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Darum schaffen wir das Vorbeschäftigungsverbot ab, es kann also ein neuer befristeter Arbeitsvertrag mit demselben Arbeitgeber geschlossen werden.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Für alle, die das Rentenalter erreicht haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden.		X		
weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel	Sinkende Steuereinnahmen			X
In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf Prozent senken.				X
Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“-Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Mit klaren Rahmenbedingungen und einem echten Investitionsturbo schaffen wir ein Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen.		X		
Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch pauschale Steuersenkungen für alle, sondern mit gezielten Anreizen für Investitionen in Deutschland.	Zunächst Sinkende Steuereinnahmen – kann insgesamt zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		X
Statt neuer Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt, um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen.		X		X
Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich entlasten.		X		X
Auch auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Wir fördern regionale Wirtschaftsstrukturen, stärken Wertschöpfungsketten und schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die Stabilität ländlicher Regionen.	Stärkung auch strukturschwächerer Regionen	X		
Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen.	Sichert Steuereinnahmen	X		
Wir wollen Energiepreise senken und	Entlastung bei Betriebsausgaben	X		
Wir investieren in eine sichere und bezahlbare Energieversorgung		X		
Wir geben Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO2-Preis.		X		
Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz, das die Regionen in Deutschland verbindet und massiv ausgebaut wird, zunächst stabilisieren, dann schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln und so den Netzausbau unterstützen.		X		
Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß entfristen.		X		
Damit diese geringen Kosten auch bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht weiter steigen.		X		

SPD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen deshalb dem Grundsatz „CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung“.	Finanzielle Belastung durch steigende Betriebsausgaben			X
Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die Förderung der Qualifizierung		X		
Wir setzen unseren Weg der Ausbildungsgarantie fort. Frühere Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen werden wir weiter stärken.		X		
Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Vermittlung fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.		X		
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist unsere Antwort auf den immer noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter.		X		
Mini-Jobs sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Sie müssen ausschließlich Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Menschen im Rentenalter vorbehalten sein.		X		
Darüber hinaus benötigen wir weiterhin die Zuwanderung von Fachkräften.		X		
Wir treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich transparenteren und vereinfachten Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.		X		
Wir werden das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln, und die Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen aber auch als Pull-Faktor wirken	X		X
Wer als Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.		X		X
Wir wollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig weiterentwickeln, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Um dem durch den demografischen Wandel bedingten Personalangel entgegenzuwirken, werden wir die weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.	Steigender Investitionsbedarf			X
Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft ohne Bundesengagement		X	
Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zu lassen.			X	
Es bedarf endlich einer Lösung des spezifischen Problems der kommunalen Altschulden.	Kein konkreter Lösungsansatz		X	
Darüber hinaus setzen wir uns für langfristige Unterstützung- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft	X		
Wir wollen eine Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel, um den Städten zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und Entsiegelung von Stadtplätzen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.		X		
Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün zu schützen.		X		
Wir wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen.		X		
Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten.	Hört sich gut an, ist aber wenig glaubwürdig – der Deutschlandfonds soll auch schon Unternehmen unterstützen und ist nicht unbegrenzt gefüllt.		X	

SPD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft – die Ausrichtung wird nicht allen Kommunen offen stehen	X		X
Wir unterstützen den europäischen Green Deal, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird.	Belastung der Wirtschaft (mit sinkenden Steuereinnahmen) und direkt der Kommunalfinanzen			X X
Dazu werden wir die Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich verbessern.	Steigender Investitionsbedarf			X
Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.				X
So gilt es, Umsatzsteuerbetrug vor allem in bargeldintensiven Branchen weiter zurückzudrängen und die bisher ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu ergänzen.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Wir wollen weiter bei Steuervermeidung und schädlichem Steuerwettbewerb gegensteuern. Dazu gehört eine Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen.		X		
Außerdem wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen und Einkommen aus Kapital wieder über den Einkommensteuertarif besteuern.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Um eine langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim Aufbau von Bodenfonds unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch die Kommunen von Bodenwertsteigerungen durch Planung profitieren.	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Das Vorkaufsrecht für Kommunen muss gestärkt werden.	Fraglich, ob sich Kommunen das werden leisten können.		X	
Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen	Belastung der Kommunalfinanzen			X
Wir sichern die Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Dazu werden wir die Aufnahme einer Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verstärkt fördern und die Weiterentwicklung der Werkstätten für behinderte Menschen zügig umsetzen. Dabei werden wir auch die Einkommenssituation der Werkstattbeschäftigten verbessern.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.	Kann Bedarf an Frauenhausplätzen reduzieren helfen und kommunale Ausgaben reduzieren	X		
Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten.	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.	Erhöht Integrationsaufwand			X
Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder gehen.	Kann Kommunen entlasten	X		
Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen bevorzugen wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern.		X		
Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Erstintegration weiterhin erfüllen können.	Kann Kommunen entlasten	X		
Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die Ankunftsstrukturen optimieren, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.	Kann zur Entlastung der Kommunen beitragen	X		
Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.	Führt zu weiterer Belastung der Kommunen			X
Wir wollen, dass die Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden. Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex überwachen und rechtsstaatlich stärken.	Kann zur Entlastung beitragen, wenn weniger Flüchtlinge in die EU einreisen können	X		
Pushbacks darf es nicht geben.	Ohne Zurückweisungen dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X
Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.	Ohne Verfahren in Drittstaaten dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X
Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.	Kann Kommunen entlasten	X		

SPD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir engagieren uns für umfassende Migrationsabkommen, die Zuwanderungswege in Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.		X		
Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.		X		
Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Fluchtursachen wirksam bekämpfen. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.		X		
Wir stellen klar: Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen. Zivile Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir, dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in Seenot aufbaut.	Keine Entlastung der Kommunen zu erwarten			X
Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.				X
Wir wollen mehr Erwerbstätige in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Wir wollen alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		

SPD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
mit einem höheren Mindestlohn		X		
Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Entscheidend bleibt aber, die Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristig Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.		X		
Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs.		X		
Mini-Jobs sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Sie müssen ausschließlich Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Menschen im Rentenalter vorbehalten sein.		X		
Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die Förderung der Qualifizierung		X		
Wir setzen unseren Weg der Ausbildungsgarantie fort. Frühere Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen werden wir weiter stärken.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Vermittlung fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.		X		
Daneben werden wir das bestehende Instrument der Transfergesellschaften weiterentwickeln, damit auch kleinere Unternehmen sie besser nutzen können.		X		
Deshalb werden wir Zeiten einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit nicht mehr auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds anrechnen, so dass sich der Anspruch auf Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung entsprechend verlängert.		X		
Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir fest.	Keine Veränderung der bestehenden Situation		X	
Wir wollen den Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern.	Kann Sozialausgaben senken, wenn Menschen im gewohnten Umfeld verbleiben können.	X		
Wir wollen mehr Erwerbstätige in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Wir wollen alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Wir wollen, dass Familien mit eigenem niedrigem Lohneinkommen mit einer Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld nicht auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer zentralen Ansprechstelle soll die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und ausgezahlt werden.	Kann Sozialausgaben reduzieren	X		
Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen	Steigende Sozialausgaben			X

SPD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Stattdessen schaffen wir ein gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem, das allen Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.	Kann Sozialausgaben senken	X		
... und die hohen Eigenanteile in der stationären Langzeitpflege durch eine Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat (sogenannter „Pflege-Deckel“) maßgeblich reduzieren	Kann Sozialausgaben steigern, wenn keine andere Stelle die verbleibende Differenz übernimmt			X
Besonders in Ostdeutschland, wo die verfügbaren Einkommen vieler Menschen im Vergleich zu Westdeutschland oft niedriger sind, stellt der hohe Eigenanteil für Pflegebedürftige und ihre Familien eine immense finanzielle Belastung dar. Durch die Begrenzung dieser Kosten wollen wir sicherstellen, dass niemand aufgrund seines finanziellen Hintergrunds Angst vor den Kosten einer angemessenen Pflege haben muss.				X
Gleichzeitig stärken wir damit die Solidarität im Sozialstaat und setzen ein klares Signal: Pflege darf kein Luxus sein, sondern muss für alle bezahlbar bleiben – unabhängig von regionalen und wirtschaftlichen Unterschieden.				X
Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die bedarfsgerechte Personalausstattung bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen eingeführt wird.	Dürfte zu steigenden Personalkosten und damit zu steigenden Kosten der Pflegebedürftigen führen – was auch steigende Sozialausgaben zur Folge haben kann.			X
Außerdem treten wir für mehr Freizeitausgleich ein – beispielsweise durch eine verkürzte Wochenarbeitszeit.				X
Die häusliche Pflege werden wir genauso unterstützen und ebenso eine entsprechende Begrenzung einführen. werden wir alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erheblich entlasten.	Kann Sozialausgaben senken, wenn Pflegebedürftige keinen stationären Platz benötigen	X		
Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege, damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Deswegen werden wir uns für mehr Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen und nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld – analog zum Elterngeld – einsetzen.		X		
Wir wollen, dass pflegende Angehörige noch besser unterstützt werden. Es ist ein Fakt, dass vor allem Frauen diese große Leistung erbringen. Mit einer Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld, ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen.		X		
Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue Wohnformen verstetigen, um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken.		X		
Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.	Kann Bedarf an Frauenhausplätzen reduzieren helfen und kommunale Ausgaben reduzieren	X		
Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten.	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.	Erhöht Integrationsaufwand			X
Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder gehen.	Kann Kommunen entlasten	X		
Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen bevorzugen wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern.		X		
Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Erstintegration weiterhin erfüllen können.	Kann Kommunen entlasten	X		
Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die Ankunftsstrukturen optimieren, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.	Kann zur Entlastung der Kommunen beitragen	X		
Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.	Führt zu weiterer Belastung der Kommunen			X
Wir wollen, dass die Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden. Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex überwachen und rechtsstaatlich stärken.	Kann zur Entlastung beitragen, wenn weniger Flüchtlinge in die EU einreisen können	X		
Pushbacks darf es nicht geben.	Ohne Zurückweisungen dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X
Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.	Ohne Verfahren in Drittstaaten dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X

SPD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.	Kann Kommunen entlasten	X		
Wir engagieren uns für umfassende Migrationsabkommen, die Zuwanderungswege in Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.		X		
Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.		X		
Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Fluchtursachen wirksam bekämpfen. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.		X		
Wir stellen klar: Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen. Zivile Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir, dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in Seenot aufbaut.	Keine Entlastung der Kommunen zu erwarten			X
Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.				X
Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen.	Kann Arbeitsplätze erhalten und Sozialausgaben senken	X		

SPD - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege, die alle erreicht	Gutes Ziel ohne konkreten Ansatz		X	
Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine erreichbare und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung vertrauen können. Dafür setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort.	Verbessert die Gesundheitsversorgung insbesondere in ländlichen Räumen	X		
... und die Einführung der Advanced Practice Nurse und Gemeindeschwestern – vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.		X		
Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische Versorgung in strukturschwachen Regionen zu sichern.		X		
Wir möchten die Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren zwischen Praxen, Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen aufheben und die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen auch durch den Einsatz von Telemedizin und Telepharmazie verbessern.		X		
Mit Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die Gesundheitsversorgung		X		
Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf Digitalisierung und Prävention.		X		
auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch		Weitere Belastungen ländlicher Räume		
Die erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden fortgeführt.	Keine Veränderung gegenüber dem aktuellen Stand		X	
Das erfolgreiche Bundesprogramm Junges Wohnen wollen wir fortsetzen und aufstocken, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu schaffen.	Entlastung städtischer Ballungszentren	X		
Wir wollen den akuten Wohnraummangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.		X		
Wir stärken gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen.		X		
Wir wollen die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf hohem Niveau stärken und verstetigen.		X		
In Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden.	Entlastung (städtischer) Mietwohnungsmärkte – bei gleichzeitiger Einschränkungsgefahr z.B. für Tourismus	X		X
Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu unterbinden.		X		X
Die Mietpreisbremse soll unbefristet gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen.	Kann Klein-Vermieter abhalten, einzelne Wohnungen anzubieten und erhöht den Druck insbesondere in Städten			X
Wir werden dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann.				X

SPD - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deswegen wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete gestattet ist.				X
Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für die dazu notwendige Förderung.	Fokussierung auf Neubau stützt Wohnungsmärkte in Ballungszentren, blendet aber Aktivierungspotenzial von Leerständen in ländlichen Räumen aus	X		X
Das Programm „Jung kauft Alt“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden auf der Suche nach einem Eigenheim sind.	Kann ländliche Räume und strukturschwächere Regionen stärken.	X		
Zugleich leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Innenstädte und Dörfer, insbesondere in den ländlichen Regionen.	Positiver Effekt auf Innenortsentwicklung	X		
Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine umfassende Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum. Durch gezielte Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden, leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln.	Hebt Aktivierungspotenzial von Leerständen in ländlichen Räumen	X		
Wir wollen eine Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel, um den Städten zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.	Verbesserung der Lebensqualität insbesondere in Ballungszentren	X		
Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind.	Es fehlt ein konkreter Handlungsansatz		X	
Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allem in ländlichen Regionen unverzichtbar ist.	Verbesserung der Angebote in Stadt und Land	X		
Wir wollen das Deutschlandticket dauerhaft anbieten. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und attraktiv zu machen.	Reduziert Investitionsmittel und verhindert Ausbau und Angebotsverbesserungen			X
Wir werden die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs gemeinsam mit Ländern und Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes wichtig.	Richtig, aber wie soll bundeseitig was gestärkt werden?		X	
Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.	Auch hier fehlt ein konkreter Handlungsansatz		X	
Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir [...] nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern.	Schönes Ziel ohne konkreten Handlungsansatz		X	
Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die Fahrausbildung samt Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren, auch mit dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im 17. Lebensjahr sollen daher einen MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben, etwa für Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten.	Unterstützt die Mobilitätsmöglichkeit junger Menschen	X		
Im Sinne der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie des Bundes weiter.	Verbesserung insbesondere in Städten	X		
Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen.	Die Datengrundlage zu verbessern, kann durchaus hilfreich sein und auch kommunale Träger unterstützen	X		
Die Beschaffung von klimafreundlichen Lkw und Nahverkehrsbussen werden wir fördern: Hier können besonders schnell CO2-Emissionen eingespart werden.	Angebotsverbesserung	X		
Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novellierungen vor Verabschiedung auf Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit testen und bestehende Gesetze schrittweise entsprechend überprüfen. Dazu werden wir die Instrumente des Bürgerchecks, des Praxischecks und des Digitalchecks verzahnen und verbindlich in der Gesetzgebungsarbeit verankern.	Bemerkenswert was fehlt: Ein Gleichwertigkeits-Check spielt weiterhin keine Rolle.			X
Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie ehrenamtlichen Initiativen.		X		
Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden.	Kann auch kommunale Angebote in ländlichen Räumen stärken	X		
Kinos im ländlichen Raum sind wichtige kulturelle Treffpunkte. Wir wollen sie durch langfristige Förderprogramme erhalten und stärken.	Stärkung ländlicher Räume	X		
Mit „Kulturschutzgebieten“ im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs vor Verdrängung und sichern ihnen eine langfristige Perspektive.	Beitrag zur Innenstadtentwicklung	X		
Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik und soziale Stabilität.		X		

SPD - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben, Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden.	Antworten werden hier jedenfalls nicht gefunden		X	
Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir Breitbandinternet ausbauen	Stärkung insbesondere ländlicher Räume	X		
Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk.	Richtige Feststellung ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	
Wir fördern regionale Wirtschaftsstrukturen, stärken Wertschöpfungsketten und schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die Stabilität ländlicher Regionen.	Stärkung auch strukturschwächerer Regionen	X		

SPD - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind.	Es fehlt ein konkreter Handlungsansatz		X	
Wir wollen das Deutschlandticket dauerhaft anbieten. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und attraktiv zu machen.	Reduziert Investitionsmittel und verhindert Ausbau und Angebotsverbesserungen			X
Wir werden die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs gemeinsam mit Ländern und Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes wichtig.	Richtig, aber wie soll bundesseitig was gestärkt werden?		X	
Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir [...] nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern.	Schönes Ziel ohne konkreten Handlungsansatz		X	
Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allen in ländlichen Regionen unverzichtbar ist.	Verbesserung der Angebote in Stadt und Land	X		
Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.	Auch hier fehlt ein konkreter Handlungsansatz		X	
Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die Fahrausbildung samt Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren, auch mit dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im 17. Lebensjahr sollen daher einen MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben, etwa für Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten.	Unterstützt die Mobilitätsmöglichkeit junger Menschen	X		
Im Sinne der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie des Bundes weiter.	Verbesserung insbesondere in Städten	X		
Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen.	Die Datengrundlage zu verbessern, kann durchaus hilfreich sein und auch kommunale Träger unterstützen	X		
Die Beschaffung von klimafreundlichen Lkw und Nahverkehrsbussen werden wir fördern: Hier können besonders schnell CO2-Emissionen eingespart werden.	Angebotsverbesserung	X		
Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.	Angebotsverbesserung	X		

SPD - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk.	Richtige Feststellung ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	
Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir Breitbandinternet ausbauen	Bemerkenswert: Eine Aussage zum Mobilfunk fehlt	X		X

SPD - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege, die alle erreicht	Gutes Ziel ohne konkreten Ansatz		X	
Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine erreichbare und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung vertrauen können. Dafür setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort.	Verbessert die Gesundheitsversorgung	X		
... und die Einführung der Advanced Practice Nurse und Gemeindegewerkschaften – vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.		X		
Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische Versorgung in strukturschwachen Regionen zu sichern.		X		
Wir möchten die Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren zwischen Praxen, Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen aufheben und die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen auch durch den Einsatz von Telemedizin und Telepharmazie verbessern.		X		
		X		
		X		
Mit Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die Gesundheitsversorgung		X		
Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf Digitalisierung und Prävention.		X		
Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen		x		

SPD - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung	Kann Verwaltung entlasten	X		
Außerdem sind größere und moderne Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen erforderlich, etwa für kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz.	Korrekt, aber was will die SPD hier machen?		X	
Wir wollen den akuten Wohnraummangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.	Kann Verwaltungen entlasten	X		
Der Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen Digitalisierungsschub erhalten.		X		
Um eine soziale und demografische Stabilität in den Gemeinden zu gewährleisten, sollen außerdem Einheimischen-Modelle und Konzeptvergaben bei der Vergabe von Bauland gestärkt werden.	Stärkung der kommunalen Entscheidungshoheit	X		
Uns ist dabei wichtig, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft die Einrichtungen und Pflegedienste sich ansiedeln. Die Versorgung muss sich an den pflegerischen und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren und so organisiert werden.	Ein konkreter Umsetzungsansatz, wie die Kommunen das erledigen sollen, fehlt.		X	
Klimaneutralität ist auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden.	Neue Aufgaben führen zur Belastung der Verwaltung			X
Indem wir Antragsverfahren vereinfachen, Leistungen zusammenfassen und aufeinander abstimmen, wollen wir verhindern, dass man von einer Stelle zur nächsten verwiesen wird. Dazu werden wir Servicestellen für gute Beratung einrichten.	Entlastung der Verwaltung	X		
Unser Ziel ist eine Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderliche Maß reduziert.		X		
Effektiver Bürokratieabbau geht nur mit der Einbeziehung derjenigen, die ihn erleben und die Bürokratie zu verantworten haben. Darum werden wir nach einer Regierungsbildung Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen, der weitere konkrete nötige Maßnahmen erfasst und verabredet.	Bessere Einbindung der Kommunen	X		
Wir führen eine Genehmigungsfiktion ein, bei der Anträge automatisch genehmigt sind, wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert. Das gibt Bau- und Investitionsprojekten mehr Planungssicherheit.	Kann Verwaltungen sowohl unter zeitlichen Druck setzen (wenn sie gesetzte Fristen schaffen wollen) oder entlasten (wenn sie auf die Fiktion setzen)		X	
Dazu gehört, dass wir das Ausländerzentralregister (AZR) modernisieren und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital bereitgestellt.	Entlastung der Ausländerbehörden	X		

SPD - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich sicher digital auszuweisen. Damit schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen	Entlastung der Verwaltung	X		
Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen, führen wir die DeutschlandID ein.		X		
Wir nutzen Automatisierung und Künstliche Intelligenz, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.		X		
Wir wollen den Staat als Arbeitgeber attraktiver machen – mit flächendeckendem Homeoffice, Job-Sharing und Teilzeitmodellen im öffentlichen Dienst.	Es fehlt die Bundeszuständigkeit		X	
Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst wollen wir deutlich reduzieren. Unbefristete Stellen sollen die Regel sein, um Sicherheit und Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen.	Eingriff in die kommunale Personalplanung			X
Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.	Schwächt das kommunale Ehrenamt			X
Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das Ermöglichen von kommunalen Entwicklungsbeiräten, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige Entscheidungen erarbeiten.				X
Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten.	Ein weiterer schwieriger Rechtsanspruch			X

SPD - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

SPD - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.	Schwächt das kommunale Ehrenamt			X
Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das Ermöglichen von kommunalen Entwicklungsbeiräten, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige Entscheidungen erarbeiten.				X
Wir wollen daher die Finanzierung der Freiwilligendienste auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickeln.	Stärkt auch kommunal getragene Angebote	X		
Wir bekämpfen Fake News, Hass und Hetze und treten entschlossen gegen jede Form von Extremismus ein.	Schutz auch des kommunalen Ehrenamts	X		
Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu schaffen wir ein digitales Gewaltschutzgesetz.		X		
Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Netzstraftaten um.		X		
Wir stärken die neue Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.	Unterstützung des kommunalen Ehrenamts	X		
Wir kümmern uns um einen soliden Bevölkerungsschutz und schützen unsere kritische Infrastruktur	Stärkung Rettungswesen / Zivil- und Katastrophenschutz	X		
Das Technische Hilfswerk (THW) ist unerlässlich für Schutz und Hilfe im Fall der Fälle. Wir wollen es weiter mit den erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen ausstatten.		X		
Als die Ehrenamts-Partei wollen wir weiter die Engagierten in den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW, bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) sowie in den Rettungs- und Sanitätsdiensten unterstützen. Unsere „Hilfen für Helfer“ werden wir fortsetzen.		X		
Wir werden weiter für eine solide ergänzende Ausstattung für die Feuerwehren sorgen.		X		

SPD - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen, dass die Menschen besser und schneller vor Gefahren gewarnt werden. Dazu werden wir den flächendeckenden Ausbau mit Sirenen weiter fördern		X		
Wir wollen, dass wieder mehr Übungen für den Katastrophenfall stattfinden. Damit die Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit gewährleistet sind, sollen alle Ebenen einbezogen werden, unter Einsatz moderner Technologien wie Virtual Reality.		X		
Angriffe auf sie, genauso wie auf Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer müssen konsequent geahndet und härter bestraft werden.	Schutz auch kommunal getragener Rettungseinsatzkräfte	X		

SPD - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zudem werden wir den Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Wer als Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Dazu gehört, dass wir das Ausländerzentralregister (AZR) modernisieren und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital bereitgestellt.	Entlastung der Ausländerbehörden	X		
Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.	Erhöht Integrationsaufwand			X
Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder gehen.		X		
Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen bevorzugen wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern.	Kann Kommunen entlasten	X		
Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Erstintegration weiterhin erfüllen können.	Kann Kommunen entlasten	X		
Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die Ankunftsstrukturen optimieren, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.	Kann zur Entlastung der Kommunen beitragen	X		
Wir setzen auf eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden können.	Beschleunigung allein hilft nicht weiter.		X	
Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.	Führt zu weiterer Belastung der Kommunen			X
Wir wollen, dass die Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden. Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex überwachen und rechtsstaatlich stärken.	Kann zur Entlastung beitragen, wenn weniger Flüchtlinge in die EU einreisen können	X		
Pushbacks darf es nicht geben.	Ohne Zurückweisungen dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X
Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.	Ohne Verfahren in Drittstaaten dürfte kaum eine Reduzierung des Zuzugs gelingen			X
Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.		X		
Wir engagieren uns für umfassende Migrationsabkommen, die Zuwanderungswege in Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.	Kann Kommunen entlasten	X		
Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.		X		
Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Fluchtursachen wirksam bekämpfen. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.		X		

SPD - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir stellen klar: Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen. Zivile Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir, dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in Seenot aufbaut.	Keine Entlastung der Kommunen zu erwarten			X
Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.				X

SPD - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir sorgen dafür, dass Kitas und Schulen zuverlässig an der Seite der Familien stehen	Kein konkreter Umsetzungsansatz		X	
Wir werden beim Ladesäulenausbau weiter Tempo machen und Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten	Erhöht Druck auf Ausbau der Verteilnetze			X
Wir machen weiter Tempo beim Ladesäulenausbau – entlang der Straßen und Autobahnen und in Depots und Betriebshöfen.				X
Wir werden außerdem den Kauf von E-Autos stärker ankurbeln.				X
Wir wollen mit einem zeitlich befristeten Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern.				X
Hier werden wir durch bessere Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung die Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die Kfz-Steuer Befreiung für E-Autos werden wir bis 2035 verlängern.				X
Bei den Technologien sagen wir zweifelsfrei, wo es hinget: Der klare Fokus liegt auf Elektrifizierung, zum Beispiel beim Auto.				X
Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir beim nächsten Autokauf oder Leasing den Umstieg auf ein E-Auto attraktiv machen.				X
Den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin zielgerichtet voran.				X
Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem Supermarktplatz und an jeder Tankstelle.				X
Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau.	Unterstützung kommunaler Unternehmen	X		
Über den Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken.		X		
Über den Deutschlandfonds werden wir Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.		X		
Dafür werden wir Kommunen, Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur besser miteinander verzahnen und dafür auch die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze aktualisieren und anpassen.				
Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einsetzen.	Belastung kommunaler Unternehmen			X
Dazu werden wir das Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen.	Kann sich auch auf die Personalpolitik kommunaler Unternehmen auswirken			X
Die Beschaffung von klimafreundlichen Lkw und Nahverkehrsbussen werden wir fördern: Hier können besonders schnell CO2-Emissionen eingespart werden.	Unterstützung kommunaler ÖPNV-Unternehmen	X		
Dabei wollen wir dafür Sorge tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG).	Kann kommunalen Wohnungsunternehmen helfen	X		
Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die Mietparteien umlegen darf.	Belastung kommunaler Wohnungsunternehmen			X
Wir wollen daher eine Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren	Stärkung der Betreuungsangebote	X		
Für eine gezielte Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen wollen wir auch mit Bundesmitteln ein Startchancenprogramm schaffen und das Startchancenprogramm an Schulen sukzessive ausbauen.		X		
Wie schon beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo vorgefundene Nachteile bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.		X		

SPD - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten deutlich.		X		
Wir wollen Eltern und vor allem berufstätigen Müttern ihren Alltag erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.			X	
Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung muss der Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt und wenn nötig eine verbindliche Förderung angeboten werden.				X
Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen.	Erhöht Nachfrage / Druck auf Betreuungsangebote			X
Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. Damit steigt die Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.	Reduziert Nachfrage / Druck auf Betreuungsplätze	X		
Unser verbessertes Modell beim Elterngeld, nach dem jeder Elternteil Anspruch auf 6 Monate Elterngeld erhält und weitere 6 Monate frei verteilt werden können, erhöht die Gesamtzahl der Elterngeldmonate von 14 auf 18 Monate, unterstützt echte Partnerschaftlichkeit und gibt Eltern gleiche Chancen auf Familienzeit.		X		
Der ab 2026 schrittweise geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute Qualität des Angebotes Sorge tragen.	Kein Ansatz, um Druck auf Betreuungsangebote zu senken			X
Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote zusammenführen, vor allem in Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien erreichen.				X
In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine gute und kostenfreie Verpflegung ein. Dabei werden wir die Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema „Ernährung im Wandel“ beachten.	Größere Herausforderung für kommunale Träger			X
Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen, dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen ein gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten.				X
Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.	Steigender Investitionsbedarf			X
Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen deshalb dem Grundsatz „CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung“.	Belastung für kommunale Infrastruktur			X
Wir wollen strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen für Energy-Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte.	Werbebeschränkungen können sich auf die Finanzierung der Stadtmöblierung auswirken			X
Wir wollen eine Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel, um den Städten zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.	Verbesserung kommunaler Infrastruktur	X		
Wir stärken die Vorsorge gegen Klimafolgen wie extreme Niederschläge, Hitzewellen und Dürre.		X		
Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün zu schützen.		X		
Dazu werden wir die Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich verbessern.	Verbesserung der Infrastruktur	X		
Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.		X		
Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie ehrenamtlichen Initiativen.		X		
Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden.	Unterstützung kommunaler Angebote	X		
Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.	Kann Bedarf an Frauenhausplätzen reduzieren helfen	X		
Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten.	Kann Anforderungen an Infrastruktur erhöhen			X
Wir helfen Ländern, Kommunen und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport.	Verbesserung auch kommunaler Infrastruktur	X		

SPD - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen Ökosystemleistungen unserer Wälder auch für kommende Generationen zu sichern.	Dürfte kommunalen Waldbesitz belasten			X

Bündnis90/Die Grünen

Bündnis90/Die Grünen - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mit unserer Zukunftsagenda stellen wir die Weichen für Investition und Innovation, für Erneuerung in Fairness und Solidarität, für Dynamik statt bürokratischer Lähmung.	Stärkung der Wirtschaft kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe.		X		
Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen einführen.		X		
Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher werden, dafür müssen Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden		X		
Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung.		X		
Wir wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen.		X		
Damit sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen, indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine echte Willkommenskultur.		X		
Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen wir deutlich und schaffen dafür eine zentrale Anerkennungsstelle.		X		
Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche Vereinfachungen und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und Beratung aus einer Hand anbieten		X		
Dafür geben wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-ups einen Booster, etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote.		X		
Ausgründungen aus Hochschulen werden wir erleichtern		X		
Mit dem „Deutschlandfonds“ werden wir in Bund, Ländern und Kommunen die notwendigen Mittel für die Investitionen in diese Zukunft mobilisieren.		Stärkung kommunaler Investitionskraft	X	
Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir [...] die Kitas und Schulen sanieren...	X			
Durch den Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren	X			
Deswegen wollen wir Klimavorsorge zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und mehr Bundesmittel für die Anpassung bereitstellen.	Stärkung der kommunalen Investitionskraft	X		
Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität und bezahlbare Mieten	Entlastung bei Betriebsausgaben	X		
Wir setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu machen.		X		
Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die Netzentgelte zu senken.		X		
Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne und einen höheren Mindestlohn.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen beitragen	X		
Diejenigen, die arbeiten, sollen mehr haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, den Mindestlohn zu erhöhen und prekäre Beschäftigung abzubauen.		X		
Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter 18-Jährige gilt.		X		
Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren Stundenumfang zu erhöhen.		X		
Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende.		X		
Gegen Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. In Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind, sorgen wir für eine digitale und manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Um die Renten zu stärken, werden wir auch den Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.		X		
Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen wir weiter ab	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen – allerdings auch als Pull-Faktor wirken	X		X
Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen.		X		X

Bündnis90/Die Grünen - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird.		X		X
Wir müssen dazu beitragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende.		X		
Älteren Arbeitnehmer*innen werden wir Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten		X		
Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug noch mehr lohnt.		X		
Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal um eine industrielle Dimension	Kann zur Belastung der Wirtschaft und sinkenden Steuereinnahmen führen			X
Der Green Deal und das „Fit for 55“-Paket müssen nun europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden. Neuer Aufschieberei und Verwässerung stellen wir uns entgegen.	Belastung der Kommunen bei Betriebsausgaben Belastung der Wirtschaft kann zu sinkenden Steuereinnahmen führen			X X
Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt.	Kann zu steigenden Investitionskosten führen			X
Wir werden die Nationale Tourismusstrategie fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial gerechter und innovativer gestalten.	Es wird (mit Blick auf nachhaltiger, und sozial gerechter) von der Umsetzung abhängen, ob sich darauf positive Ergebnisse erzielen lassen		X	
Wir sorgen dafür, dass die Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird.	Schwächt die Wirtschaft durch zusätzliche Belastungen			X
Wir machen Klimaschutz einfacher und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte bis hin zum Ordnungsrecht.	Emissionshandel kann zu steigenden Betriebsausgaben führen			X
Wir halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir ebenso fort wie den Umstieg auf das klimaneutrale Heizen.	Erhöhter Investitionsbedarf			X
Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken.	Erhöhter Investitionsbedarf			X
Zugleich machen Ölkonzerne, die maßgeblich für die weltweiten CO <sub>2</sub> -Emissionen verantwortlich sind, weiter gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen, Landwirt*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen.	Das Verursacherprinzip dürfte zu höheren Betriebsausgaben führen			X
Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt.	Steigender Investitionsbedarf in örtliche Verteilnetzstrukturen			X
Daher müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere Netznutzung, ...				X
Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken.	Unterstützung von Stadtwerken bei Deckung der Investitionskosten kann zur Entlastung kommunaler Haushalte führen	X		
Mit Energy Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.	Es bleibt abzuwarten, wie sich das auf die Preise auswirken wird		X	
Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
... schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas ...	Herausforderung für kommunale Einrichtungen mit Folgen für den Kommunalhaushalt			X
Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen ...	Werbeverbote treffen auch kommunale Stadtmöblierung, die durch Werbeeinnahmen finanziert wird			X
Mit dem Housing-First-Ansatz können wir Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.	Herausforderung für kommunale Obdachlosenangebote			X
Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen.	Mit welchem Geld sollen die Kommunen das umsetzen?		X	

Bündnis90/Die Grünen - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Betreuungskosten sollten umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein.	Kann zu sinkenden Steuereinnahmen führen			X
Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Den Solidaritätszuschlag werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.		X		
Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen eine Anhebung auf 1.500 Euro.	Dürfte zu Steuermindereinnahmen führen			X
Den Grundfreibetrag erhöhen wir.				X
Wir wollen die Steuerlast von Alleinerziehenden durch einen Freibetrag senken und ihnen das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss anrechnen.	Dürfte zu Steuermindereinnahmen zu höheren Kommunalausgaben führen			X X
Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Steuerschlupflöcher schließen, damit Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum der Vergangenheit angehören. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur Verfolgung schwerer Finanzkriminalität wollen wir deutlich steigern.	Kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen.	Richtige Feststellung, aber kein wirklicher Ansatz zur Umsetzung erkennbar.		X	
Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei kommunalen Altschulden ein.	Kein konkreter Ansatz für ein Bundesengagement		X	
An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.	Ansatz zur Veranlassungskonnexität	X		
Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort.	Verstetigung kommunaler Investitionskraft	X		
Für mehr Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.	Problem von Förderprogrammen liegt nicht in mangelnder Transparenz in der Förderdatenbank		X	
Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten.	Kostenfrei bedeutet nicht, dass es nichts kostet: Am Ende werden die Kommunen die Mehrausgaben finanzieren müssen			X
Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Schutzkonzepte verpflichtend etablieren.	Erhöht die Anforderungen an kommunale Unterbringung und führt zu steigenden Ausgaben			X
Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen.	Führt zu kommunalem Mehraufwand bei Investitionen			X
Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von Einkommen und Vermögen.	Dürfte zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden [...] Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.				X
Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell unterstützen.	Kann Sozialausgaben kompensieren	X		
Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen und nicht behindern.				X
Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär zurückgeführt werden.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		

Bündnis90/Die Grünen - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken.				X
Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.				X
Wir schaffen durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dazu wollen wir humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.	Folgekosten für Kommunalhaushalte			X
				X
				X
Für Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung.		X		

Bündnis90/Die Grünen - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mit unserer Zukunftsagenda stellen wir die Weichen für Investition und Innovation, für Erneuerung in Fairness und Solidarität, für Dynamik statt bürokratischer Lähmung.	Stärkung der Wirtschaft kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher werden, dafür müssen Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden		X		
Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche Vereinfachungen und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und Beratung aus einer Hand anbieten	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen	X		
Dafür geben wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-ups einen Booster, etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote.		X		
Ausgründungen aus Hochschulen werden wir erleichtern		X		
Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal um eine industrielle Dimension	Kann zur Belastung der Wirtschaft und steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne und einen höheren Mindestlohn.	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen	X		
Diejenigen, die arbeiten, sollen mehr haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, den Mindestlohn zu erhöhen und prekäre Beschäftigung abzubauen.		X		
Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter 18-Jährige gilt.		X		
Um die Renten zu stärken, werden wir auch den Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.		X		
Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren Stundenumfang zu erhöhen.		X		
Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, führen wir Steuergutschriften ein. Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize im Bürgergeldsystem zu erhöhen.	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen	X		
Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen wir weiter ab	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen – allerdings auch als Pull-Faktor wirken	X		X

Bündnis90/Die Grünen - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen.		X		X
Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird.		X		X
Wir müssen dazu beitragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen.		X		
Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende.	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen	X		
Für Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung.		X		
Wir haben die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.	Weitere Entlastung kann zu höheren Sozialausgaben führen			X
Staatsreform: Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet werden, zum Beispiel im Sozialleistungsbereich. Wir setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander	Die Auswirkung wird von der konkreten Umsetzung abhängen		X	
Wir wollen die Steuerlast von Alleinerziehenden durch einen Freibetrag senken und ihnen das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss anrechnen.	Dürfte zu höheren Kommunalausgaben führen			X
Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden.	Belastung der kommunalen Jugendämter			X
Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von Einkommen und Vermögen.	Dürfte zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir wollen die Situation der Menschen verbessern, die selbst Angehörige oder nahestehende Personen pflegen.	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen	X		
Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen in den Blick nehmen.	Die Stärkung dürfte auch zu Mehraufwand führen	X		X
Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Schutzkonzepte verpflichtend etablieren.	Erhöht die Anforderungen an kommunale Unterbringung und führt zu steigendem Sozialaufwand			X
Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden [...] Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist.				X
Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell unterstützen.	Kann Sozialausgaben kompensieren	X		
Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen				X
Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen und nicht behindern.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär zurückgeführt werden.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.				X
Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken.	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.				X
Wir schaffen durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dazu wollen wir humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X

Bündnis90/Die Grünen - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen einführen.	Kann Arbeitsplätze erhalten und Sozialausgaben senken	X		

Bündnis90/Die Grünen - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität und bezahlbare Mieten	Erschwingliche Mobilität kann zulasten des Ausbaus erfolgen und stärkt insbesondere städtische Regionen zulasten ländlicher Regionen	X		X
Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz massiv ausbauen, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren und ein bundesweites Netz von Radschnellwegen finanzieren.	Verbesserung der Mobilität in Stadt und Land	X		
Wir wollen den öffentlichen Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse können den Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Bis zur nächsten Bundestagswahl wollen wir, dass dies exemplarisch in mindestens zehn Landkreisen Wirklichkeit wird.	Von der konkreten Umsetzung wird abhängen, ob eine Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Räumen möglich wird.		X	
Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbände Regelungen treffen, um junge Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.	Einseitige Förderung insbesondere von städtischen Regionen zulasten des ÖPNV-Ausbaus in ländlichen Regionen	X		X
Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen Taktverkehren garantieren. Unser mittelfristiges Ziel ist, alle Dörfer in der Zeit von 6 bis 22 Uhr mindestens einmal pro Stunde anzubinden.	Das dürfte kaum der Lebenswirklichkeit der Menschen in ländlichen Räumen entsprechen			X
Und wir machen Wohnen bezahlbarer, indem wir Mietsteigerungen begrenzen, sozialen Wohnungsbau unterstützen und eine realistische Neubaustrategie vorlegen.	Stärkt insbesondere städtische Ballungszentren	X		
Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Sie soll Anstiege der Mieten über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus zudem stärker begrenzen. Den Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür deutlich verlängern. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind.	Kann Klein-Vermieter abhalten, einzelne Wohnungen anzubieten und erhöht den Druck insbesondere in Städten			X
Auch einen Stopp von Mietsteigerungen über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus wollen wir für sehr angespannte Wohnungslagen regional ermöglichen.				X
Wir wollen den Kauf von selbst genutztem Wohneigentum und die Modernisierung leer stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker fördern.	Kann Wohnungsmarkt in Städten entlasten und ländliche Räume durch Zuzug stärken	X		
Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente beinhaltet, erleichtert auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum.		X		
Wir wollen da, wo Wohnraum fehlt, die Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen. Der beste Weg liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude wieder aktivieren.	Kann Wohnungsmarkt in Städten entlasten	X		
Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen. Wir wollen es erleichtern, dass die Sanierung von Wohnungen mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird.		X		
Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue Wohngemeinnützigkeit wollen wir weiter stärken.		X		
Für mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende möchten wir den Bau von neuen Wohnheimen über das von uns in der laufenden Wahlperiode aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ weiter fördern.		X		
Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell unterstützen.	Entlastung insbesondere von städtischen Regionen	X		
Das erfordert große Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien	Belastung ländlicher Räume			X
Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.	Stärkung der Kommunalfinanzen insbesondere in ländlichen Regionen	X		
Durch den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW) stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten können.	Stärkt strukturschwächere Regionen	X		
Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und Wünsche vor Ort zu beteiligen.		X		

Bündnis90/Die Grünen - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir werden die Nationale Tourismusstrategie fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial gerechter und innovativer gestalten.	Es wird (mit Blick auf nachhaltiger, und sozial gerechter) von der Umsetzung abhängen, ob sich darauf positive Ergebnisse erzielen lassen		X	
Clubs und Livemusikstätten sind Kulturorte. Wir schaffen Rahmenbedingungen dafür, dass sie auch in Innenstädten zu einem attraktiven Kulturangebot beitragen können.	Stärkung der Innenstadtentwicklung	X		
Auch Kulturorte, Geschäfte und Gastronomie sind Teil davon: Wir wollen diese Orte im Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen	Stärkung der Innenstadtentwicklung	X		
Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegungsmethoden erleichtern und Open Access fördern.	Stärkung insbesondere ländlicher und strukturschwächerer Regionen	X		
Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen.		X		
Wir stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.		X		
Und wir wollen insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen.	Hier wird immer wieder die Pendlerpauschale genannt - Das kann insbesondere ländliche Räume treffen			X
Derzeit subventioniert der Staat klimaschädliches Verhalten. Das werden wir schrittweise abbauen und die frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen Ausgleich und Klimaschutz verwenden.				X
Zugleich machen Ölkonzerne, die maßgeblich für die weltweiten CO <sub>2</sub> -Emissionen verantwortlich sind, weiter gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen, Landwirt*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen.	Das Verursacherprinzip dürfte zu höheren Betriebsausgaben führe, was insbesondere in ländlichen Räumen mit hohem Ölheizungsanteil bemerkbar sein dürfte			X
Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken.	Unterstützt insbesondere städtische Ballungszentren bei der Wärmeversorgung	X		
Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken.	Verbesserung der Lebensqualität in Städten	X		
Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können, braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land.	Richtige Feststellung ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	
Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unterstützen. Die Verteilung von niedergelassenen Ärzt*innen muss enger mit der Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden, um bessere Kooperation und Koordination zu fördern	Stärkung Lebensqualität in ländlichen Räumen	X		
Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den Kosten beteiligen. Wir werden gemeinsam eine gute Krankenhausreform umsetzen. Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind.		X		
Die Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung reformieren.		X		
In den ländlichen Regionen – gerade in Ostdeutschland – ist das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für Gemeindegesundheitspfleger*innen, früher die Gemeindegewesener, und „Medizin auf Rädern“.		X		

Bündnis90/Die Grünen - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität und bezahlbare Mieten	Erschwingliche Mobilität kann zulasten des Ausbaus erfolgen			X
Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz massiv ausbauen, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren und ein bundesweites Netz von Radschnellwegen finanzieren.	Verbesserung der Mobilität in Stadt und Land	X		
Bundesmitten wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder und Kommunen für den Nahverkehr weiter steigern. Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen Taktverkehren garantieren. Unser mittelfristiges Ziel ist, alle Dörfer in der Zeit von 6 bis 22 Uhr mindestens einmal pro Stunde anzubinden.		X		

Bündnis90/Die Grünen - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen den öffentlichen Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse können den Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Bis zur nächsten Bundestagswahl wollen wir, dass dies exemplarisch in mindestens zehn Landkreisen Wirklichkeit wird.	Von der konkreten Umsetzung wird abhängen, ob eine Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Räumen möglich wird.		X	
Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbände Regelungen treffen, um junge Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.	Preissubventionierung reduziert Investitionsmöglichkeiten			X
Ob dreckige Luft oder Lärm, wir wollen die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes Leben in Deutschland und Europa machen.	Entsprechende Vorgaben schränken Individualverkehr ein			X

Bündnis90/Die Grünen - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegemethoden erleichtern und Open Access fördern.	Verbesserung der Breitbandversorgung (Mobilfunk und Glasfaserausbau)	X		
Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen.		X		
Wir stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.		X		
Eine digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für wirtschaftliche Innovation – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne Funklöcher.	Richtige Feststellung ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	

Bündnis90/Die Grünen - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare medizinische Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen unter einem Dach arbeiten, können in vielen Regionen das Angebot verstärken.	Richtige Feststellung ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	
Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unterstützen. Die Verteilung von niedergelassenen Ärzt*innen muss enger mit der Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden, um bessere Kooperation und Koordination zu fördern	Stärkung Lebensqualität in ländlichen Räumen	X		
Durch regionale Verbände (Gesundheitsregionen) sowie gemeinsame Versorgungszentren, in denen verschiedene Therapie- und Pflegeberufe unter einem Dach zusammenarbeiten, sorgen wir für eine gute Versorgung vor Ort.	Stärkung der Lebensqualität	X		
In den ländlichen Regionen – gerade in Ostdeutschland – ist das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für Gemeindegesundheitspfleger*innen, früher die Gemeindegeschwester, und „Medizin auf Rädern“.		X		
Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den Kosten beteiligen. Wir werden gemeinsam eine gute Krankenhausreform umsetzen. Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind.		X		
Die Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung reformieren.		X		
Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen wollen wir weiter vorankommen.		X		
Wir haben die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.		X		
Wir wollen die Situation der Menschen verbessern, die selbst Angehörige oder nahestehende Personen pflegen.	Kann Bedarf an stationären Plätzen reduzieren helfen	X		
Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen in den Blick nehmen.	Die Stärkung dürfte auch zu Mehraufwand führen	X		X
Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir weiter stärken.		X		

Bündnis90/Die Grünen - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zu diesem Investitionsfonds schlagen wir einen „Pakt für ein modernes Deutschland“ vor – zu dem alle politischen Ebenen eingeladen sind: Bund, Länder und vor allem die Kommunen.	Kann zu stärkerer Einbeziehung der Kommunen beitragen	X		
Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden.	Schränkt die kommunale Selbstverwaltung ein			X
Wir machen Klimaschutz einfacher und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte bis hin zum Ordnungsrecht.	Ordnungsrechtliche Vorgaben können die kommunale Selbstverwaltung einschränken			X
Staatsreform: Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet werden, zum Beispiel im Sozialleistungsbereich. Wir setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander			X	
Der Bund sollte bei Gesetzen und Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung auf Länder und Kommunen übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln. Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie auch für konkrete Kooperationen.	Stärkt die kommunale Selbstverwaltung	X		
Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die Vorgaben aus den Hauptstädten.	Gute Idee – allerdings ohne konkreten Umsetzungsansatz		X	
Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit gesetzlich geregelte Leistungen wie Elterngeld oder Wohngeld einen digitalen Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort nutzen können. Durch solche zentralen Serviceeinheiten kann der Bund Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die Verwaltung vor Ort auf die Beratung konzentrieren kann.	Entlastet Kommunalverwaltungen	X		
Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Deutschland-App einführen, in der schrittweise alle staatlichen Verwaltungsangebote sicher, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung stehen sollen.		X		
Für den Digitalen Staat wollen wir zentrale digitale Dienste wie die BundID und die Deutschland-App vorantreiben		X		
Unser Ziel ist die Hilfe aus einer Hand, damit jede Familie nur noch eine zentrale Ansprechstelle für Leistungen für Familien von Bund, Land und Kommune hat, die sowohl digital als auch vor Ort erreichbar ist.			X	
Um Verkehrsräume attraktiver zu gestalten, Barrierefreiheit auszuweiten und die Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen zu erhöhen, wollen wir Stadtumbau stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern.	Kann kommunale Entscheidungsmöglichkeiten verbessern	X		
ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Das werden wir bis 2030 auf 20 Prozent der Fläche an Land und im Meer umsetzen. Dafür werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen, denn auch sie liegen in einem überragenden gesellschaftlichen Interesse.	Einschränkung der kommunalen Entscheidungskompetenz und Entwicklungspotenziale			X
Ob dreckige Luft oder Lärm, wir wollen die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes Leben in Deutschland und Europa machen.	Entsprechende Vorgaben schränken die kommunale Planungshoheit ein			X
Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Dafür führen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion ein.	Kann kommunale Planungsmöglichkeiten beschränken			X
Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, wollen wir Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken.				X
An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität weiter einzudämmen.	Keine Entlastung der Verwaltung von Kontrollaufgaben			X
Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten.	Ein weiterer Rechtsanspruch ist das, was den Kommunen gerade noch fehlt.			X

Bündnis90/Die Grünen - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt.	Schränkt kommunale Vergaben ein			X
Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur Regel zu machen.	Hört sich gut an, schränkt aber die Vergabemöglichkeiten ein.			X
Um die Vergabestellen gerade der Kommunen zu entlasten, werden wir die Direktauftragsgrenzen deutlich anheben.	Entlastung in Vergabeverfahren	X		

Bündnis90/Die Grünen - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir sorgen dafür, dass die Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird.	Kann Vergabeverfahren erschweren			X

Bündnis90/Die Grünen - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir brauchen aber auch [...] einen gut ausgestatteten Katastrophenschutz.	Richtige Feststellung ohne klaren Umsetzungsansatz.		X	
Wir wollen unser Gesundheitswesen auf Epidemien, große Katastrophen und militärische Bedrohungen besser vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel den Vorrat an Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen.	Qualitätssteigerung des ehrenamtlich getragenen Katastrophenschutzes	X		
Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt.		X		
Wir wollen das Ehrenamt bei der freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder den Hilfsorganisationen unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen oder Erleichterungen für Ehrenamtliche.		X		
Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße Ausrüstung und moderne Fahrzeuge. Wir werden weiter in den Bevölkerungsschutz investieren und die Warninfrastruktur ausbauen. Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.	Stärkung des kommunalen Rettungswesens / Katastrophenschutzes	X		
Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, wollen wir Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken.	Entwertet die Arbeit der Räte			X
Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.	Entwertung von Kommunalwahlen – Das Wahlrecht steht am Ende der Integration mit Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft			X
Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden.		X		
Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren.	Davon kann auch Rettungswesen/Katastrophenschutz profitieren	X		
Üble Nachreden, Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als auch im Internet stärker geahndet werden.		X		
Solche Hassrede muss konsequent gelöscht und Accounts, die Hetze verbreiten, schneller gesperrt werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer*innen.	Verbesserter Schutz des kommunalen Ehrenamts	X		
Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.		X		
Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein.		X		
Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen.	Davon profitieren auch kommunal Ehrenamtliche	X		

Bündnis90/Die Grünen - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen wir weiter ab		X		X
Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen.		X		X
Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird.	Kann zur Reduzierung von Sozialausgaben beitragen – allerdings auch als Pull-Faktor wirken	X		X
Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden [...] Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X

Bündnis90/Die Grünen - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.				X
Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell unterstützen.	Kann Sozialausgaben kompensieren	X		
Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen und nicht behindern.				X
Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär zurückgeführt werden.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X
Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken.				X
Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.				X
Wir schaffen durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.	Kann zu sinkenden Sozialausgaben führen	X		
Dazu wollen wir humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden	Kann zu steigenden Sozialausgaben führen			X

Bündnis90/Die Grünen - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mit dem „Deutschlandfonds“ werden wir in Bund, Ländern und Kommunen die notwendigen Mittel für die Investitionen in diese Zukunft mobilisieren.	Verbesserung kommunaler Infrastruktur	X		
Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir [...] die Kitas und Schulen sanieren...		X		
Mit einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.		X		
Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt.	Kann zu weiter wachsendem Investitionsrückstand führen			X
Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen ...	Werbeverbote treffen auch kommunale Stadtmöblierung, die durch Werbeeinnahmen finanziert wird			X
Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.	Verbesserung/Ausbau kommunaler Angebote	X		
Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans und der sogenannten Frühen Hilfen wollen wir aufstocken.	Stärkung kommunaler Angebote	X		
Die Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.	Verbesserung/Ausbau kommunaler Angebote	X		X
Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass unsere Kitas, Schulen und Hochschulen gestärkt werden.	Stärkung kommunaler Infrastruktur	X		
Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir durch einen gesetzlichen Rahmen flexible Lösungen ermöglichen und zugleich passgenaue Regelungen für die Betriebe bieten, die sie nicht überfordern. Ein gutes und verlässliches Angebot an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage.	Steigende Nachfrage bei Betreuungsplätzen erhöht Druck auf kommunale Infrastruktur			X
Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit.				X

Bündnis90/Die Grünen - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
... schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas ...	Herausforderung für kommunale Einrichtungen			X
Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und flexible Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit. Eine gute Kinderbetreuung ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden.	Belastung kommunaler Betreuungsinfrastruktur			X
Deshalb investieren wir in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieher*innen und unterstützenden Arbeitskräften.	Stärkung der kommunalen Betreuungsinfrastruktur	X		
Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen.	Gesetzlich festgeschriebene Qualitätsstandards belasten die kommunale Betreuungsinfrastruktur – die Erhöhung und Verstetigung von Bundesinvestitionsmitteln unterstützt	X		X
Und wir werden steuerliche Anreize für Unternehmen einführen, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstelle betreut werden können.	Kann den Druck auf kommunale Einrichtungen senken	X		
Wir werden den immer häufigeren Extremwettern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern mit aller Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert.	Klimafolgenanpassung wäre zielführender			X
Wir sorgen dafür, dass durch Klimaanpassung das Eigentum von Hausbesitzer*innen geschützt und Lebensleistung erhalten wird.			X	
Deswegen wollen wir Klimavorsorge zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und mehr Bundesmittel für die Anpassung bereitstellen.		X		
Deshalb werden wir den Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern.		X		
Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken.	Stärkung der kommunalen Infrastruktur	X		
Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen, speichern und bei Bedarf wieder abgeben können.		X		
dass wir dabei bleiben, ab 2035 nur noch klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen.				X
Die konkreten Ziele der EU-Flottengrenzwertverordnung unterstützen wir und lehnen eine Abschwächung ab.				X
Wir beschleunigen den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize.	Belässt Druck auf Ausbau der Energieinfrastruktur			X
Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen.				X
Auch den Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum.				X
Wir werden einen wirksamen Schutz vor Wärme- und Stromsperren auf den Weg bringen.	Das könnte – je nach Umsetzung – für Stadtwerke zum Problem werden.		X	
Mögliche Preisanstiege bei der Fernwärme wollen wir analog zu den Regelungen im Gebäudeenergiegesetz begrenzen.				X
Wir halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir ebenso fort wie den Umstieg auf das klimaneutrale Heizen.	Erhöhte Anforderungen an kommunale Infrastruktur			X
Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken.				X
Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt.				X
Daher müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere Netznutzung, ...	Steigender Investitionsbedarf in örtliche Verteilnetzstrukturen			X
Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken.	Unterstützung von Stadtwerken bei Deckung der Investitionskosten	X		
Wir werden deshalb naturnahe Wälder mit heimischen und standortgerechten Baumarten erhalten und wiederherstellen. Um das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz, das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht.	Einschränkung der Waldnutzung trifft auch kommunalen Waldbesitz			X
Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen. Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die Verantwortung nehmen.	Unterstützung kommunaler Abwasserentsorger	X		
Mit dem Housing-First-Ansatz können wir Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.	Herausforderung für kommunale Obdachlosenangebote			X

Bündnis90/Die Grünen - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern werden wir den Breitensport stärken und gute Bedingungen für die Schwimmausbildung oder das Training vor Ort schaffen.	Verbesserung auch kommunaler Infrastruktur	X		
Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten.	Erhöht den Druck auch auf kommunal getragene Angebote			X
Um Annäherungsverbote in Fällen von häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein.	Kann den Druck auf kommunal getragene Angebote reduzieren	X		
Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Schutzkonzepte verpflichtend etablieren.	Erhöht die Anforderungen an kommunale Unterbringung			X
Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen.	Führt zu kommunalem Mehraufwand bei Investitionen			X

AfD

AfD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Abschaffung der CO2-Abgabe	Entlastung bei Betriebsausgaben	X		
Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO2-Abgaben.		X		
Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum		X		
von Technologieverböten auf Technologieoffenheit umsteigen		X		
Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.		X		
Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp	Das senkt aber nicht die bestehenden Netzentgelte		X	
Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie	Entlastung der Wirtschaft kann zu steigenden Steuereinnahmen führen	X		
Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung		X		
Vereinfachung des Vergaberechts		X		
drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte		X		
Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie	Sinkende Steuereinnahmen			X
Deshalb fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von 7 %.				X
Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 % reduziert werden.				X
Wir werden künstlerische und pädagogische Tätigkeiten im Kunst- und Kulturbereich bis zu einer sinnvollen Einkommensgrenze von der Umsatzsteuerpflicht befreien.				X
Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau	Zunächst sinkende Steuern mit der Möglichkeit steigender Steuereinnahmen	X		X
Rationalisierungsinvestitionen zur Erhöhung der Produktivität und der Löhne durch Unternehmenssteuersenkungen erleichtern		X		X
Die Unternehmensteuer werden wir rechtsformneutral gestalten.	Die Auswirkungen insbesondere auf die Gewerbesteuer dürften sich erst aus der konkreten Umsetzung ergeben		X	
Förderung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum,	Steigende Steuereinnahmen	X		
Senkung der Einkommensteuer durch einen deutlich höheren Grundfreibetrag	Zunächst sinkende Steuern mit der Möglichkeit steigender Steuereinnahmen	X		X
Senkung der Steuer- und Abgabenlast zur Erweiterung des finanziellen Handlungsspielraums der Bürger,		X		X
Der einkommensteuerliche Grundfreibetrag soll auf 15.000 Euro erhöht werden. Die Freibeträge sollen indexiert werden, um auch zukünftig heimliche Steuererhöhungen auszuschließen.		X		X
erweiterte steuerliche Absetzbarkeit für die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge	Sinkende Steuereinnahmen			X
Ausgleich der anstehenden Rentenbeitragsanhebungen durch Steuersenkungen für Beschäftigte und Unternehmen,				X
Die Steuersätze werden wir senken, im Gegenzug ebenso die Abschreibungsmöglichkeiten für „Steuersparmodelle“.	Die Auswirkung auf die Höhe der Einkommensteuer dürfte sich erst aus der konkreten Umsetzung ergeben		X	
Als eine der wichtigsten Maßnahmen in Anlehnung an den Wortlaut des Grundgesetzes fordern wir eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf das Familiensplitting. [...] Angesichts der in Deutschland deutlich zu geringen Geburtenrate schaffen wir dadurch auch einen Anreiz für mehr Kinder.	Sinkende Steuereinnahmen			X
Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des Kinderfreibetrages insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlasten.				X
Die AfD will den Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro erhöhen, um den Menschen in Deutschland, vor allem dem Mittelstand, die Möglichkeit zu geben, ihr Vermögen sicher und steueroptimiert aufzubauen.				X
einen zusätzlichen Steuerfreibetrag für Rentner bereitstellen, um Senioren im Arbeitsmarkt zu halten	Steigende Steuereinnahmen	X		
Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €,		X		

AfD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
die Abwanderung heimischer Fachkräfte stoppen und Ausgewanderte zurückholen durch attraktive Rahmenbedingungen für Arbeit, Vermögensbildung, Ausbildung und Sicherheit	Steigende Steuereinnahmen	X		
Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss genauso, wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Leistungsträger.		X		
Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem Einkommensteuern gesenkt werden und das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird	Zunächst auch sinkende Steuern mit der Möglichkeit steigender Steuereinnahmen / Sinkende Sozialausgaben	X		X
Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger, indem eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert wird	Steigende Steuereinnahmen	X		
Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute legal in Deutschland leben.		X		
Wir begrüßen die Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, die insbesondere im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen, werden zugleich aber den hierbei vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen	Steigende Steuereinnahmen	X		
Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie Facharbeiter ansprechen.		X		
Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene -verträge, ausreichende Sprachkenntnisse, etc. einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen.		X		
durch unser Konzept „Aktivierende Grundsicherung“ hunderttausende arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückbringen	Steigende Steuereinnahmen	X		
den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug wieder einführen und kontrollieren	Sinkende Sozialausgaben	X		
die Grundsteuer aufheben	Sinkende Steuereinnahmen			X
Grundsteuer: Deshalb wird sie gänzlich abgeschafft. Die Kommunen werden durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer vollumfänglich entschädigt.	Sofern der Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer den Wegfall der Grundsteuer vollständig kompensiert, kann das neutral erfolgen.		X	
Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende Alleinerziehende,	steigender Investitionsbedarf			X
Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich senken wird.	Steigende Betriebsausgaben			X
Ein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll nach einer einmaligen Ausnahme nur haben, wer die Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt hat.	Steigende Sozialausgaben			X
Grundsätzlich soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach drei vollen Beitragsjahren eintreten und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. Für je zwei weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat.				X
Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind	Sinkende Sozialausgaben	X		
Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen		X		
eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne „aufstockende“ Sozialleistungen von mindestens fünf Jahren in Deutschland zur Voraussetzung für den Bürgergeld-Bezug ausländischer Staatsangehöriger machen und ihren Bürgergeld-Bezug auf ein Jahr begrenzen,		X		
ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichstellen,		X		
Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.		X		
Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren.		X		
Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können.	Sinkende Sozialausgaben durch Entlastung bei Betreuung / Integration	X		
Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist.		X		
Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden		X		

AfD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie oder einer einfachgesetzlichen Regelung		X		
Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt		X		
Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren			X	
Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren, verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre	Auswirkungen werden von weiterer / konkreter Umsetzung abhängen		X	
Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wie im Rahmen rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen.		X		
Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan	Sinkende Sozialausgaben durch Entlastung bei Betreuung / Integration	X		
Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter		X		
Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen.		X		
Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen		X		
Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten		X		
Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel		X		
Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland		X		
Keine Arbeiterlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber		X		
Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen, insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des Chancenaufenthaltsrechts	Kann Pull-Faktor verringern	X		
Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie eingrenzen		X		
Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens		X		
Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.		X		
Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusenken		X		
Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.		X		
Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten		X		
konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer strikten Anwendung geltenden Rechts		X		
Förderung der freiwilligen Rückkehr		X		
Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds		X		
Unverzögliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und Schwerekrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten.	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs		X		
Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen		X		
Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den internationalen Flughäfen.		X		
Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.		X		
Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr schutzberechtigten syrischen Staatsbürger		X		
Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt anerkannte Syrer		X		
Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien		X		
Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil		X		

AfD - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur Schadensregulierung		X		
die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten	Steigende Sozialausgaben			X
Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.	Steigende Sozialausgaben			X
Das Konnexitätsprinzip wird im Artikel 104a des Grundgesetzes geregelt. Es besagt, dass diejenige staatliche Ebene, die eine Ausgabe veranlasst, auch die damit verbundene Finanzierung zu leisten hat („Wer bestellt, bezahlt“). In der Praxis wird dieses Prinzip zu Lasten insbesondere der Kommunen nicht durchgehend eingehalten, was dort zu erheblichen finanziellen Belastungen führt. Wir fordern die strikte Einhaltung des verfassungsrechtlich geregelten Prinzips.	Die Idee ist richtig und gut – aber die Interpretation des GG ist falsch (dort ist die Ausführungs-Konnexität“ verankert („Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.“) – Die strikte Einhaltung des verfassungsrechtlich geregelten Prinzips würde den Kommunen nicht helfen – im Gegenteil!			X
Wir fordern eine differenzierte und transparente Aufstellung in der Weise, dass die Kosten der Zuwanderung im Bundeshaushalt als eigene Position ausgewiesen werden und insbesondere auch hier das Konnexitätsprinzip eingehalten wird.	Das würde den Kommunen nichts bringen – im Gegenteil: Die Einhaltung des im GG verankerten Konnexitätsprinzips würde die kommunale Belastung verfestigen		X	X

AfD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
durch unser Konzept „Aktivierende Grundsicherung“ hunderttausende arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückbringen		X		
Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem Einkommensteuern gesenkt werden und das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird	Sinkende Sozialausgaben	X		
den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug wieder einführen und kontrollieren	Sinkende Sozialausgaben	X		
Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger, indem eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert wird		X		
Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute legal in Deutschland leben.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Förderung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum,	Sinkende Sozialausgaben	X		
Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind		X		
Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen		X		
eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne „aufstockende“ Sozialleistungen von mindestens fünf Jahren in Deutschland zur Voraussetzung für den Bürgergeld-Bezug ausländischer Staatsangehöriger machen und ihren Bürgergeld-Bezug auf ein Jahr begrenzen,	Sinkende Sozialausgaben	X		
ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichstellen,		X		
Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.		X		
Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren.		X		
Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können.		X		
Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist.	Sinkende Sozialausgaben durch Entlastung bei Betreuung / Integration	X		
Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden		X		
Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie oder einer einfachgesetzlichen Regelung		X		
Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt		X		
Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren	Auswirkungen werden von weiterer / konkreter Umsetzung abhängen		X	

AfD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren, verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre			X	
Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen.		X		
Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan	Sinkende Sozialausgaben durch Entlastung bei Betreuung / Integration	X		
Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter		X		
Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen.		X		
Wir werden die Förderung für 1942 die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen		X		
Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten		X		
massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel		X		
Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland		X		
Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber	Kann Pull-Faktor verringern	X		
Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen, insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des Chancenaufenthaltsrechts		X		
Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie eingrenzen		X		
Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.		X		
Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusinken		X		
Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.		X		
Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten		X		
konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer strikten Anwendung geltenden Rechts		X		
Förderung der freiwilligen Rückkehr		X		
Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds		X		
Unverzögliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und Schwerekrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten.		X		
Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs		X		
Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen		X		
Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den internationalen Flughäfen.		X		
Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.		X		
Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr schutzberechtigten syrischen Staatsbürger		X		
Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt anerkannte Syrer		X		
Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien		X		
Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil		X		
Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur Schadensregulierung		X		
Ein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll nach einer einmaligen Ausnahme nur haben, wer die Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt hat.		Steigende Sozialausgaben		

AfD - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Grundsätzlich soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach drei vollen Beitragsjahren eintreten und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. Für je zwei weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat.				X
die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten	Steigende Sozialausgaben			X
Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.	Steigende Sozialausgaben			X
Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wollen wir erleichtern, indem wir die häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren.	Sinkende Sozialausgaben, wenn Pflegebedürftige länger zuhause betreut werden können	X		
Die Unterstützung bei Krankheit oder Urlaubswunsch der pflegenden Angehörigen durch verbesserte ambulante und befristete stationäre Angebote ausgeweitet werden.		X		
Kompetente Familienmitglieder – zum Beispiel die Großeltern – sind der Übergabe an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen.	Entlastung bei Sozialausgaben	X		
Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern und Geschwister ist zu pflegen.		X		

AfD - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Förderung der privaten Vermögensbildung und des privaten Wohneigentums	Entlastung Mietwohnungsmärkte insbesondere in Ballungszentren	X		
Wir werden den Wohnungsbau von diesen Fesseln befreien, damit sich in Zukunft wieder jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann.		X		
Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu begrenzen.		X		
Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z.B. im §246 BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten lehnen wir ab.	Belastet Mietwohnungsmärkte insbesondere in Ballungsräumen			X
Nach Trennung sollten Kinder möglichst abwechselnd bei beiden Eltern leben und den Alltag mit beiden Eltern teilen (Wechselmodell als Regelfall), unter der Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen.				X
Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden	Verbesserung des Landschaftsbilds ländlicher Räume	X		
Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen.		X		
Deshalb lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie ab.		X		
Wir lehnen die Abholzung des Kulturgutes Wald für Windkraftanlagen entschieden ab, um die wildlebenden Arten zu schützen und unseren Kindern eine intakte Natur zu übergeben		X		
Aufhebung des Verbrennerverbots	Stärkung des Mobilitätsangebots insbesondere für ländliche Räume	X		
Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.		X		
Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung.		X		
In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren ermöglichen.		X		
Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels.	Förderung der Innenstadtentwicklung	X		
Es sind weiter die erforderlichen Mittel bereitzustellen und Maßnahmen (wie z.B. Razzien und Kontrollstellen) durchzuführen, damit der Rechtsstaat in den sogenannten No-go-Areas wieder durchgesetzt werden kann.	Verbesserung der Lebensqualität in betroffenen (städtischen) Gebieten	X		
Das Deutschlandticket muss zu einem mehrfachen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen.	Mehr Mittel für Ausbau kann auch Angebot in ländlichen Räumen verbessern	X		
Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.	Belastet Kommunen mit angespanntem Mietwohnungsmarkt zusätzlich			X

AfD - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Daneben lehnen wir eine weitere Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.	Kann den Bestand kommunaler Einrichtungen insbesondere in ländlichen Räumen gefährden			X
Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu, da er zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt.	Kann zur Verschlechterung der Versorgungssituation führen			X
Zur Förderung der Niederlassung von Ärzten im ländlichen Räumen sind finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen zu etablieren.	Verbesserung der Gesundheitsversorgung – allerdings ohne richtig erkennbaren Ansatz		X	
Die Population des Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie wird räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild reglementiert werden. Die AfD wird die Möglichkeit einer Bestandsregulierung und die Ausweisung von wolfsfreien Gebieten umsetzen.	Verbesserung des Lebensgefühls in ländlichen Räumen	X		
Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen.	Reduzierung der Unterstützung für Kommunen / kommunale Einrichtungen			X

AfD - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Aufhebung des Verbrennerverbots	Stärkung des Mobilitätsangebots	X		
Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.		X		
Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung.		X		
In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren ermöglichen.		X		
Das Deutschlandticket muss zu einem mehrfachen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen.	Mehr Mittel für Ausbau	X		

AfD - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

AfD - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Daneben lehnen wir eine weitere Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.	Kann den Bestand kommunaler Einrichtungen gefährden			X
Zur Förderung der Niederlassung von Ärzten im ländlichen Räumen sind finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen zu etablieren.	Verbesserung der Gesundheitsversorgung – allerdings ohne richtig erkennbaren Ansatz		X	
Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu, da er zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt.	Kann zur Verschlechterung der Versorgungssituation führen			X

AfD - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Vereinfachung des Vergaberechts	Entlastung der Verwaltung abhängig von der konkreten Umsetzung		X	
Beschleunigung notwendiger Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren	Entlastung der Verwaltung	X		
Bezogen aus Windenergie: Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen.	Stärkung des kommunalen Planungsrechts	X		
Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung	Ok – aber wie?		X	
Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind Einheimische nach dem Einheimischen-Modell zu bevorzugen.	Stärkung der kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten	X		
die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten	Steigende Aufwand der Verwaltung			X
Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird				X
Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.				X
Die Freigabe des Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss.	Entlastung der Verwaltung	X		
Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen.	Entlastung der Verwaltung	X		
Bei der Ermessenseinbürgerung muss die einbürgernde Behörde im Rahmen von Einzelfallentscheidungen davon geleitet sein, dass nur solche Einbürgerungen vorzunehmen sind, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen Neubürgers gestärkt wird.	Belastung der Verwaltung			X
Wir fordern Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland.	Mehraufwand für Kommunalverwaltungen für die Durchführung			X
Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung auch zu beschließen.				X
Der Bundespräsident, als höchster Repräsentant des Staates, soll direkt vom Volk gewählt werden.				X
Länder und Kommunen sollen angeregt werden, Mehrgenerationenkonzepte zu fördern.	Weitere Belastung der Kommunalverwaltung			X

AfD - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Vereinfachung des Vergaberechts	Gute Idee, aber wie?		X	

AfD - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Hier fordern wir daher den Auf- und Ausbau einer einsatzbereiten Infrastruktur für die zivile Bevölkerung.	Stärkung Zivil- und Katastrophenschutz	X		

AfD - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.		X		
Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren.		X		

AfD - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können.		X		
Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist.		X		
Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden		X		
Das „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) ist vollständig gescheitert, weshalb wir diesen Irrweg nicht weiterverfolgen werden.	Die konsequente Umsetzung des GEAS kann dazu beitragen, die Kommunen in Deutschland zu entlasten.			X
Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen			X	
Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt			X	
Anstoßen einer Reform der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an aktuelle Gegebenheiten seit 2015			X	
Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie oder einer einfachgesetzlichen Regelung		X		
Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt		X		
Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit			X	
Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren			X	
Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren, verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre			X	
Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen.		X		
Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter		X		
Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen.		X		
Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen		X		
Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten	Entlastung der Kommunen bei Aufnahme / Betreuung / Integration	X		
Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten		X		
massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel		X		
Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen		X		
Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland		X		
Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind	Entlastung der Kommunen bei Betreuung / Integration	X		
Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber	Kann Pull-Faktor verringern	X		
Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen, insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des Chancenaufenthaltsrechts		X		
Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie eingrenzen		X		
Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens		X		
Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.		X		
Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusenken		X		
Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.		X		
Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten		X		

AfD - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichstellen,		X		
konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer strikten Anwendung geltenden Rechts		X		
Förderung der freiwilligen Rückkehr		X		
Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds		X		
Unverzögliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und Schwerekrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten.		X		
Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs		X		
Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen		X		
Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den internationalen Flughäfen.		X		
Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.		X		
Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr schutzberechtigten syrischen Staatsbürger		X		
Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt anerkannte Syrer		X		
Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien		X		
Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil		X		
Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur Schadensregulierung		X		
Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zugangsgeschehens wieder herzustellen		X		
Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration. Dazu gehört der angemessene Spracherwerb, mindestens auf B 2 – Niveau, in angemessener Zeit, in der Regel innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von 5 Jahren			X	
Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z.B. abgebrochene Sprachkurse) sind zurückzuerstatten	Wovon?		X	
Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu begrenzen.	Führt zu einer Umverteilung aber kaum zu einer Entlastung insgesamt		X	
Ebenso sollte in Brennpunkt-Quartiere, die bereits heute über Parallel- bzw. gar Gegengesellschaften von über 25 % Nicht-EU-Migranten verfügen oder unter einer erhöhten Kriminalität leiden, in denen die Integration folglich bereits gescheitert ist, keine weitere Zuweisung von Asylbewerbern oder Asylberechtigten erfolgen, insbesondere nicht in Form von Großunterkünften.	Schränkt die Unterbringungsmöglichkeit der Kommunen ein			X
Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z.B. im §246 BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten lehnen wir ab.				X

AfD - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Aufhebung des Verbrennerverbots	Senkt den Druck auf Ausbau der (E-Mobilitäts-)Infrastruktur	X		
Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.		X		
von Technologieverböten auf Technologieoffenheit umsteigen		X		
Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.		X		
Die massive CO2-bezogene Erhöhung der Lkw-Maut muss zurückgenommen werden, da sie vor allem die Waren verteuert.	Entlastung auch für kommunale Unternehmen	X		
Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.	Das ist schön – hilft aber nicht weiter.		X	

AfD - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts ist unter allen Umständen zu verhindern. Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, darf es nicht geben.	Die AfD eröffnet hier eine Scheindebatte – aber immerhin ist das Bekenntnis nicht schädlich		X	
ein Erziehungsgeld, das Eltern die Eigenbetreuung ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren finanziell erleichtert	Kann Druck auf Betreuungsangebote senken	X		
Mit einem Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag sollen Eltern echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Selbstbetreuung erhalten.		X		
Neben der finanziellen Förderung von Kindern wird auch eine zeitliche Entlastung der Eltern angestrebt.		X		
Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können, so sie es wünschen.		X		
Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.		X		
Wir setzen uns für die Einführung einer bedarfsorientierten Vorschule ein, um alle Kinder so weit zu fördern, dass sie dem regulären Unterricht folgen können.		X		
Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende Alleinerziehende, Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich senken wird.	Ausbau der Infrastruktur	X		
Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach 6 Monaten noch immer im Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen	Kommt auch der kommunalen Infrastruktur zugute	X		
Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder zu erreichen. Wir werden den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft umsetzen.	Unterstützt auch kommunalen Waldbetrieb	X		
Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen.	Reduzierung der Unterstützung für Kommunen / kommunale Einrichtungen			X

Die Linke

Die Linke - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deshalb wollen wir die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abschaffen	Sinkende Steuereinnahmen			X
Auf Grundnahrungsmittel soll die Mehrwertsteuer entfallen				X
Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn				X
Wir fordern die Mehrwertsteuerbefreiung von Grundnahrungsmitteln, Hygieneprodukten und Tickets für Bus und Bahn				X
Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir ermäßigte Steuersätze.				X
Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei.				X
Wir schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen.	Entlastung bei Betriebskosten	X		
Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen.		X		
Für den durchschnittlichen Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen.		X		
Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der internationale Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau reduziert wird.		X		
Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz.		X		
Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen		X		
Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter, preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen		X		
Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-)Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.	Wenn der Fonds groß genug ist, kann das aufkommensneutral erfolgen		X	
Kommunen sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.			X	
Niedrige und mittlere Einkommen werden wir entlasten. Sehr hohe Einkommen wollen wir dagegen stärker besteuern.	Sinkende Steuereinnahmen mit Option auf steigende Steuereinnahmen	X		X
Alle zu versteuernden Einkommen unter 16.800 Euro im Jahr bleiben steuerfrei	Sinkende Steuereinnahmen			X
Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die Einkommensteuer fällt.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir wollen, dass alle deutschen Staatsangehörigen in Deutschland besteuert werden, unabhängig davon, wo sie ihre Einkommen erzielt haben oder ihren Wohnsitz haben.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Die Gewerbesteuer in Deutschland gleicht einem Flickenteppich, von Region zu Region ist sie unterschiedlich.	Das ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung		X	
Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer ein.	Dann heißt das Kind nur anders		X	
Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer ein.			X	
Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdumping einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.	Kann zu steigenden Gewerbesteuereinnahmen führen	X		
Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen.		X		
Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. [...] Wir werden den Diebstahl an der Öffentlichkeit verhindern!	Steigende Steuereinnahmen	X		
Um die Kommunen zu unterstützen, brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die 100 prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen.	Beim Altschuldenfonds fehlt Bekenntnis zur Bundesbeteiligung / eine Gemeindefinanzreform und die Anrechnung der kommunalen Finanzkraft bringt den Kommunen erst einmal nichts, soweit nicht erkennbar ist, wie es dann weitergehen soll		X	
			X	
			X	

Die Linke - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Es muss deshalb massiv in den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kinderganztagsbetreuung für alle Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss verbindlich werden – und ausreichend Plätze geschaffen werden.	Steigende kommunale Investitionsausgaben			(X)
Wir wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter Erreichbarkeit vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen selbstverständlich sein				(X)
Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls aufgestockt werden.	Steigende kommunale Investitionsausgaben – bei möglicherweise steigenden Investitionshilfen	X		(X)
Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird.	Steigende Sozialausgaben			(X)
Tatsächliche Unterkunftskosten bei Kindergrundsicherung	Steigende Sozialausgaben			(X)
Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung erhalten.	Steigende Sozialausgaben			(X)
Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie kurzfristig senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft.		X		
Pflegende Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls.	Sinkende Sozialausgaben, wenn Pflegebedürftige zu Hause betreut werden können bzw. eine Vollversicherung die Kosten trägt.	X		
Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.		X		
Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung.		X		
Wir wollen private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen.	Dauerhaft zu tragende Sozialkosten, die kaum aus dem Fonds dauerhaft bestritten werden können			(X)
Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer Arbeit gut leben können		X		
Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn gezahlt wird. Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!		X		
Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht.	Kann Steuereinnahmen erhalten	X		
Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran, sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.		X		
Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen klare Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.	Schwächung der Wirtschaft kann zu sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben führen			(X)
Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage direkt in die Gemeindekasse, sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen oder Repowering. So profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 Cent auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.		X		
Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss in vollem Umfang der Bund tragen.		X		
Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).		X		
Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!		X		
Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.	Unterstützung der kommunalen Investitionskraft	X		

Die Linke - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden.	Finanzielle Belastung durch Mehraufwand / steigenden Investitionsbedarf			(X)
Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.				(X)
Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können.	Steigende Steuereinnahmen durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit	X		
Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Schulgeld entfällt, und Azubis erhalten eine Mindestausbildungsvergütung (80 % durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen). Nach der Ausbildung sollen alle Azubis unbefristet übernommen werden – ohne erneute Probezeit im selben Betrieb.		X		
Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben. Das Kriterium der „Ausbildungsreife“ der Arbeitsagentur muss abgeschafft werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen mit einem Angebot für ein verbindlichen Ausbildungsplatz enden.		X		
Das Berufsbildungsgesetzes (BvDiG) muss reformiert werden, so dass die Verbesserung der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.		X		
Menschen ohne Ausbildung sollen verlängerte Umschulungen und erleichterte Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen können.		X		
Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.	Steigende Sozialausgaben			(X)
Für Obdachlose und Suchtabhängige braucht es keine Ausgrenzung aus den Innenstädten, sondern bessere Hilfsangebote und eine Stärkung der Sozialarbeit.	Steigende Sozialausgaben			(X)
Bildungseinrichtungen, insbesondere Kitas und Schulen, müssen vor Hitzewellen besser geschützt werden. Dafür müssen Investitionsmittel bereitgestellt werden.	Anstieg kommunaler Investitionen			(X)
Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung halten.	Finanzielle Belastung für kommunale Träger			(X)
Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule				(X)
Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.				(X)
Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine*r Erzieher*in für maximal 3 Kinder unter drei Jahren und für 8 Kinder ab drei Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.	Steigende Ausgaben der Träger			(X)
Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom Einkommen.	Finanzielle Belastung der Träger			(X)
Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen!				(X)
Jede*r Schüler*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine Gemeinschaftsschule haben.	Steigende Ausgaben durch Ausbau der Ganztagsinfrastruktur			(X)
Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den Fähigkeiten setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es sich bestmöglich entfalten kann. In Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe aber nicht, indem es durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen diskriminiert und ausgesondert wird.	Steigende Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe			(X)
Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft an jeder Schule verfügbar sein.	Steigende Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe			(X)
In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur geschaffen werden.	Steigender Investitionsbedarf			(X)
Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.	Steigende Steuereinnahmen	X		
Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.		X		
Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung leisten können.	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!	Stärkung der Kommunalfinanzen	X		
Wir wollen legale Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen.	Mehr Geld hilft, die steigenden Ausgaben zu decken	X		X
Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU.	Belastung der Kommunen bei Betreuung und Integration			X
Wir werden die Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.	Belastung der Kommunen bei Unterbringung und Betreuung			X

Die Linke - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten.				X
Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung erhalten.	Steigende Sozialausgaben			X
Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.				X
Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.				X
Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab.				X
Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden.				X
Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigender Kommunalbelastung führen			X
Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.				X
Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende humanitäre Visavergabe.				X
Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.				X
Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.	Hilft einigen Kommunen, trägt aber nicht zur kommunalen Entlastung insgesamt bei.	X		X
Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.		X		X
Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.	Kommunale Entlastung	X		
Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden.				X
Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.				X
Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.		X		

Die Linke - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird.	Steigende Unternehmenssteuern können zu Arbeitsplatzabbau und steigenden Sozialausgaben führen			X

Die Linke - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen das Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen. Anspruch haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Bei der Höhe orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Eine alleinlebende Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr).	Steigende Sozialausgaben			X
Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird.	Steigende Sozialausgaben			X
Tatsächliche Unterkunftskosten bei Kindergrundsicherung	Steigende Sozialausgaben			X
Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe bekommen.	Noch ein Rechtsanspruch, der zu steigenden Sozialausgaben führen dürfte			X
Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie kurzfristig senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft.		X		
Pflegende Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls.	Sinkende Sozialausgaben, wenn Pflegebedürftige zu Hause betreut werden können bzw. eine Vollversicherung die Kosten trägt.	X		
Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.		X		
Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung.		X		
Wir wollen private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen.	Dauerhaft zu tragende Sozialkosten, die kaum aus dem Fonds dauerhaft bestritten werden können			X
Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer Arbeit gut leben können		X		
Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn gezahlt wird. Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!		X		
Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder mehr Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung	Sinkende Sozialausgaben	X		
Das Arbeitslosengeld soll länger gezahlt und auf 68 Prozent erhöht werden.		X		
Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht.	Kann Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben verhindern	X		
Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran, sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.		X		
Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen klare Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.	Schwächung der Wirtschaft kann zu sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben führen			X
Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss in vollem Umfang der Bund tragen.	Entlastung bei Sozialausgaben	X		
Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können.	Sinkende Sozialausgaben durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit	X		
Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Schulgeld entfällt, und Azubis erhalten eine Mindestausbildungsvergütung (80 % durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen). Nach der Ausbildung sollen alle Azubis unbefristet übernommen werden – ohne erneute Probezeit im selben Betrieb.		X		
Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben. Das Kriterium der „Ausbildungsreife“ der Arbeitsagentur muss abgeschafft werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen mit einem Angebot für ein verbindlichen Ausbildungsplatz enden.		X		
Das Berufsbildungsgesetzes (BvDiG) muss reformiert werden, so dass die Verbesserung der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.		X		
Menschen ohne Ausbildung sollen verlängerte Umschulungen und erleichterte Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen können.		X		

Die Linke - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.	Steigende Sozialausgaben			X
Für Obdachlose und Suchtabhängige braucht es keine Ausgrenzung aus den Innenstädten, sondern bessere Hilfsangebote und eine Stärkung der Sozialarbeit.	Steigende Sozialausgaben			X
Wir wollen legale Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen.	Mehr Geld hilft, die steigenden Ausgaben zu decken	X		X
Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU.	Belastung der Kommunen bei Betreuung und Integration			X
Wir werden die Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.	Belastung der Kommunen bei Unterbringung und Betreuung			X
Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten.				X
Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung erhalten.	Steigende Sozialausgaben			X
Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden.				X
Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.				X
Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab.				X
Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden.				X
Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigender Kommunalbelastung führen			X
Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.				X
Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende humanitäre Visavergabe.				X
Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.				X
Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.	Hilft einigen Kommunen, trägt aber nicht zur kommunalen Entlastung insgesamt bei.	X		X
Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.		X		X
Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.	Kommunale Entlastung	X		
Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden.				X
Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.				X
Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.		X		
Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.	Steigende Sozialausgaben			X

Die Linke - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen.	Verschärft die Situation insbesondere in Ballungszentren			X
Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel!				X
In angespannten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.				X
Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden.				X
Wir wollen die Modernisierungumlage abschaffen!				X
Immobilienkonzerne dürfen Sanierungen nicht nutzen, um die Miete zu erhöhen, deshalb wollen wir die Umlage für energetische Sanierung abschaffen und das Konzept der Warmmietenneutralität verankern: Die Summe aus der Kaltmiete und der durch die Sanierung tatsächlich eingesparten Energiekosten muss gleich bleiben.				X
Wir wollen 20 Milliarden im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren.	Kann Ballungsräume entlasten	X		
Wir wollen gemeinnützigem Neubau fördern statt mit Investoren! Wir wollen Regulierungen überprüfen		X		
Unternehmen müssen sich an der Schaffung von öffentlichen, bezahlbaren Wohnheimen für Auszubildende, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell beteiligen.		X		
Leerstehenden Wohn- und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen.	Ein Großteil steht in ländlichen Räumen leer – und das nicht aus Spekulationsgründen der Eigentümer		X	
Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt und wieder vermietet werden	Erschwert die Situation in ländlichen / strukturschwachen Regionen zusätzlich			X
Wir wollen Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen.	Enteignung bindet Geld, das nicht in neue Wohnungen investiert werden kann			X
Wir werden die Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.	Verschärft die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt zusätzlich			X
Der Bund muss dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.	Kann die Innenstadtentwicklung hemmen, wenn Vermieter sich aus dem Markt zurückziehen			X
Bundesregularien sollen es Stadtplaner*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle Nutzung offenstehen.	Stärkt die Innenstadtentwicklung	X		
Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst niedrigen Preisen.	Niedrige Preise gehen zulasten des Ausbaus insbesondere in ländlichen Regionen			X
Für Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen wollen wir ein kostenloses bundesweites Senior*innen-Ticket	Kostenlose Tickets gehen zulasten des Ausbaus insbesondere in ländlichen Regionen			X
Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen.	Entzieht dem System Mittel für Ausbau-Investitionen insbesondere in ländlichen Regionen			X
Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket.				X
Wir fordern außerdem [:::] kostenfreie Beförderung von Schüler*innen.				x
Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland.				x
Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft kostenfrei sind	Stärkung der Mobilität in ländlichen Räumen – Kostenfreiheit entzieht dem System aber wichtige Investitionsmittel	X		X
Jede Ortschaft braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch Rufangebote.	Stärkung des ÖPNV insbesondere in ländlichen Regionen – die Umsetzung bleibt aber offen		X	
Bus- und Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und Rufangeboten in der Nacht			X	
Ob auf dem Weg zur nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen ein.	Verbesserung nicht motorisierter individueller Mobilität	X		

Die Linke - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.		X		
Die Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen.	Immerhin soll die Unterstützung von Pendlern nicht abgeschafft werden, was insbesondere für ländliche Räume wichtig ist – die Umsetzung ist aber offen		X	
Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-Plattformen fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern.	Unterstützung individueller Mobilität	X		
Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbraucher*innen und Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen.	Unterstützt individuelle Mobilität in ländlichen Räumen	X		
Aktive Strukturpolitik und Infrastrukturinvestitionen, um Regionen außerhalb der Metropolen attraktiver zu machen und der Verödung ländlicher Regionen entgegenzuwirken.	Stärkung strukturschwacher und ländlicher Regionen	X		
Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!	Stärkung insbesondere strukturschwächerer Räume	X		
Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend finanzieren.		X		
Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden!		X		
Die Linke tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein.	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung insbesondere auch in ländlichen Regionen	X		
Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.		X		
Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.		X		
Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ), trimmen sie auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das wollen wir stoppen!	Was ist die Alternative?		X	
Wir wollen, dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den Krankenkassen vollständig finanziert werden,		X		
Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser investieren!	Erhalt auch kleinerer Krankenhäuser	X		
Wir wollen private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen.	Die Trägerschaft ist nicht zwingend entscheidend		X	
Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.	Bezieht sich auch auf die flächendeckende Apothekenversorgung	X		
Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche Bewertungsverfahren. Wir wollen Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern!	Kann zur Verbesserung telemedizinischer Angebote beitragen	X		
Wir unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken	Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Ballungszentren	X		
Wir fordern eine flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung insbesondere in ländlichen Räumen	X		
Gerade in Ballungsräumen sind kollektive Lösungen in der Wärmeversorgung oft sinnvoll, deshalb wollen wir Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Nah- und Fernwärmenetze auszubauen.	Lässt ländliche Räume unberücksichtigt zurück			X
Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.	Verbesserung der Stadt-/Dorfentwicklung – aber die Umsetzung bleibt offen		X	
Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.	Verbesserung der Lebensqualität insbesondere in Ballungszentren	X		
Queere Selbstorganisation muss gestärkt werden -auch im ländlichen Raum.	Stärkung von ANgeboten in ländlichen Räumen	X		
Deshalb wollen wir den kommunalen und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen Doppelausbau verhindern	Verbesserung der Angebote	X		

Die Linke - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter ein eigenes Mobilfunk- und Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen anbieten können, spart Baukosten, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht schneller flächendeckendes Netz überall.		X		
das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf 100 Mbit/s Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich alle den Zugang dazu leisten können.	Stärkung der Verbraucher	X		

Die Linke - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst niedrigen Preisen.	Niedrige Preise gehen zulasten des Ausbaus			X
Für Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen wollen wir ein kostenloses bundesweites Senior*innen-Ticket	Kostenlose Tickets entziehen dem System Mittel für Investitionen			X
Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen.	Entzieht dem System Mittel für Ausbau-Investitionen			X
Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket.				X
Wir fordern außerdem [:::] kostenfreie Beförderung von Schüler*innen.				x
Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland.				x
Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft kostenfrei sind		X		X
Jede Ortschaft braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch Rufangebote.	Stärkung des ÖPNV – die Umsetzung bleibt aber offen		X	
Bus- und Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und Rufangeboten in der Nacht			X	
Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für Menschen mit besonderen Bedarfen oder Lieferverkehr.			X	
Ob auf dem Weg zur nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen ein.	Verbesserung nicht motorisierter individueller Mobilität	X		
Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.		X		
Die Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen.	Immerhin soll die Unterstützung von Pendlern nicht abgeschafft werden – die Umsetzung ist aber offen		X	
Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-Plattformen fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern.	Unterstützung individueller Mobilität	X		

Die Linke - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Deshalb wollen wir den kommunalen und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen Doppelausbau verhindern	Verbesserung der Angebote	X		
Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter ein eigenes Mobilfunk- und Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen anbieten können, spart Baukosten, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht schneller flächendeckendes Netz überall.		X		
das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf 100 Mbit/s Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich alle den Zugang dazu leisten können.		X		

Die Linke - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend finanzieren.	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung	X		
Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden!		X		
Die Linke tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein.		X		
Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.		X		
Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.		X		
Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ), trimmen sie auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das wollen wir stoppen!	Was ist die Alternative?		X	
Wir wollen, dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den Krankenkassen vollständig finanziert werden,	Erhalt auch kleinerer Krankenhäuser	X		
Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser investieren!		X		
Wir wollen private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen.	Die Trägerschaft ist nicht zwingend entscheidend		X	
Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.	Bezieht sich auch auf die Apothekenversorgung	X		
Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche Bewertungsverfahren. Wir wollen Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern!	Kann zur Verbesserung telemedizinischer Angebote beitragen	X		
Wir unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung	X		
Wir fordern eine flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung	X		
Inklusion: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.	Verbesserung / Sicherung der Gesundheitsversorgung	X		

Die Linke - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden.	Bundsvorgabe wäre Eingriff in kommunale Finanzplanung			X
Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe bekommen.	Rechtsansprüche schränken die kommunale Selbstverwaltung ein.			X
Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen eingerichtet werden.	Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung			X
Wir wollen eine vollständige Legalisierung von Cannabis und die dafür notwendigen Änderungen auf EU- und UN-Ebene.	Das würde zumindest den kommunalen Verwaltungsaufwand reduzieren.	X		
Der Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden, indem er in die Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird, um die lokalen Perspektiven sowie Erfahrungen in Politikgestaltung einzubinden.	Stärkere Einbeziehung kommunaler Belange kann Umsetzungsaufwand vor Ort reduzieren helfen	X		
Beschäftigte in Privathaushalten sollen vorrangig über gemeinwohlorientierte und kommunale Träger vermittelt werden sowie über zertifizierte Agenturen, die Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.	Kommunaler Mehraufwand			X
Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten, auch bei ihren Subunternehmen.	Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung			X
Öffentliche Verwaltungen und Betriebe in öffentlichem Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für Entlastung und gute Arbeit vereinbaren, um den Personal-mangel zu beheben.	Vorgabe greift in kommunale Personalhoheit ein			X
Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird.	Eingriff in kommunale Personalhoheit			X

Die Linke - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdumping einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden. (bei Gemeindefinanzsteuer / Gewerbesteuer)	Eingriff in die kommunale Finanzautonomie			X
Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und den Spielraum der Kommunen vergrößern.	Schön – aber wie konkret?		X	
Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.	Eingriff in kommunale Selbstverwaltung			X
Die queere Jugendarbeit muss kommunale Pflichtaufgabe werden.	Eingriff in kommunale Selbstverwaltung			X
Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.	Immerhin keine Beschränkung auf das kommunale Wahlrecht		X	
Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen.			X	
Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden	Kommunaler Mehraufwand / Rechtsanspruch greift in kommunale Selbstverwaltung ein			X
Öffentliche Stellen müssen Geräte und fachkundiges Personal bereitstellen, um vor Ort beim Ausfüllen von Online-Anträgen zu helfen.	Kommunaler Mehraufwand aber auch Entlastung	X		X

Die Linke - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten, auch bei ihren Subunternehmen.	Erschwert kommunale Vergaben			X
Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.	Erschwert kommunale Beschaffung			X

Die Linke - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden: Wir müssen uns jetzt an den Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten.	Verbesserung des Zivil-/Katastrophenschutzes	X		
Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.	Katastrophenschutz ist bereits als kommunale Aufgabe definiert		X	
Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.	Eingriff in kommunales Wahlrecht / Ehrenamt			X
Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.	Immerhin keine Beschränkung auf das kommunale Wahlrecht		X	
Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen.			X	

Die Linke - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir wollen legale Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen.	Mehr Geld hilft, die steigenden Ausgaben zu decken	X		X
Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU.	Belastung der Kommunen bei Betreuung und Integration			X

Die Linke - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Wir werden die Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.	Belastung der Kommunen bei Unterbringung und Betreuung			X
Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten.				X
Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung erhalten.	Steigende Sozialausgaben			X
Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden.				X
Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.				X
Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab.				X
Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen.	Kommunale Belastung bei Betreuung / Integration			X
Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden.				X
Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.	Kann als Pull-Faktor wirken			X
Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.				X
Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.	Kann als Pull-Faktor wirken und zu steigender Kommunalbelastung führen			X
Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.				X
Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende humanitäre Visavergabe.				X
Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.				X
Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.	Hilft einigen Kommunen, trägt aber nicht zur kommunalen Entlastung insgesamt bei.	X		X
Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.		X		X
Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.	Kommunale Entlastung	X		
Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab.	Kommunale Belastung bei Integration / Betreuung			X
Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden.				X
Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.				X
Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.		X		

Die Linke - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden.	Von der konkreten Umsetzung würden die Auswirkungen auf Stadtwerke abhängen		X	
Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden			X	
Wir wollen Strom- und Gassperren verbieten. Wir wollen einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter*innen keine warme Wohnung leisten können.			X	
Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen, dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.	Belastung kommunaler Unternehmen			X
Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen, fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis nicht höher als die tatsächlichen Wärmeherstellungskosten sein.				X
Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird besteuert.				X
Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und Genossenschaften.	Unterstützung der Stadtwerke	X		
Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den kommunalen genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen der Bürger*innen.		X		
Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir nutzen, um Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.	Herausforderung für Stadtwerke			X
Der lokale Energieversorger und kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite machen müssen, um den kommunalen Haushalt zu sanieren.	Dabei geht es nicht um Haushaltssanierung, sondern um die Quersubventionierung defizitärer öffentlicher Aufgaben		X	
Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten!	Entlastung kommunaler Obdachloseneinrichtungen	X		
Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern.	Belastung kommunaler Angebote			X
Es muss deshalb massiv in den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kinderganztagsbetreuung für alle Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss verbindlich werden – und ausreichend Plätze geschaffen werden.	Ausbau der Betreuungsinfrastruktur			
Wir wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter Erreichbarkeit vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen selbstverständlich sein		X		
Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch [...] eine Kitaplatz-Garantie entlasten.	Es gibt bereits den Rechtsanspruch		X	
Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie.	Kann Druck auf kommunale Angebote reduzieren	X		
Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.		X		
Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und Kultur sein.		X		
Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine*r Erzieher*in für maximal 3 Kinder unter drei Jahren und für 8 Kinder ab drei Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.	Erhöht den Druck auf die kommunalen Angebote			X
Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom Einkommen.	Finanzielle Belastung der Träger			X
Stärkung von Kompetenzen im Kita-Team: Alltagsintegrierte Sprachbildung und Förderung von Mehrsprachigkeit.	Belastung der Träger durch höhere Anforderungen			X
Jede*r Schüler*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine Gemeinschaftsschule haben.	Ausbau der Ganztagsinfrastruktur	X		
Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft an jeder Schule verfügbar sein.	Verbesserung der Angebote	X		
In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur geschaffen werden.	Ausbau der Infrastruktur	X		
Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas.	Kann Nachfrage nach Betreuungsplätzen reduzieren, gleichzeitig aber die Öffnung der Angebote erschweren	X		X

Die Linke - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Bildungseinrichtungen, insbesondere Kitas und Schulen, müssen vor Hitzewellen besser geschützt werden. Dafür müssen Investitionsmittel bereitgestellt werden.	Verbesserung der Infrastruktur	X		
Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung halten.	Belastung für kommunale Träger			X
Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule				X
Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.				X
Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls aufgestockt werden.	Verbesserung kommunaler Angebote	X		
Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen.	Unterstützung kommunaler Wohnungsunternehmen	X		
Wir wollen private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand überführen.	Ausweitung kommunaler Angebote	X		
Wir wollen private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen.		X		
Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-)Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.		X		
Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert und europäisch koordiniert werden. Für Kommunen wollen wir einen Re-Kommunalisierungsfonds schaffen.	Ausweitung kommunaler Angebote bei hohem Finanzrisiko	X		X
Wir fordern einen Re-Kommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln, auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben.		X		X
Wir wollen die privatisierten Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand zurückholen und demokratisch organisieren!		X		X
Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe (insbesondere große Gewerbeflächen wie Shoppingmalls oder Warenhäuser) in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sorgezentren umnutzen. Sie sollen Menschen entlasten durch Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und leicht zugängliche soziale Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrativer Hilfe. Zudem braucht es konsumfreie Orte, an denen sich Menschen treffen können.		X		X
Wir wollen ein Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen sowie Glücksspielangebote einführen	Werbeverbote erschweren die Finanzierung von Stadtmöblierung			X
Wir fordern ein Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für Kinder und Jugendliche.				X
Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.	Erhöht den Druck auf Ausbau der Elektro-Infrastruktur			X
Deshalb ist die Orientierung auf E-Autos richtig.				X
Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbaucher*innen und Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen.				X
Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden: Wir müssen uns jetzt an den Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten.	Verbesserung der kommunalen Infrastruktur	X		
Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.		X		
Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.		X		
Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische Abfallwirtschaft garantiert werden.	Die Kommunen sind bereits Träger der Abfallentsorgung.		X	

Die Linke - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten -hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein. Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog*innen sind unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen die Kommunen ausreichend finanziert werden.	Stärkung der kommunalen Infrastruktur (auch wenn der Bäcker nicht dazu gehört)	X		
Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wir wollen soziale Zentren in allen Gemeinden schaffen, die Unterstützung und Basisleistungen wie Bank, Post und Internetzugang ermöglichen.		X		
Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.	Verbesserung der Infrastruktur	X		
Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden.		X		
Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.		X		
Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.	Ausbau von Angeboten	X		
Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung leisten können.	Verbesserung von Angeboten	X		

BSW

BSW - Finanzen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Sinkende Energiepreise durch vernünftigen Einkauf, Abschaffung der Netzentgelte und des CO2-Preises	Entlastung bei Betriebskosten	X		
Die Kommunen dabei zu unterstützen, das Fernwärmeangebot auszuweiten und klimaverträglicher zu gestalten, wäre der sinnvollere Weg.	Es bleibt offen, wie die Kommunen unterstützt werden sollen		X	
Bürokratie-Abbau-Turbo	Steigende Steuereinnahmen durch Entlastung der Wirtschaft	X		
15-Euro-Mindestlohn	Steigende Steuereinnahmen	X		
Eine große Steuerreform, die bis weit in die Mitte entlastet und die gesetzliche Rente bis 2000 Euro von der Steuer befreit. Im Gegenzug muss Einkommen aus Kapitalerträgen genauso besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit.	Zunächst sinkende Steuereinnahmen mit der Möglichkeit steigender Steuereinnahmen	X		X
Gutes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder	Finanzielle Belastung der kommunalen Träger			X
Asylverfahren sollten außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden	Entlastung der Kommunen bei Betreuung und Integration	X		
Durchsetzung von Recht und Gesetz bei Abschiebungen		X		
Gewalttäter, Islamisten und Hassprediger müssen konsequent abgeschoben werden.		X		
Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt.		X		
Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.		X		

BSW - Soziales				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
15-Euro-Mindestlohn	Sinkende Sozialausgaben	X		
Die Eigenanteile für Pflegeheimbewohner müssen deutlich sinken. Deshalb fordern wir eine Pflegevollversicherung, die überwiegend mit Steuermitteln finanziert wird.	Sinkende Sozialausgaben	X		
Asylverfahren sollten außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden	Entlastung der Kommunen bei Betreuung und Integration	X		
Durchsetzung von Recht und Gesetz bei Abschiebungen		X		
Gewalttäter, Islamisten und Hassprediger müssen konsequent abgeschoben werden.		X		
Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt.		X		
Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.		X		

BSW - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zur Sicherstellung der Mobilität und zur Unterstützung unserer Autoindustrie wollen wir das klimapolitisch unsinnige Verbrenner-Verbot aufheben	Technologieoffene Mobilität	X		
Krankenhausprivatisierungen und das Vordringen von Finanzinvestoren in Arztpraxen und medizinischen Versorgungszentren müssen gestoppt und die Krankenhausreform rückgängig gemacht werden.	Erschwert die Finanzierung und den Erhalt von Einrichtungen und belastet insbesondere kommunale Träger in ländlichen Regionen			X X
Krankenhausschließungen lehnen wir ab.	Die reine Ablehnung sichert keinen Standort		X	
Einen bundesweiten Mietendeckel statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse. Dort, wo Vermieter in den letzten Jahren besonders tief ins Portemonnaie der Mieter gegriffen haben, wollen wir die Mieten nicht nur stabilisieren, sondern senken.	Verschärft die Situation des Mietwohnungsmarktes insbesondere in städtischen Ballungszentren			X
Mieterhöhungsstopp bis 2030: In allen Regionen, in denen der Wohnungsmarkt nachweislich den Einkommen enteilt ist, wollen wir die Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren.				X

BSW - Gleichwertige Lebensverhältnisse				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Kosten für Sanierungen haben Vermieter zu tragen.				X
Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm aufliegen.	Kann Situation in Ballungsgebieten entschärfen	X		
Die Kommunen dabei zu unterstützen, das Fernwärmeangebot auszuweiten und klimaverträglicher zu gestalten, wäre der sinnvollere Weg.	Lässt weite Teile ländlicher Räume unberücksichtigt			X

BSW - Mobilität				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zur Sicherstellung der Mobilität und zur Unterstützung unserer Autoindustrie wollen wir das klimapolitisch unsinnige Verbrenner-Verbot aufheben	Unterstützt Mobilität in ländlichen Räumen	X		

BSW - Breitbandausbau / Mobilfunkausbau				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

BSW - Gesundheit				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Krankenhausprivatisierungen und das Vordringen von Finanzinvestoren in Arztpraxen und medizinischen Versorgungszentren müssen gestoppt und die Krankenhausreform rückgängig gemacht werden.	Erschwert die Finanzierung und den Erhalt von Einrichtungen und belastet insbesondere kommunale Träger			X X
Krankenhausschließungen lehnen wir ab.	Die reine Ablehnung sichert keinen Standort		X	

BSW - Kommunale Selbstverwaltung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

BSW - Vergabe / Beschaffung				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

BSW - Ehrenamt				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-

BSW - Migration / Integration				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Asylverfahren sollten außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden	Entlastung der Kommunen bei Betreuung und Integration	X		
Durchsetzung von Recht und Gesetz bei Abschiebungen		X		
Gewalttäter, Islamisten und Hassprediger müssen konsequent abgeschoben werden.		X		
Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt.		X		
Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen.		X		

BSW - Infrastruktur / Kommunale Unternehmen				
Aussage	Anmerkung	Auswirkung		
		+	0	-
Zur Sicherstellung der Mobilität und zur Unterstützung unserer Autoindustrie wollen wir das klimapolitisch unsinnige Verbrenner-Verbot aufheben	Senkt Druck auf Ausbaubedarf der Verteilnetze	X		
Die Kommunen dabei zu unterstützen, das Fernwärmeangebot auszuweiten und klimaverträglicher zu gestalten, wäre der sinnvollere Weg.	Verbesserung der Infrastruktur	X		
Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm auflegen.	Unterstützung kommunaler Unternehmen	X		
Sprachtests für alle Kinder ab drei Jahren und verpflichtender Kita-Besuch bei festgestellten Defiziten	Erhöht Nachfragedruck auf Betreuungsangebote			X
Gutes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder	Belastung kommunaler Träger			X